

Karl-Heinz Ohlig

## Strukturreformen im Bistum Trier

Ein Stückwerk

Schon eine Trierer Bistumssynode hatte im vergangenen Jahr eine Reduktion der 887 Pfarreien im Bistum auf die Zahl 60 „beschlossen“. Der Bischof hat im März diesen Jahres einen Reformplan vorgelegt, der noch weiter geht und eine Beschränkung der Zahl der Pfarreien auf 35 vorsieht. Diese Pläne sollen noch diskutiert und Ende 2017 in Kraft gesetzt werden. Danach soll eine „Erkundungsphase“ folgen, Anfang 2020 abgeschlossen und alles realisiert werden.

Dieses Vorhaben geht weit über die schon seit einiger Zeit zunehmend praktizierte Zusammenlegung von Pfarreien in jetzt 172 Pfarreiengemeinschaften hinaus. Der Grund für beide Entwicklungen ist der Priestermangel, und es scheint so, dass der Bischof bemerkt hat, dass sich die bisherigen Zahlen nur noch wenige Jahre aufrecht erhalten lassen. Insofern ist sein Plan Zeichen eines (mutigen oder verzweifelten?) Realismus und eines Sich-Abfindens. So gab es z.B. im Jahr 2015 lediglich 58 Priesterweihen für alle 27 Bistümer zusammen – also formal rund zwei Priester pro Bistum. Hält sich dieser Trend oder verstärkt sich sogar noch, ist auch die Versorgung der 35 Großpfarreien nicht gesichert.

Diese Großpfarreien sollen von einem Team mit wenigstens drei hauptamtlichen Akteuren geleitet werden; einer davon und zugleich Leiter des Teams soll ein Priester sein. Seine Residenz bestimmt dann auch den „Pfarrort“ der Großgemeinde, an dem die Verwaltungs- und auch Pastoralaufgaben gebündelt sind. In (einigen?) Städten und Gemeinden der Pfarrei sollen „Knotenpunkte“ entstehen, die von (ehrenamtlichen?) Helfern betrieben werden. An manchen dieser „Knotenpunkte“ soll es liturgische Angebote geben, an anderen Jugendarbeit usf.

Die Großgemeinden sind wirklich „groß“. So soll z.B. die größte Pfarrei im Saarland, Saarbrücken, fast 77.000 Katholiken um-

fassen. Aber das ist wohl noch nicht die endgültige Zahl: Weil die Gemeinden Fischbach und Sulzbach nicht dahin wollen, wohin sie eingeordnet sind, nämlich zur Pfarrei Neunkirchen, sondern stattdessen nach Saarbrücken wollen, wird diese Großgemeinde dann wohl rund 100.000 Katholiken umfassen.

Es sieht so aus, als sei dieser Katastrophenplan unausweichlich. Und so gibt es auch viele Stimmen, die ihn bejahen und in ihm auch Chancen sehen (vgl. den Beitrag von Anne Conrad in diesem Heft). Und vielleicht wachsen in der neuen Praxis tatsächlich auch pastorale Modelle und Strukturen, die denen, mit denen sie in Berührung kommen, auch eine christliche Sinngebung für ihr Leben bringen und dann „Kirche“ in einer reduzierten Form erhalten können.

An den neuen Plänen ist vor allem zu kritisieren, dass sie so überstürzt und ohne Konzept in Gang gesetzt werden – in einer Art von Torschlusspanik. So taucht nirgendwo die Frage auf, die im Vordergrund hätte stehen müssen, wie auch in Zukunft „Kirche“ noch wohnortnah präsent sein könnte. Das Konzept „Volkskirche“ wurde sang- und klanglos verabschiedet. Dabei war das offensichtlich zentrale Problem, der wachsende Priestermangel, schon seit langer Zeit zu beobachten und seine Folgen abzusehen; auch *imprimatur* hat immer wieder darauf hingewiesen und alternative Formen der Seelsorge gefordert. Aber es erfolgte keine konzeptionelle Auseinandersetzung, man machte so weiter wie bisher. Schon früh hätte die Frage gestellt werden müssen, ob die Verkündigung, das soziale Engagement und die liturgischen Angebote künftig noch gewährleistet werden können, wenn es nur noch wenige Priester gibt und ihnen aber trotzdem die alleinige Kompetenz für alle zentralen kirchlichen Essentials belassen wird. Weil die gewachsene Amtsstruktur für unantastbar gehalten wurde, nahm man den Zusammenbruch der Pastoral in Kauf.

Seit Langem hätte die Frage gestellt werden müssen, ob die Fixierung auf die traditionellen und ausschließlichen priesterlichen Kompetenzen aufrecht erhalten werden kann.

Und auch jetzt ist zwar von Leitungsteams die Rede, aber Mittelpunkt und einziger Bevollmächtigter zur Leitung nicht nur der Eucharistiefeier bleibt der Priester. Daher

die ruinöse Reduktion der Pfarreien. Diese nicht diskutierte Fixierung könnte fatale Folgen haben, die Daniel Deckers in einem Leitartikel in der FAZ von 28.01.17 überschrieb: „Kirche schafft sich ab“.

Wir wissen heute, dass die Kirche erst nachjesuanisch entstanden ist, also auch das kirchliche Amt und seine Ausprägungen. Es hat sich – trotz aller fehlerhaften Begleiterscheinungen – lange Zeit als effektiv erwiesen, muss aber heute neu konzipiert werden. Warum können nicht „bewährte“ Männer und Frauen mit der Gemeindeleitung „beauftragt“ (also „ordiniert“) werden, einschließlich der Kompetenz zur Leitung der Eucharistiefeier?

Nun ist klar, dass eine solche – auf Dauer unvermeidliche – Korrektur erhebliche innerkirchliche Widerstände hervorrufen würde, die man vermeiden möchte und dem Streit den stillen Schwund des kirchlichen Lebens vorzieht.

Aber warum haben die Bischöfe schon seit einiger Zeit unterhalb dieser Schwelle nicht wenigstens „Laien“ als Gemeindeleiter ins Auge gefasst, wenn auch noch ohne die „priesterlichen Vollmachten“ liturgischer Art? Dann wäre es möglich gewesen, die Zahl der Pfarreien nicht so drastisch zu reduzieren – vielleicht „nur“ auf die schon bisher geschrumpfte Zahl von 172 Pfarreiengemeinschaften, die auch den Namen Pfarrei behalten sollten; die Großgebilde könnten anders benannt werden, z.B. Seelsorgeeinheiten oder Dekanate (mit neuer Definition).

Zwar würde auch dann die Möglichkeit für Katholiken, eine Sonntagsmesse zu besuchen, stark gemindert bleiben. Dies mag im Augenblick noch nicht so stark ins Gewicht fallen, weil es noch mehr Priester gibt, vor allem Pensionäre, die noch Messe halten, oder „importierte“ Priester aus Polen oder Afrika. Aber wie wird es in nicht so ferner Zukunft sein? Zwar können auch Wortgottesdienste an ihre Stelle treten, es muss nicht immer Messe sein. Aber bisher war es ein Vorteil der katholischen Kirche, dass die Sonntagsmesse, anstelle von Wortgottesdiensten, eine zentrale Rolle spielte (wenn auch arg übertrieben: wer sonntags nicht die Messe besuchte, beging eine „Todsünde“). Auch darüber wird nicht diskutiert: Was ist wichtiger, ein Beharren auf der alleinigen priesterlichen Kompetenz oder das Recht von Gläubigen auf die Feier der Eucharistie?

Aber auch, wenn jetzt notwendigerweise Wortgottesdienste wichtiger werden, wurde versäumt, hierfür die Voraussetzungen zu schaffen: Immer noch gibt es Einschränkungen für die Predigt von Laien, besonders Frauen, ohne deren Engagement alle Pastoral in Leere laufen wird.

Bisher ist nichts zu hören von den Amtsstrukturen in den reduzierten Gemeinden. Es wird nicht genügen, lediglich in der Zentrale zwei Hauptamtliche, neben dem Priester, zu beschäftigen. Wenn die Kirche nicht gänzlich aus dem Raum verschwinden und noch eine Nähe zu den Gläubigen bleiben soll, müsste der Plan vorsehen, auch über das Land verstreut weitere Hauptamtliche einzusetzen, meinerwegen wenigstens in den bisherigen 172 (besser noch mehr als 200) Pfarreiengemeinschaften, und zwar mit einer der bisherigen Priesterbesoldung vergleichbaren Finanzierung. Und diese Stellen sollten ausgeschrieben werden, bevor die Strukturform Wirklichkeit wird. Dann könnte es weiterhin kirchliche Zentren in relativer Nähe zu den Gläubigen und auch erreichbare Ansprechpartner geben.

Diese hauptamtlichen Verantwortlichen müssten nicht alle ein akademisches Studium der Theologie vorweisen müssen, andere Qualitäten könnten wichtiger sein. Aber eine bestimmte Zahl sollte doch theologisch ausgebildet sein. Bisher gab es an den Universitäten zahlreiche „Laientheologen“, deren Zahl sich allerdings in letzter Zeit stark vermindert hat wegen fehlender Berufsaussichten (außerhalb des schulischen Lehramts). Auch hier wären neue Angebote notwendig. An den zahlreichen kleineren Orten sollte versucht werden, ehrenamtliche Gruppen zu gewinnen, die auch hier Aktivitäten anbieten könnten.

Mit anderen Worten: Selbst wenn man an der dogmatischen Unantastbarkeit des traditionellen Priestertums festhalten will, wären Lösungen denkbar, die ortsnahe Zentren und damit die kirchliche Präsenz in der Fläche möglich machten. Wie sonst könnte ein Leitungsteam an den jeweiligen „Pfarrorten“ für 50.000 bis 100.000 Katholiken auch nur noch rudimentär pastoralen Kontakt herstellen?

Es wird auch argumentiert, dass viele Katholiken an den kirchlichen Angeboten nicht mehr interessiert sind und diese deswegen auch nicht mehr vorgehalten werden müssen. Und sicher liegt das auch

daran, dass die Kirche(n) ihre „Sache“ nicht mehr angemessen vermitteln. Und was ist überhaupt „die Sache“?

Diese Fragen können durch Strukturpläne nicht aufgegriffen werden. Aber solche Pläne sollten so beschaffen sein, dass sie sich nicht mit dem wachsenden Schwund abfinden oder diesen sogar noch befördern. Nicht wenig von diesem Schwund ist auch in der Vergangenheit schon durch Defizite in der Pastoral entstanden. Wenn jetzt die Zahl der Ansprechpartner auf ein Minimum beschränkt wird, werden auch neue Initiativen versanden.

\*\*\*

Anne Conrad

## Vertrauensvorschuss ...

Ja, ich rede mir meine Kirche schön – vielleicht. Ja, ich weiß, dass es immer auch um Geld, Macht und (klerikalen) Einfluss geht – warum soll es in der Kirche anders sein als anderswo? Ja, ich bin Imprimatur-Leserin seit Jahrzehnten und plädiere dennoch dafür, der Bistumsreform einen Vertrauensvorschuss zu geben – Kritik ja, aber bitte konstruktiv, mit praktikablen Perspektiven. Nicht wie Frau Lot im Blick zurück auf die Untergangsszenerie erstarren, sondern nach vorne schauen, überlegen, was wann wie geändert werden kann und wie sich Kirche in Zukunft verstehen, präsentieren und nützlich machen kann – so ungefähr hat es Bischof Ackermann bei der Vorstellung der neuen Bistumsstruktur im März formuliert. Und das klang gar nicht schlecht.

Ich bin mit Kopf und Herz seit etlichen Jahren im kirchlichen Leben vor Ort. Vieles frustriert, stört, ärgert. Aber ich erlebe auch: Selbstkritik bei den „Kirchenoberen“, Aufbruchstimmung an der sogenannten Basis, kritisches Überdenken des Hier und Jetzt und echtes Bemühen um zukunftsfähige neue Inhalte und Strukturen. In diesem Sinne kann und möchte ich das neue Bistumskonzept verstehen. Es ist sicher nicht „alternativlos“, aber es ist plausibel, und es kann tatsächlich – im Sinne der Sy-

node – für einen „Perspektivwechsel“ in vielfacher Hinsicht stehen. Es bietet Chancen für einen Neuanfang, für die Verwirklichung einer Kirche, die auf die Menschen zugeht, die diakonisch zur Stelle ist, wo es nötig ist, die menschenfreundliche, angstfreie spirituelle Angebote macht, die die Menschen auf ihrem Lebensweg – von der Wiege bis zur Bahre – auf Augenhöhe begleitet.

Es wird in den nächsten Jahren darauf ankommen, dafür konkrete Ideen, Modelle und Organisationsformen zu entwickeln. Das Signal heißt ausdrücklich nicht „Zentralisierung“, auch wenn die Rede von den „Großpfarreien“ dies nahelegt. Vielmehr soll es um eine sinnvolle Konzentration der Verwaltung in den „Pfarrorten“ der Großräume, zugleich aber auch um die Stärkung des kirchlichen Lebens vor Ort gehen. Insofern also ein Schritt zurück hinter die ungeliebten Zentralisierungstendenzen seit der Bildung der Pfarreiengemeinschaften unter Bischof Marx.

Umdenken ist jetzt gefragt. Kritisches Begleiten, Mitdenken und Mithandeln ist – will man den Äußerungen der Bistumsleitung glauben – derzeit ausdrücklich gewünscht. Hinter den sperrigen und leider nicht immer glücklich gewählten offiziellen Begrifflichkeiten (Teilprozessgruppen, Resonanzphase, Erkundungsphase) verbirgt sich das, was nicht nur kritische Christen schon lange bewegt: Das Wissen um Defizite und viele ungelöste Probleme, die Erkenntnis, dass alte Formen und Strukturen an ihre Ende gekommen sind, und die Suche nach neuen Möglichkeiten, die Botschaft Jesu zu aktualisieren und neu zu leben. Immer noch geht es darum, „die Zeichen der Zeit“ zu erkennen. Nach dem Zweiten Vatikanum ist dies allenfalls ansatzweise gelungen, aber es lohnt sich, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Die Trierer Synode hat dies wieder in Erinnerung gerufen, und die neue Bistumsstruktur bietet einen Rahmen, auf diesem Weg ein paar Schritte weiter zu kommen. Ich plädiere dafür, ihr eine Chance zu geben – einen Vertrauensvorschuss eben!

*Dr. Anne Conrad ist Professorin in der Fachrichtung Katholische Theologie der Uni Saarbrücken, Vorsitzende des Dekanatsrats Wadgassen und Mitglied des Katholikenrats des Bistums Trier.*

\*\*\*

Norbert Scholl

## Gleichrangigkeit des Wortes der Heiligen Schrift mit der Feier der Eucharistie?

In seinem Beitrag „Katholisch oder evangelisch: ‚Was soll’s?‘“ stellt Heinz-Günther Schöttler die These auf: „*Ebenso wie die Eucharistie-Feier so ist die Wort-Gottes-Feier Feier des Wochenostern (Sonntag): Feier der Auferstehung. Jenes ‚sicut et‘ (DV 21) unterstreicht die Gleichrangigkeit des Wortes der Heiligen Schrift mit der Feier der Eucharistie unter den Gestalten von Brot und Wein. Das vorgelesene und gehörte bzw. gepredigte Wort Gottes darf nicht geringer geachtet werden als der eucharistische Leib des Herrn*“ (imprimatur 1/2017, 6). Dem möchte ich widersprechen.

Ich bin zwar wie Schöttler der Ansicht, dass das Wort der Schrift einen sakramentalen Charakter hat, der allerdings in unterschiedlicher Intensität ausprägt ist. Ein Satz zu „den“ Juden wie „Ihr stammt vom Teufel“ (Joh 8,44; auch Mt 27,25 oder 1 Thess 2,14-16) ist sicher – wenn überhaupt – weniger „sakramental“ als die Worte der Bergpredigt. Ähnliches gilt vom Ersten Testament (z.B. Jos 1-9 und Jes 11,4-9). Sakramentalen Charakter hat genau genommen alles, was in irgendeiner Weise auf eine transzendente Wirklichkeit verweist.

### Essen und Trinken bei Jesus und den frühen Gemeinden...

Demgegenüber besitzt das Mahl einen „Mehrwert“. Es zählt sicher zu den auffälligsten und bemerkenswertesten Zeichenhandlungen Jesu, dass er mit Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten und Gruppierungen gegessen und getrunken hat. Die Evangelien erzählen immer wieder davon. Das ist eine in der gesamten Menschheitsgeschichte einmalige, geradezu geniale, „göttliche Erfindung“: Jesus macht gemeinsames Essen und Trinken zur eigentlichen und zentralen Form des Gottesdienstes. Er lädt alle Menschen ein zu die-

ser Gemeinschaft *mit* Gott – Freunde und Gegner, vertrauensvoll Glaubende und misstrauisch Zweifelnde, Ausgestoßene und Verachtete, Orientierung Suchende und Outcasts. Jedermann und jedefrau sind eingeladen. Symbolträchtig isst Jesus mit ihnen das alltägliche, „gewöhnliche“ *Brot*, das Menschen zum Leben und zum Überleben brauchen, und trinkt mit ihnen *Wein*, der Freude ins Leben bringen kann. Leben *vor* Gott und *für* Gott soll nicht nur vom „Ernst des Lebens“, von der harten und Notwendenden Sicherung des Lebensunterhalts geprägt sein, sondern auch von Dankbarkeit und Freude.

Gemeinsames Essen und Trinken begründet Lebensgemeinschaft. Es ist die Sache von Menschen, die als Familie zusammengehören oder die als Freunde miteinander leben und füreinander eintreten wollen. Es kann Zeichen der Versöhnung zwischen Entfremdeten und Verfeindeten sein. Es erinnert auch an die Verdanktheit unseres Daseins, die Abhängigkeit von der Natur. Jesus deutet die gemeinsamen Mahlzeiten als Gleichnis für die anbrechende neue Welt Gottes, von der niemand ausgeschlossen sein soll.

Kurz vor seinem Tod isst und trinkt er nochmals zusammen mit seinen engsten Freunden. Er sieht darin ein Zeichen seiner über den Tod hinaus dauernden Gemeinschaft. Hier wird am dichtesten erkennbar, was auch die übrigen Mahlgemeinschaften aussagen wollten: Jesus teilt sich selbst mit - „Das ist mein Leib ... das ist mein Blut“ (Mk 14,22-25; Mt 26,26-29; Lk 22,15-20; 1 Kor 11,23-26). Und wenn man dem Evangelisten Johannes glauben darf, setzt Jesus mit einer Symbolhandlung noch ein zusätzliches Zeichen für die schon in seinen Mahlgemeinschaften angesagte Überwindung von Grenzen und für seine Hingabebereitschaft. Wie ein Sklave wäscht er seinen Freunden die Füße (Joh 13). Die nachösterlichen Erzählungen über die Begegnungen mit dem Auferweckten spiegeln das wider, was die Zusammenkünfte der ersten „Christen“ (Apg 11,26) kennzeichnete: gemeinsames Essen und Trinken. Die Emmausjünger erkennen ihn am Brotbrechen (Lk 24,30f.), bei der Erscheinung in Jerusalem verlangt er etwas zu essen“ (Lk 24,41), er erscheint den Elf bei Tisch (Mk 16,14) und isst mit ihnen am See (Joh 21,13). Für die jungen Gemeinden

wird das gemeinsame Mahl „zu seinem Gedächtnis“ (1 Kor 11,25) **geradezu zu ihrem Markenzeichen**. Sie treffen sich zum „Brotbrechen“ in ihren Häusern (vgl. Apg 2,42.46; 20,7.11). Es ist eine gesellschaftliche Provokation, wenn sich zum Abendmahl, zum gemeinsamen Essen und Trinken, Freie und Sklaven miteinander an einen Tisch setzen (1 Kor 11,17-22). Die Grenzen zwischen Arm und Reich, zwischen Herr und Knecht, zwischen Juden und Nichtjuden, zwischen Freien und Sklaven werden überwunden. Die bisherige Gesellschafts- und Lebensordnung wird geradezu auf den Kopf gestellt. „Das Törichte, das Schwache, das Niedrige und das Verachtete, das, was nichts ist, hat Gott erwählt, um das, was etwas ist, zu vernichten“ (1 Kor 1,27f.). Paulus legt Wert darauf, dass jedes Gemeindemitglied sich am Aufbau der Gemeinde beteiligen und sich im Leben der Gemeinde wiederfinden kann (vgl. 1 Kor 12,28). Die Rollen sind jetzt vertauscht: „Wer im Herrn als Sklave berufen wurde, ist Freigelassener des Herrn. Ebenso ist einer, der als Freier berufen wurde, Sklave Christi“ (1 Kor 7,22).

### ... und was die christlichen Kirchen daraus gemacht haben

Das ist die eine Seite. Die andere ist, was daraus geworden ist. Die christlichen Kirchen haben daraus ein steifes und förmliches Ritual gemacht. In der römischen Kirche vollzieht ein eigens dafür bevollmächtigter, zölibatär lebender Mann (eine Frau darf es – noch – nicht sein) Riten und Zeremonien und spricht dazu Worte, die von den teilnehmenden „Gläubigen“ nicht oder kaum verstanden werden. Am Schluss dieser „heiligen Messe“ legt er ihnen ein „Brot“ in die Hand (oder auf die Zunge), das aussieht wie ein kleines, rundes, weißes Stück Papier. Aus dem Kelch mit Wein dürfen die „Laien“ – wenn überhaupt – allenfalls an Feiertagen trinken. Diese Handlung geschieht in immer leerer werdenden Kirchen, in denen an der einen Seite ein Altar steht und an der anderen Seite (meist zusammen gedrängt in den hintersten Bänken) die „Gläubigen“ sitzen, stehen oder knien. Von einer „Gemeinschaft im Herrn“ ist in dem Fall nichts mehr zu erkennen. Inzwischen gibt es freilich in den ohnehin immer kleiner werdenden Gemeinden Bemühungen, Formen des Gottes-

dienstes zu praktizieren, die stärker den Gemeinschafts- und den Mahlcharakter betonen (Tisch- und Hauseucharistie u.a.). Sie werden von den Bischöfen freilich meist mit Argwohn betrachtet.

In den Kirchen der Reformation gab es über lange Jahre hinweg überhaupt kein Abendmahl mehr. Es wurde ersetzt durch ein wortlastiges Geschehen, bei dem Lieder gesungen, Gebete gesprochen, das Evangelium vorgelesen und eine meist sehr lange Predigt gehalten wurde. Und wenn wirklich einmal das Abendmahl angeboten wurde, dann geschah das im Anschluss an dieses Wortritual, meist nur für einige Wenige, die noch so viel Geduld aufbrachten.

Die Kirchen sollten sich auf ihre Wurzeln besinnen und zurückfinden zum Abendmahl als einer Mahlgemeinschaft der Getauften (und aller suchend und fragend Glaubenden und Zweifelnden) untereinander und zusammen mit dem in ihrer Mitte als gegenwärtig geglaubten, auferweckten Herrn. Die Eucharistiefeier, das gemeinsame Essen und Trinken von Brot und Wein – im dankbaren Gedenken des Mannes aus Nazaret, der das „lebendige Brot vom Himmel ist“ (Joh 6,51), und eines liebenden Vaters, der „Speise gibt zur rechten Zeit“ (Ps 145,15) – in Zusammenhang *mit*, nicht getrennt *von* dem Wort der Heiligen Schrift ist „Höhepunkt“ der Liturgie und „Quelle“ aller Kraft (SC 10), ein „Alleinstellungsmerkmal“ des Christentums.

\*\*\*

Karl-Heinz Ohlig

## Theologische Herausforderungen

### Was auf die Kirche zukommt

Alle großen Religionen sind in Zeiten mythischen Verstehens entstanden. Unter diesen Bedingungen sind die zentralen Lehren, die Narrative zu ihren Anfängen,

ihre Ethiken und sogar ihre Organisationsformen ausgebildet worden.

Nach der Aufklärung, deren kritischen Analysen und auch der gesellschaftlichen Emanzipation von der religiösen Dominanz sind die traditionellen normativen Vorgaben in die Krise geraten. Das gilt zwar nicht flächendeckend. Die Aufklärung ist nicht überall „angekommen“. In westlichen Gesellschaften entfaltet sie wohl ihren größten Einfluss, auch hier gibt es aber noch „voraufgeklärte“ Bevölkerungen und Bevölkerungsteile, erst recht in der islamischen Welt, im Hinduismus und Buddhismus. Aber es ist zu erwarten, dass sich trotz aller ghettohaften Selbstbehauptungsbemühungen auch hier im Lauf der Zeit kritisches Denken verbreiten und zu bedeutenden Veränderungen der jeweiligen Traditionen führen wird.

Hierzulande ist dieser Prozess am Weitesten fortgeschritten und bewirkt eine weitgehende innere, oft auch äußere (Kirchenausstritte) Distanzierung von den Kirchen. Es ist eine drängende Aufgabe, auf diese Herausforderung zu reagieren und die eigene „Sache“ so zu vermitteln, dass sie unter den neuen Bedingungen noch akzeptierbar ist.

Dabei geht es nicht darum, die alten Dogmen einem wie auch immer gearteten „Zeitgeist“ anzupassen. Vielmehr müssen sie mit den Methoden der Historischen Vernunft analysiert und ihre Aussagen erarbeitet werden. Es muss untersucht werden, wann und warum sie entstanden sind, ob sie von Anfang an zum christlichen Erbe (*depositum fidei*) gehörten oder erst später und unter welchen Kontexten formuliert wurden. Dadurch tritt der (bleibende?) Kern des Christentums deutlicher zu Tage.

Um die Dogmen nicht nur in ihrem Wortlaut, in der Regel von Konzilien beschlossenen (außer dem „päpstlichen“ Dogma von der Himmelfahrt Mariens), zu wiederholen, sondern sie zu analysieren und somit ihre Aussageabsicht herauszuarbeiten, müssen sie *alle* historisch-kritisch untersucht werden. Dies wird eine längere Zeit und theologische Bemühungen erfordern, die zu Krisen führen, am Ende aber auch die Kirche von manchem Ballast befreien.

Beginnen sollte man vor allem mit drei zentralen dogmatisierten Lehren, die nicht nur heute für viele Christen nicht oder nur schwer zu rezipieren sind, sondern auch die Effektivität der Verkündigung belasten.

Gemeint ist einmal die Gottesfrage (Trinitätslehre), dann die Zwei-Naturen-Christologie und schließlich die Erbsündenlehre inklusive der auf ihr basierenden Rechtfertigungslehre. Hierzu einige fragmentarische Gedanken.

### 1. Zur Gottesfrage (Trinitätslehre).

Historisch gewiss ist, dass Jesus sich in einem engen Verhältnis zu Jahwe, dem alleinigen Gott seiner jüdischen Religion sah und glaubte, in seinem Auftrag zu reden und zu handeln. Diesen Gott sprach er, wie im Frühjudentum seiner Zeit keineswegs unüblich, als „Vater“ an, was eine besondere Nähe – aber nicht mehr (Jesus sah sich nicht als „Sohn Gottes“) – symbolisierte.

Auch die sich nach seinem Tod bildenden Christengemeinden hielten an diesem *einen* Gott fest. Auf seine Verkündigung – jetzt von ethnischen Rückbindungen an das Judentum (Beschneidung) gelöst – gründet auch ein Großteil der frühen Missionserfolge. Bis zu den Synoptikern (Matthäus, Markus, Lukas), also bis in die 90er Jahre des ersten Jahrhunderts, verehrten die Christen den unitarischen Gott. Erst nach dem Einbruch hellenistischen Denkens änderte sich die Lage: Jüngere Schriften des Neuen Testaments – die johanneischen Schriften und die deuteropaulinischen Briefe – vertraten für Jesus eine göttliche Präexistenz und die Demiurgie (Schöpfungstätigkeit) des Sohnes bzw. des Logos (des Wortes). Jesus wurde der inkarnierte Gott. Die Auswirkungen auf die Gottesvorstellung wurden zwar noch nicht reflektiert, aber man könnte hier Ansätze zu einer (späteren) Binitätslehre feststellen. Eine Trinitätslehre findet sich im Neuen Testament nicht. Auch die Erzählungen von der Taufe Jesu oder der Taufbefehl am Ende des Matthäusevangeliums haben nichts mit ihrer späteren Fehldeutung als Hinweis auf ein trinitarisches Gottesverständnis zu tun.

Im zweiten christlichen Jahrhundert gibt es zwar noch ein Fortleben des ursprünglichen christlichen Glaubens an den unitarischen Gott, so in einigen Schriften der sog. Apostolischen Väter und auch – noch länger – im aramäisch-syrischen Christentum. Aber in der sich bildenden Kirche im Römischen Reich setzten sich mehr und mehr hellenistische Gottesvorstellungen durch.

Danach konnte Gott nicht unmittelbar in der Schöpfung tätig geworden sein, das hätte ihn – zumindest in ein Vorher und Nachher – verändert. Gott aber wurde gedacht, vereinfacht gesagt, als ein „unbewegter Beweger“, letztes und gänzlich *eines* und einfaches Prinzip, ohne jegliche Möglichkeit zu einer Aktivität. Aber aus ihm gingen, in passiver Verursachung, mindere göttliche Hypostasen hervor. In der gleichzeitig mit dem Christentum entstehenden Gnosis wurde eine Vielzahl von ihnen genannt, die in einem Bereich des Pleroma, der „Fülle“, versammelt waren. Aber auch hellenistische Christen konnten sich das Zustandekommen der Schöpfung nur vorstellen, indem sie sich unter Gott schlechthin wenigstens eine, gelegentlich auch zwei mindere göttliche Hypostasen vorstellten, den Logos (und den Geist), die dann als „Hände Gottes“ das Werk der Schöpfung bewirkt haben. Wichtig hierbei wurde vor allem der göttliche Logos, das „Wort“, gemäß den Ausführungen des frühjüdischen Theologen und Zeitgenossen Jesu Philon von Alexandrien (gest. 40 n.Chr.)<sup>1</sup> und des Prologs des Johannesevangeliums. Dieses Wort ist dann „im Anfang“ der Schöpfung (vgl. Gen 1,1) aus Gott hervorgetreten und hat die Welt zuinuerst konstituiert. Auf diese Weise konnte an dem einen und unveränderlichen Gott festgehalten und zugleich das Zustandekommen der Welt als (indirekte) göttliche Tat festhalten werden. Diese Konzeption wurde von den christlichen „Apologeten“ des 2. Jahrhunderts vertreten; wichtig wurde vor allem Justin, der „Philosoph und Martyrer“ (gest. um 150 oder später). Entsprechend dem Prolog des Johannesevangeliums wurde das Wort mit Jesus Christus gleichgesetzt, der dann – als „Sohn“ – nicht nur Schöpfungsmittler war, sondern auch die Erlösung bewirkt hat. Dieser Logos/Sohn war zwar göttlich, aber von einer minderen Göttlichkeit als Gott selbst;<sup>2</sup> vor allem hatte er einen zeitlichen Anfang: es gab ihn erst seit Beginn der Schöpfung, deren Zustandekommen er

<sup>1</sup> Philon: „Gott selbst hält es für unter seiner Würde, zur Sinnlichkeit zu kommen und schickt seine Logoi ...“. Das eine ist „der göttliche Logos, das andere aber der dem Logos übergeordnete Gott ...“ (Über die Träume I, 61-70).

<sup>2</sup> Justin: „... so wird auch niemand ... zu erklären wagen, der Schöpfer und Vater des Weltalls habe alles, was über dem Himmel ist, verlassen und sei in einem kleinen Winkel der Erde erschienen ...“ (Dialog mit dem Juden Tryphon LX, 2).

erklären sollte. Gott ist also von Ewigkeit her einer, erst zum Zweck der Weltschöpfung trat aus ihm eine Hypostase minderer Göttlichkeit hervor, so dass es neben Gott schlechthin noch einen zweiten (minderen) Gott gab<sup>3</sup> – eine heilsgeschichtliche („ökonomische“) Binitätslehre. Nur am Rande ist gelegentlich auch vom Geist die Rede. Logos (und Geist) war(en) also notwendig, um Schöpfung und Heilsgeschichte mit dem unveränderlichen einfachen Gott zu verbinden.

*Diese Konzeption war bis ins 3. Jahrhundert gemeinsame christlich-hellenistische Überzeugung* und wurde auch von den sog. frühkatholischen Schriftstellern Irenäus von Lyon (gest. um 202), Tertullian von Karthago (gest. nach 220) und Klemens von Alexandrien (gest. vor 215) vertreten.

Der nächste große Einschnitt geht auf den Einfluss des Origenes von Alexandrien (gest. 253/254) zurück. Er war der Meinung, dass dem Logos und Geist keine wahre Göttlichkeit zukomme, wenn es sie erst in der Zeit, seit dem „Anfang“, gab. Er stellte die These auf, dass es sie schon immer in Gott gegeben habe: der Vater zeugt seinen Sohn von Ewigkeit her: „Daher wissen wir, daß Gott beständig Vater seines eingeborenen Sohnes ist, der zwar aus ihm geboren ist, ... doch ohne jeden Anfang“ (de princ. I, 2,2). *Die bisher heilsgeschichtliche Trinität, die es erst seit dem „Anfang“ gab, wurde in die Ewigkeit Gottes verlegt.* Zwar räumte er Sohn und Geist, gemäß der Tradition, nur eine mindere Göttlichkeit zu, aber jetzt war die Trinität, anders als bisher, eine ewige innergöttliche Größe. *Gott selbst wurde trinitarisch.*

Das Konzil von Nizäa im Jahre 325 korrigierte Origenes, indem es dem „Sohn“ eine umfassende Göttlichkeit zusprach: er ist „gleichen Wesens“ (homoúsios) mit dem Vater. Zum Geist führte es nichts weiter aus. So gab es dann auch Widerstände: einige Theologen wollten verhindern, dass der Geist, den sie für eine geschöpfliche Größe hielten, auch eine ewige göttliche Realität würde. Dennoch konnte sich das neue Konzept verbreiten und wurde im 4. Jahrhundert von einer Gruppe von Theologen, den „Kappadokiern“, deren wichtigster

<sup>3</sup> Justin: „... unter dem Weltschöpfer (steht) noch ein anderer Gott und Herr ...“ (ebd. LVI,4) – nämlich der Logos.

Basilius von Cäsarea war (gest. 379), auch durchgesetzt, jetzt auch in Bezug auf den Heiligen Geist. Um trotzdem am ererbten christlichen Monotheismus festhalten zu können, formulierten sie, dass es in Gott eine (einzige) Wesenheit gebe, aber drei Hypostasen (Vater, Sohn und Geist). Damit war die trinitarische Dogmenentwicklung im Osten abgeschlossen, bis heute.

Nur im lateinischen Westen gab es noch eine Erweiterung, weil man hier mit dem griechischen Begriff Hypostase nichts anfangen konnte: in lateinischer Sprache wurde er übersetzt mit Substanz. Drei Substanzen in dem einen Gott aber wäre ein Tritheismus. Man griff deswegen hier auf einen seit dem frühen 3. Jahrhundert (Tertullian) formulierten und seitdem nicht mehr gebrauchten Begriff zur Benennung der Dreiheit in Gott zurück: In Gott und seinem einen Wesen gibt es drei „Personen“ (so Augustinus), was auch immer das bei Gott heißen kann.

Diese sehr fragmentarische Übersicht<sup>4</sup> mag zeigen, dass der ursprüngliche jüdische und christliche (unitarische) Monotheismus im hellenistischen Raum eine starke Komplizierung erfahren hat, die zur Ausbildung einer Trinitätslehre, endgültig seit dem 4. Jahrhundert, führte. Weil diese Entwicklung aber jenseits der konkreten Begriffe eine Tendenz erkennen lässt, nämlich auch unter hellenistischen Denkvorsetzungen am Monotheismus festzuhalten, erweist sich die Trinitätslehre als kulturbedingtes Konstrukt, dessen kulturelle Notwendigkeiten heute entfallen sind. Es wäre möglich – und sinnvoll –, die Trinitätslehre als ein in der Vergangenheit notwendiges Konzept zu begreifen, das aber heute nicht mehr normativ sein kann. Das Reden von dem einen Gott und Jesus, der sich ihm verbunden fühlte, könnte wieder einfacher werden. Laut neuen Umfragen glaubt eine Mehrheit der jüngeren Menschen in Europa nicht mehr an Gott. Es ist notwendig, darüber in ein Gespräch zu treten – was wohl nicht einfach sein wird –. Diese fundamentale Diskussion sollte nicht mit dem zusätzlichen Problem der Vermittlung eines spätantiken theologischen Modells, der Trinität, belastet werden.

<sup>4</sup> Für genauere Informationen vgl. vom Verf., Haben wir drei Götter? Vom Vater Jesu zum >>Mysterium<< der Dreifaltigkeit, (topos-taschenbücher, Bd. 866) Verlagsgemeinschaft topos plus, Lahn-Verlag 2014.

*{Zu den beiden anderen theologischen Problemfeldern vgl. die folgenden Hefte.}*

\*\*\*

Klaus Brill

## Ein empfindsamer Draufgänger

Die Rolle des hessischen Landgrafen Philipp des Großmütigen im Prozess der Reformation

Man nannte ihn „den Großmütigen“, denn er glänzte durch Tatkraft und Courage. Zudem bewies er diplomatisches, politisches und militärisches Geschick. Als Renaissancefürst liebte er die wilden Jagden, die festlichen Turniere, das Glücksspiel und die schönen Frauen. Andererseits war er bibelfest, glaubensstark, fromm und voller Skrupel. Vor uns steht ein empfindsamer Draufgänger, eine faszinierende, in ihren Widersprüchen schillernde Persönlichkeit: Landgraf Philipp I. von Hessen, geboren 1504 im Marburger Schloss, gestorben 1567 in Kassel.

In den turbulenten Jahrzehnten der Reformation wurde er eine der Schlüsselfiguren im damaligen Deutschland. Als charismatischer Führer der Protestanten und erbitterter Gegner Kaiser Karls V. war er an allen entscheidenden Ereignissen in vorderster Linie beteiligt, vom Reichstag in Worms 1521 bis zum Augsburger Religionsfrieden 1555. Und seine Vita zeigt, dass der von Martin Luther 1517 ausgelöste Aufbruch keineswegs zwangsläufig auf die Kirchenspaltung hinauslief. Vielmehr war die Reformation immer wieder vom Scheitern bedroht.

Schon 1524 bekannte sich der hessische Landgraf als einer der ersten deutschen Fürsten zu Luthers Lehre. 1526 leitete er in seinem Land eine tiefgreifende Kirchenreform ein, die von ihm einberufene Versammlung der hessischen Ritter, Prälaten und Städte in Homberg (Efze) ging als erste evangelische Synode in die Geschichte ein. Philipp war auch einer jener fünf Landesherren, die 1529 beim Reichstag in Speyer

gemeinsam mit 14 Städten die Reichsacht gegen Luther ablehnten und gegen eine Festschreibung des Status Quo feierlich Augsburg, waren es sechs Städte und sieben Fürsten, unter ihnen wiederum Philipp, die in der „Confessio Augustana“ (Augsburger Bekenntnis) ihre wichtigsten Glaubenssätze niederlegten.

Danach war der hessische Landgraf die treibende Kraft bei der 1531 erfolgten Gründung einer protestantischen Militäralianz, des Schmalkaldischen Bundes, der ihn und den sächsischen Kurfürsten zu seinen Hauptleuten berief. Vor Krieg schreckte er nicht zurück, wie er 1534 bei der Eroberung Württembergs bewies – diese kühne Kraftprobe mit den Habsburgern brachte ihm seinen ehrenvollen Beinamen ein.

Das hohe Ansehen, das er sich erwarb, setzte Philipp indes durch einen Ehe-Skandal aufs Spiel – und ebenso das Schicksal der Reformation. Seit 1523 war er mit der Herzogtochter Christine von Sachsen verheiratet, wie andere Herrscher erlaubte er sich aber neben dieser politisch arrangierten Ehe allerlei sexuelle Ausschweifungen. Als 1539 eine Geschlechtskrankheit bei ihm ausbrach, fürchtete er, es sei das damals grassierende „Malafrantzoß“ (Syphilis), an dem bereits sein Vater gestorben war. Zudem empfand er sein Verhalten als sündhaft und hatte Angst vor ewiger Verdammnis, jahrelang blieb er dem Abendmahl fern. Einen Ausweg aus seiner Not erhoffte er sich von einer 1540 heimlich geschlossenen Zweitehe mit der sächsischen Hofdame Margarethe von der Saale. Er war überzeugt, nichts Unrechtes zu tun. Beim Studium der Bibel war er auf alttestamentarische Erzväter wie Abraham gestoßen, die doch auch mehr als eine Frau hatten, ebenso die Könige David und Salomon ...

Die Sache wurde publik und löste einen Sturm der Entrüstung aus, zumal Luther, Melanchthon und andere Reformatoren involviert waren. In einem geheimen „Beicht- rat“ hatten sie die Doppelehe theologisch gebilligt, nachdem Philipp mit einer Hinwendung zum Kaiser gedroht hatte. 1541 schloss er tatsächlich mit Karl V. einen Geheimvertrag, in dem dieser unter anderem auf eine Strafverfolgung des Hessen wegen Polygamie verzichtete; eigentlich stand darauf die Todesstrafe. Im Gegenzug versprach der Landgraf, die Einführung der Reformation im Rheinland zu hintertreiben

Protest einlegten – von daher rührt der Name Protestanten. Ein Jahr später, in

– und ebenso ein engeres Zusammengehen der Protestanten mit Frankreich und England gegen Habsburg. Tatsächlich scheiterte dann im Kurfürstentum Köln der Versuch, die Reformation einzuführen, an mangelnder Unterstützung. Dem hessischen Fürsten wurde deshalb Verrat an der evangelischen Sache vorgeworfen.

Den Tiefpunkt seines Lebens erreichte er, als Karl V. in der Folge die zerstrittenen Protestanten mit dem Schmalkaldischen Krieg überzog und rasch besiegte. Ebenso wie Kurfürst Johann Friedrich I. von Sachsen wurde Philipp gefangen genommen und fünf Jahre in den Niederlanden inhaftiert. Er musste sich vom Kaiser öffentlich demütigen lassen. In der Haft fürchtete er um sein Leben und um den Fortbestand seiner Landgrafschaft. Insgeheim stand er mittels Schiefertafeln und eingerollten Zetteln als Kassibern mit seinem ältesten Sohn Wilhelm in Kassel in Verbindung.

Dieser bereitete gemeinsam mit Kurfürst Moritz von Sachsen einen Fürsten-Aufstand gegen den Kaiser vor, der 1552 Erfolg hatte. Damit war die Reformation gerettet. Philipp und Johann Friedrich I. wurden freigelassen, und 1555 kam der Augsburger Religionsfrieden zustande. Neun Jahre nach Luthers Tod wurde damit dessen Lehre – freilich nicht der Calvinismus – als gleichberechtigt neben dem katholischen Glauben anerkannt. Karl V. empfand dies als schmachvolles Scheitern und dankte ab.

Landgraf Philipp suchte nun verstärkt den Ausgleich zwischen den widerstreitenden Kräften und widmete sich erfolgreich dem Ausbau seines Landes und seiner Landeskirche. Schon 1526 hatte er in Homberg (Efze) das Fanal zum Aufbruch gegeben, und in der Folge setzte er in Hessen um, was in Wittenberg theologisch für gut und richtig befunden worden war. In vielem preschte er vor, und in vielem ging er weiter, als dies selbst Luthers Landesherren in Sachsen taten.

Schon 1527 wurden beispielsweise die 37 hessischen Klöster aufgehoben. Ihre Einkünfte flossen nun zum Teil in ein groß angelegtes Bildungsprogramm. In den Räumen dreier aufgelöster Stadtklöster in Marburg gründete Philipp die erste evangelische Universität der Welt. Als Vorstufe kam

ein Pädagogicum hinzu, das heutige Gymnasium Philippinum. 1529 wurde ferner eine Stipendiaten-Anstalt geschaffen, die auch den Kindern der Armen den Schul- und Universitätsbesuch ermöglichte. Überall im Land sollten Schulen gegründet werden, nicht nur für Knaben, sondern auch für Mädchen.

Eine weitere Pioniertat war 1533 die Einrichtung einer Hospital-Stiftung, die dem „gemeinen Nutzen“ dienen sollte. Unter ihrem Dach wurden vier Klöster, darunter die Zisterzienserabtei Haina, in Heime für Kranke und Arme vom Land umgewandelt, später entwickelten sie sich zu psychiatrischen Zentren. In den hessischen Pfarreien richtete man je einen „gemeinen Kasten“ ein, der sich ebenfalls aus säkularisiertem Kirchengut speiste. Aus diesem Fonds wurden vor Ort Notleidende unterstützt, aber auch Pfarrer und Lehrer besoldet. Alles in allem legte Philipp mit diesen Maßnahmen „ein erstaunliches Tempo vor“, wie die Kirchenhistorikerin Gury Schneider-Ludorff befand. Die Landgrafschaft stellte eine Art evangelischer Avantgarde dar. Darüber hinaus sorgte der Fürst sich um die Einheit der Protestanten, weil deren führende Theologen über mancherlei Details in Streit gerieten, etwa über die Frage, ob Christus beim Abendmahl im Gottesdienst leibhaftig oder nur symbolisch gegenwärtig sei. 1529 lud er deshalb zehn der wichtigsten Reformatoren zum Disput auf sein Marburger Schloss, unter ihnen Martin Luther und Philipp Melanchthon aus Wittenberg, Huldrych Zwingli aus Zürich und Martin Bucer aus Straßburg. Der Landgraf suchte auf jede erdenkliche Art zu vermitteln, hatte aber nur teilweise Erfolg. Der Elsässer Bucer half ihm später, einen Ausgleich mit den radikalen Protestanten der Täufer-Bewegung zu erreichen. Diese forderten die strikte Trennung von Kirche und Staat und verweigerten jede Unterordnung. Ihrer Meinung nach durften auch keine Kinder, sondern nur Erwachsene getauft werden, weil dieses Sakrament das bewusste Bekenntnis zum Glauben voraussetze.

Landgraf Philipp lehnte es im Gegensatz zu Luther, zum Kaiser und vielen Fürsten ab, Menschen wegen ihres Glaubens zu töten. Er wollte die Täufer zurückgewinnen, und tatsächlich konnte Martin Bucer führende Vertreter der Bewegung zum Kompromiss bewegen. Ihre Gefolgsleute gliederten sich

in die evangelische Landeskirche ein. Im Gegenzug führte diese die Konfirmation ein, mit der getaufte Kinder in höherem Alter nach gründlicher Unterweisung im Katechismus ihr Glaubensbekenntnis bekräftigen; erst dann werden sie zum Abendmahl zugelassen. Diese Neuerung, 1539 in der Festung Ziegenhain beschlossen, verbreitete sich später in der ganzen protestantischen Welt.

Eine weitere hessische Erfindung war die Schaffung des Ältesten-Amtes. Die Kirchenältesten sollten in den Gemeinden die Priester unterstützen und dabei besonders auf den Katechismusunterricht und den moralischen Lebenswandel der Gläubigen achten, etwa auf Alkoholgenuss oder Ehebruch, wie es die Täufer verlangten. Man nannte dies Kirchenzucht, und die beschlossenen Regeln wurden als Ziegenhainer Zuchtordnung bekannt. In ihr war auch die Einführung der Konfirmation geregelt.

Natürlich gab es Widerstand gegen diese Reformen, doch war er nicht besonders stark. Die Ritter waren auf Philipps Seite, auch der Klerus schloss sich teilweise der evangelischen Bewegung an. Viele Mönche und Nonnen verließen von sich aus die Klöster, noch ehe diese 1527 aufgelöst wurden. Andere dagegen hielten an der Tradition fest, so in Kaufungen oder Lippoldsberg. Der Abt der Zisterzienser-Abtei Haina und mehrere Gefolgsleute wehrten sich energisch gegen ihre Entfernung und klagten jahrzehntelang auf Rückerstattung der Klostersgüter, letztlich vergebens. Erbitterten Widerstand leisteten auch die Ritter des Deutschen Ordens, die in Marburg die Elisabethkirche verwalteten. Landgraf Philipp indes hielt unbeirrt an seinen Plänen fest. Und parallel zur Umsetzung der Reformation verwandelte er sein Land in den 49 Jahren seiner Herrschaft in einen frühmodernen Fürstenstaat und straffte die Verwaltung.

Am Ende konnte er auf spektakuläre Erfolge und ebenso spektakuläre Niederlagen zurückblicken. Aus heutiger Sicht ist klar, wo seine historischen Verdienste liegen. Martin Luther wies vor 500 Jahren der Reformation als Theologe die Richtung, Philipp bahnte ihr als Politiker und Heerführer mit anderen den Weg. Lakonisch-ironisch brachte er diese Arbeitsteilung einmal auf die Formel: „Predige Er, Luther,

so will ich derweil sehen, dass man die Pferde saddle.“

**Auszug aus dem Buch: Klaus Brill, Hessen – Pionierland der Reformation, Kassel 2017**

\*\*\*

Gregor Tischler

## Ästhetik und Glaube

Von der Schwierigkeit, ein überzeugter Protestant zu sein

Wittenberg am Tag der deutschen Einheit 2016: Es ist der Tag nach der feierlichen Wiedereröffnung der prächtig renovierten Schlosskirche. Touristen bilden Warteschlangen, schießen ungezählte Selfies vor der Tür mit den 95 Thesen. Stadtkirche, Lutherhaus, Cranachhof: Dem Anschein nach ist die Reformation lebendiger denn je in den letzten Jahrzehnten. Künstlerischer Höhepunkt eines Stadtbesuches ist der Cranachaltar in St. Marien. Im Arrangement der damaligen Zeit sind hochaktuell bedeutende Reformatoren bei der Spendung von Taufe, Abendmahl und Buße abgebildet. Darunter weist Luther von einer Kanzel aus auf den Gekreuzigten, während Luthers Frau und kleiner Sohn mit anderen Gläubigen ergriffen lauschen.

Draußen auf dem Rathausplatz weist ein Globus darauf hin, dass von hier, von Wittenberg, der große Wandel ausging, der die Welt verändern sollte. Die Tourismusindustrie in Sachsen-Anhalt und Thüringen freut sich über das große Interesse am Reformationsjubiläum; auf Luthers Spuren erlebt sie eine Blüte wie nie zuvor.

Warum aber ist gerade in Luthers Kernland der Anteil an Kirchenmitgliedern verschwindend gering? Und warum sind die Austrittszahlen bei den Kirchen der Reformation hierzulande sogar noch höher als bei den Katholiken? Wie passt das zusammen?

Ortswechsel: Eine gotische Stadtkirche im mehrheitlich evangelischen Mittelfranken.

An den Seitenwänden des Hauptschiffes hängen große Tücher von den Emporen; sie sind lateinisch-deutsch mit den Kernthesen der Reformation beschriftet: Allein Glaube, Gnade, Schrift, allein Christus weisen den Weg zur Erlösung. Was wird der Pastor wohl darüber predigen, fragt man sich als durchreisender Besucher. Da wäre man gerne dabei.

Gelingt im Jubiläumsjahr die Wiederbelebung des christlich-protestantischen Glaubens? Hoffnung darauf ist allenthalben festzustellen - zumindest bei Bischöfen, Pastoren und engagierten Laien. Ja, auch die Repräsentanten der katholischen Kirche würden sie gerne teilen, sehen doch auch sie mit Sorge, wie gesellschaftsweit christliche Fundamente abbröckeln. Ziemlich hilflos steht man, wie es scheint, vor zunehmender Gleichgültigkeit gegenüber religiösen Fragen und Antworten. Auch begegnet man einem immer aggressiver auftretenden Atheismus. Und wie soll man der weltweiten Bedrohung durch fanatisch-fundamentalistische Religionsauslegung begegnen? Zwar geht die Formel vom "christlich geprägten Abendland" leicht über die Lippen - ob dahinter aber auch nur die leiseste Ahnung steht, was eine solche Prägung eigentlich ausmachen müsste? Zurück nach Wittenberg: Verstehen sich die, die bewundernd vor den Kulturschätzen stehen, in der Mehrzahl als gläubige Christen - oder doch nur als kunstinteressierte Museumsbesucher? Wie viele von ihnen könnten, im übertragenen Sinn, noch die Knie vor Cranachs Lobpreisung des reformatorischen Bekenntnisses beugen? Und welche Antworten hätte man wohl zu erwarten, würde man bei, sagen wir, durchaus engagierten evangelischen Kirchensteuerzahlern mit gutem Bildungsniveau nach der heutigen Bedeutung jener Grundformeln der reformatorischen Rechtfertigungslehre genauer nachfragen?

Wer sich mit den Anliegen Luthers und der Reformatoren eingehender beschäftigt - was bei der großen Anzahl an Publikationen zum Thema nicht schwerfallen dürfte -, kann gut nachvollziehen, wie aktuell das alles damals war: Angesichts eines völlig veräußerlichten Ablasshandels, wodurch die Gnade Gottes und die Errettung aus unendlich langen Fegfeuerqualen mit barer Münze zu erwerben war, angesichts einer fast nur auf Herrschaft und Machtgewinn

zielenden Kirchenhierarchie und des gleichzeitigen Mangels an theologischer Tiefe und pastoraler Fürsorge musste Luthers Predigt wie wahre Befreiung wirken! Jetzt hörten und lasen (!) viele, dass es nicht auf gute Werke in Form von Gebeten, Wallfahrten und Geldleistungen ankomme, um vor Gott zu bestehen, sondern dass das gläubige Vertrauen auf ihn und auf die Rettung durch Jesus Christus zum Heil reiche. Das alles könne man in der Heiligen Schrift finden, wenn man sie einmal ohne amtliche Vermittlung, d.h. in der eigenen Sprache lese oder sich vorlesen lasse. Dies musste gleichsam wie eine Erlösung aus entsetzlichen Ängsten, Sorgen und Gewissensqualen wirken, die ja auch Luther selbst so lange erlitten hatte. Auch erscheinen aus heutiger Sicht viele der von Tetzl oder Eck vorgebrachten "Argumente" gegen Luthers Anliegen als Paradebeispiele von Anmaßung, Lügenhaftigkeit und unchristlichem Machtstreben.

Fünf Jahrhunderte sind seitdem vergangen. Was bleibt von jener damals so befreiend wirkenden Botschaft für unsere Zeit? Mutig hat sich die EKD in einer 2014 erschienenen Schrift dieser Frage gestellt: "Rechtfertigung und Freiheit. 500 Jahre Reformation 2017" (Gütersloher Verlagshaus, 112 S., 6,99 Euro). Wer evangelisch sozialisiert ist, mag sie mit Zustimmung und vielleicht sogar Vergnügen lesen. Kritischere Leser jedoch, die genauer erfahren wollen, was denn das protestantische Plus gegenüber dem Katholizismus (oder auch Agnostizismus) ausmacht oder ob das reformatorische Glaubensverständnis für den modernen, aufgeklärten Bildungsbürger noch überzeugend ist, werden die EKD-Schrift eher enttäuscht beiseite legen.

## Kernthesen mit Fragezeichen

Es ist sicher nicht einfach zu erklären, was jene Grundprinzipien der Reformation heute noch bedeuten könnten. Was ist überhaupt unter Rechtfertigung zu verstehen? Der Begriff kommt durchaus in unserem Alltag vor: Wir rechtfertigen uns, wenn wir etwas nicht so gut hingekriegt oder Fehler gemacht haben, an denen wir uns nicht allein die Schuld geben wollen. Strafverteidiger machen nichts anderes, als die Handlungen ihrer Mandanten, wenn nicht zu rechtfertigen, so doch so weit wie möglich zu entschuldigen. Andererseits weisen wir

gerne die Rechtfertigungsversuche anderer empört zurück. Auf den Gedanken aber, dass wir uns vor Gott rechtfertigen müssten, kommen wir meist gar nicht. Ist es da wirklich hilfreich, wenn wir in besagter EKD-Schrift lesen: "Weil dem Menschen die Gerechtigkeit Christi zugesprochen wird, wird er für seine Sünde nicht länger durch das Gesetz angeklagt, sondern von Gott freigesprochen"? Ein paar Zeilen weiter erfährt man dann noch: "Indem Gott dem Menschen seine Sünden vergibt und ihn deshalb als gerecht beurteilt, ist er für Gott dann auch tatsächlich gerecht" (S. 72). Gilt das auch, so kann man fragen, für Vergewaltiger und Mörder, blutrünstige Diktatoren, Terroristen oder Mafiosi, sofern sie (wie letztere meistens) nur an Christus glauben? Umgekehrt:

Wenn ich ein Leben lang nach Wahrheit und Gerechtigkeit strebe, Fehler eingestehe und mich stets bemühe, ein guter Mensch zu sein und Gutes zu tun, weshalb muss ich dann noch extra von Gott durch die "Gerechtigkeit Christi" gerechtfertigt werden?

Auch der im 16. Jahrhundert gängige Gnadenbegriff erschließt sich nicht mehr von selbst. Gewiss, zu Weihnachten werden regelmäßig Straftäter begnadigt (also freigelassen), und mitunter gebrauchen wir das Gnadenwort, wenn wir unvermutet Glück hatten, aus einer schweren Krankheit genesen oder einem Unglück entkommen sind. Helmut Kohl sprach von der "Gnade der späten Geburt", um auszudrücken, dass er dadurch der Schuldverstrickung der NS-Zeit entkommen war. Auch mag es sein, dass uns Erfahrungen von Schönheit, Frieden oder Geborgenheit ein Gefühl von Dankbarkeit ermöglichen, das wir als eine Art "Gnade" empfinden.

Vor 500 Jahren jedoch stand das Wort in einem ganz anderen Kontext: in dem der Sünde, der drohenden Verdammnis und unsäglicher Höllen- oder zumindest Fegfeuerqualen. Ähnlich wie das Prinzip "sola fide" ("allein durch Glauben") war auch "sola gratia" ("allein durch Gnade") gegen die so genannte "Werkgerechtigkeit" gerichtet, die, wie oben gezeigt, mit dem Ablassgeschäft aufs Engste verknüpft war. Inzwischen ist aber der Ablassgedanke - zumindest im aufgeklärten Christentum - an den Rand bzw. in den Bereich der "Volksfrömmigkeit" gerückt, die wiederum mehr als

eine Form von Folklore denn als Zeichen eines rational verantwortbaren Glaubens gilt. Das Ablassproblem des späten Mittelalters ist sicherlich für die Historie von zentraler Bedeutung; für das Alltagsleben heute ist es das nicht mehr.

Kommen wir zu dem zweiten Prinzip, dass das Heil allein durch den Glauben und nicht durch gute Werke zu erlangen sei. Die Schlüsselstelle der Hl. Schrift war für Luther bekanntlich Röm 3,28, wo Paulus schreibt, der Mensch werde gerecht "durch Glauben, unabhängig (griech. *chorís*) von Werken des Gesetzes". Das Wort "allein" steht nicht im Urtext, wurde aber von Luther - keineswegs sinnwidrig (!) - hinzugefügt.

Man wird wohl zugeben müssen, dass der Grundsatz, nur der Glaube, und zwar der Glaube an Christus, keinesfalls aber gute Werke führten zum Ziel, im 21. Jahrhundert weitgehend unverständlich geworden ist. Man mag am Leistungsprinzip unseres Wirtschaftssystems berechnete Kritik üben und auf die Kosten verweisen, die vor allem die gesellschaftlich Benachteiligten zu zahlen hätten. Dennoch ist einzuräumen, dass ein Leben ganz ohne Leistungsprinzip kaum möglich und auch wenig erstrebenswert erscheint.

Besagte EKD-Schrift argumentiert freilich in Übereinstimmung mit Luthers Erläuterung der Römerbriefstelle, gute Werke entstünden "sozusagen ganz selbstverständlich, quasi automatisch aus dem Glauben" (89). Dagegen gelte, "dass es dem Menschen unmöglich ist, sich durch sein Tun vor Gott zu rechtfertigen". Und weiter: "Sein Bemühen, Gott gerecht zu werden, ist stets (sic!) durch egoistische Heilsinteressen kontaminiert" (64). So ist ohne den Glauben an die Gnade Gottes alles umsonst: "Diese selbstbezogene Grundstruktur beeinträchtigt und zerstört die Beziehungen, in denen der Mensch steht: die Beziehung des Menschen zu seinen Mitmenschen und zu der ihn umgebenden Welt, aber auch die Beziehung zu Gott" (65). Die Botschaft von der Gnade sei dagegen "auch heute noch heilsam. In einer Leistungsgesellschaft wie der unseren wird der Mensch so in seiner alltäglichen Geschäftigkeit heilsam gestört: Er muss nichts (sic!) leisten und anderen nichts beweisen. So kommt der Mensch zur Ruhe" (ebd.).

Aber ist derlei wirklich realitätsnah und hilfreich? Machen wir den "Fakten-Check"! Arbeiten Ehrenamtliche, Katastrophenhelfer, NGO's, arbeiten Pflegerinnen, alleinerziehende Mütter oder Tierschützer wirklich nur aus "egoistischen Heilsinteressen"? Es fällt jedenfalls schwer zu glauben, sie alle seien vom Glauben an Christus und die Gnade Gottes so tief durchwirkt, dass sie gar nicht anders können, als solch bewundernswerte Handlungen, die man bei ihnen sehen kann, zu vollbringen.

## Versteht sich die Bibel von selbst?

Martin Luther stand ganz im Bann von Höllenängsten und litt an der Vorstellung eines unbarmherzig strafenden Richter Gottes. Der Römerbrief brachte ihm endlich innere Befreiung. Und doch war Luther nicht frei von einseitiger Schriftauslegung. Bezeichnend ist nicht nur, dass er den Jakobusbrief, der die Notwendigkeit guter Werke betont (vgl. Jak 2,14-26), eine "stroherne Epistel" nannte und ihn nach hinten schob, sondern z.B. auch der Umstand, dass er die Übersetzung von Mt 5,17f., wo Jesus von der Notwendigkeit spricht, das Gesetz zu erfüllen, ohne Randbemerkung beließ.

Auch das dritte "sola"-Prinzip, dass man allein in der Heiligen Schrift finden könne, "was Christum treibet" (Luther), d.h., was Christi Botschaft und Willen erklärt, lässt sich aus der historischen Situation gut nachempfinden. Trieb damals nicht die Kirche Schindluder mit dem Anspruch, authentisch den Willen Gottes zu repräsentieren, habe doch allein sie von Christus persönlich die Vollmacht erhalten zu binden und zu lösen (Mt 18,18)? Davon, was in der Bibel wirklich steht, erfuhren die allermeisten, des Lateins unkundig, nur, was sie im Gottesdienst - der meist ohne Predigt blieb - oder vielleicht in Volkspredigten der Bettelorden zu hören bekamen. Was aber könnte uns der Grundsatz, dass der Mensch allein durch die Schrift - "sola scriptura" - zum Heil findet, heute noch bedeuten?

Leider lässt auch bei diesem Punkt der Grundlagentext der EKD Realitätsnähe vermissen: "Beim Lesen der Texte macht man eine ähnliche Erfahrung wie die Schreiber damals. Wir fühlen uns hier in einer Weise angesprochen, dass wir sagen

können: Hier begegnet Wahrheit" (79). Wirklich? Wer sich jemals vorgenommen hat, die Bibel Seite für Seite zu lesen, ohne eine theologisch fundierte Anleitung zur Hand (oder selbst Theologie studiert) zu haben, empfand wohl eher Ratlosigkeit und dürfte über die Behauptung, "jeder Christ ist selbst in der Lage, die biblischen Texte zu verstehen" (80), höchstwahrscheinlich den Kopf schütteln. Nein, so einfach geht es nicht! Ist jeder, der, um ein Beispiel zu nennen, in einer Freikirche Nordamerikas die Bibel wortwörtlich zu verstehen behauptet, und ist jeder, der mit dem Bezug auf Gen 1 gegen Darwins Evolutionslehre zu Felde zieht, schon ein guter Christ? Und was ist mit denen, die - wie die so genannten "Zwölf Stämme" im bayerischen Schwaben - unter Berufung auf Spr 19,18 oder Sir 22,6 ihre Kinder schlagen? Sind auch sie "in der Lage, die biblischen Texte zu verstehen"?

Selbst in der Reformationszeit war indes die Behauptung, die Bibel lege sich selbst aus (so Calvin), Ursache ungezählter Streitigkeiten über die einzig wahre Deutung. Natürlich konnten die Reformatoren - und ihre Gegner - noch keine wissenschaftliche Textanalyse kennen. Nach einem halben Jahrtausend ist dies anders geworden. Sie ist unerlässlich, falls man der Gefahr von Deutungswillkür entgehen will.

Der Grundlagentext der EKD erwähnt zwar zaghaft die - ursprünglich ja von protestantischen Theologen entwickelte - historisch-kritische Methode (80 ff.), gibt aber keinerlei Hinweis, wie man mit ihrer Hilfe die Texte konkret zu verstehen habe. Für beide großen Konfessionen gilt leider, dass eine wissenschaftliche Exegese im Elfenbeinturm theologischer Fakultäten und Hochschulen geblieben ist. Sie mag wohl der einen oder anderen gelungenen Sonntagspredigt zugrunde liegen; für den Durchschnittschristen bleibt sie weitgehend "terra incognita", unbekanntes Terrain.

Auch der Grundsatz "solus Christus", "Christus allein", richtete sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts gegen die veräußerlichte Kirche, die sich in ihrem Machtanspruch nicht nur als einzig wahre Vollstreckerin des Willens Christi verstand, sondern sich oft auch über Christus selbst stellte - so schon der Vorwurf von Bettelmönchen des Hochmittelalters. Was aber

kann ein moderner Mensch mit dem reformatorischen Grundsatz noch anfangen? Vielleicht weiß er Leben und Botschaft des Jesus von Nazareth zu schätzen und in den Forderungen der Bergpredigt ein hohes humanitäres Ideal sehen. Auch mag er den ethischen und kulturellen Folgerungen aus den Evangelien mit hohem Respekt begegnen. Aber dass nur im Glauben an den Gottessohn Jesus Christus und seine zwei "ungetrennten und unvermischten" Naturen, wie es 451 das Konzil von Chalzedon definierte, das Heil des Menschen liege, könnte ihm unakzeptabel erscheinen.

Was wäre denn dann von den Heilsvorstellungen anderer Religionen zu halten? Sind gläubige Menschen in anderen Kulturkreisen, etwa in Asien, "verstockt" oder würden sie sich, wenn sie "die Geschichte von Leben, Sterben und Auferstehung Christi" erzählt bekämen (EKD-Text S. 54), sofort freudig zum Christentum bekennen?

Nahezu unverständlich erscheint in diesem Zusammenhang auch die theologische Spitzfindigkeit, Gottes Gerechtigkeit bestehe "darin, dem Menschen die Gerechtigkeit Christi zuzurechnen" (53 f.). Sicherlich war das in Zeiten des Ablasshandels eine befreiende Erkenntnis: Es ist nicht länger nötig, um Gnade und Erbarmen zu betteln, die Amtsträger zu hofieren und mit barer Münze zu bezahlen; Christus hat ja für alle, die an ihn glauben, durch Leiden und Sterben so viel Rechtfertigung vor Gott erwirkt, dass es keiner weiteren religiösen (!) Werke mehr bedarf, um sich der Gnade Gottes zu versichern. Jedoch: Was damals befreiend war, erscheint uns heute doch eher als mittelalterlich, weit weg von unserem Weltverständnis.

## Selbstkritik, protestantisch

Man kann dem Protestantismus wahrhaftig nicht vorwerfen, immun gegen Selbstkritik zu sein, auch wenn man davon in der EKD-Schrift nicht allzu viel findet. Im Gespräch mit aufgeschlossenen evangelischen Christen über ihr Glaubensverständnis werden oft ohne Zögern verschiedene Defizite angesprochen. Vor allem empfindet man die Zersplitterung und Uneinigkeit in den Kirchen der Reformation als schmerzlich. Schon Luther hatte ja damit zu kämpfen. Ein Hoffnungszeichen, vielleicht sogar eine Perspektive für die ökumenische Weiterar-

beit bot die 1973 vereinbarte Leuenberger Konkordie, gemäß der sich die verschiedenen aus der Reformation hervorgegangenen Gemeinschaften u.a. auch bezüglich des Abendmahls und der Predigt gegenseitig anerkennen. Dennoch bleiben Probleme: Was hat ein aufgeklärter Christ wie der Ratsvorsitzende der EKD mit bibelfundamentalistischen Freikirchen gemeinsam, die sich im US-Wahlkampf für Trump engagierten oder in Lateinamerika gegen die katholische Kirche missionieren?

Weder das Feiern noch die Atmosphäre des Sakralen gehören, wie man einräumt, zu den Stärken des Protestantismus. Mit Marienwallfahrten, mit "Folklore" im Allgemeinen, tut man sich eher schwer (Freikirchen amerikanischer Prägung bieten freilich eine neue Art von Folklore in Form von Heilungsgottesdiensten und Massenevents an). Und wo allein die Schrift zählt, waren und sind Bilderstürmer oft nicht weit. In vielen reformierten Kirchengebäuden der Schweiz, wo Zwingli und Calvin den Glauben bestimmten, kann man sich davon überzeugen. Auch bedenkt man zu wenig, wie bereichernd die Erfahrung der Stille, ja, einer ganz individuellen Andacht inmitten der Hektik einer Großstadt sein kann. Darauf lassen die fast immer verschlossenen oder nur gegen Eintrittsgebühr geöffneten Kirchenräume schließen. Auch dass die gemeinsame Mahlfeier, die doch dem Auftrag Jesu entspricht (Lk 22,19; 1 Kor 11,25), im evangelischen Gottesdienst zugunsten der Predigt in den Hintergrund geriet, räumt man meist freimütig ein. Auch weiß man, wie leicht der Predigt-dienst missbraucht werden kann. Man lese nur ein paar Feldpredigten der beiden Weltkriege nach! Wie oft missrieten noch vor wenigen Jahrzehnten Kanzelpredigten zu Propaganda für Judenverfolgung, den Überfall auf das bolschewistische Russland und andere nationalsozialistische Wahnideen!

Schließlich ist noch auf einen weiteren neuralgischen Punkt der Reformationsgeschichte hinzuweisen: die allzu große Nähe von Religion und Staat. Natürlich hätte Luther ohne den Schutz des sächsischen Kurfürsten nicht einmal die Wormser Reichsacht 1521 überlebt. Dass sich die Ideen der Reformation überhaupt halten konnten, verdankten sie Landesherren und städtischen Ratsmitgliedern. Kirchliche Ämter,

wie es sie bei Katholiken gab und noch immer gibt, ließen sich aus der Schrift allein nicht begründen. Dort fand man jedoch den geforderten Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit (Röm 13). Im Gegenzug wollten die Reformatoren die Landesherrn zu christlichem Handeln antreiben. Aus all dem wurde, historisch verständlich, ein allzu enger Bund von Thron und Altar. Nicht von ungefähr galt Luther bereits in wilhelminischen Zeiten als einer der Urväter der deutschen Nation, während angeblich die Katholiken ihre Weisungen von jenseits der Alpen erhielten und von oben herab schnell als "Ultramontane" geschmäht wurden. So ist es nicht verwunderlich, dass die Zustimmung zum Nationalsozialismus in protestantischen Gegenden weit höher war als in rein katholischen.

### Luthers dunkle Seiten

Auch von vielen evangelischen Christen wird inzwischen die Gestalt Luthers selbst differenziert beurteilt. So wird kritisiert, dass er rasch überall den Teufel am Werk sah, wenn sich Widerstand gegen seine Sichtweise der Dinge regte. Er war geradezu besessen von der Idee, dass seine Gegner Werkzeuge des Satans seien.

Der Papst und selbst Erasmus und Melancthon waren vor derlei Verteufelungen nicht gefeit. Vor allem aber werden jetzt im Jubiläumsjahr mit Recht nicht nur Luthers Gewaltaufrufe gegen die aufständischen Bauern (1525) angeprangert, sondern besonders auch seine Spätschriften gegen die Juden. Freilich war dies in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts noch ganz anders: Luther galt damals als Vorbild oder zumindest als Entschuldigung der Judenvernichtung. Und es hilft wenig, auf die zahlreichen Pogrome schon vor Luther zu verweisen: Kein Verbrechen lässt sich durch ein anderes rechtfertigen.

Und trotz allem: Es gibt Gründe genug, das Reformationsjubiläum zu feiern.

---

500 Jahre Reformation: Was bleiben muss und weiterbringt.

## Errungenschaften und Korrekturen

Den im ersten Teil vorgebrachten kritischen Anmerkungen muss eine nicht geringe Anzahl großer Leistungen und Errungenschaften entgegengesetzt werden, die unmittelbar oder mittelbar aus der Reformation hervorgingen und die wir auch heute nicht mehr missen möchten. Manchmal werden dabei noch vorhandene Defizite bei den anderen Konfessionen deutlich.

Nennen wir ein paar Beispiele!

Zunächst ist Luthers Sprachgewalt zu würdigen, die Meisterleistung seiner Bibelübersetzung. Ohne sie wäre die Geschichte des Abendlandes, sogar die Weltgeschichte anders und gewiss nicht besser verlaufen. Die deutsche Sprache, das wussten schon die großen Dichter, verdankt dem Reformator Gewaltiges. Noch größer ist dabei Luthers Verdienst, dass mit seiner Übersetzung das Grunddokument des Christentums unters Volk gelangte und zugleich einen Bildungsschub bewirkte. Wer sich mit der Bibel selbständig befassen wollte, musste zuerst Lesen und Schreiben lernen.

Die allgemeine Schulbildung hat in Deutschland protestantische Wurzeln! Begabtere konnten, so die reformatorischen Vorstellungen, in höheren Schulen auch die alten Sprachen der Bibel lernen. Die ältesten Gymnasien hierzulande verdankten sich in erster Linie den Ideen eines Reuchlin, eines Melancthon und anderer Humanisten, die sich der Reformation angeschlossen.

Die Stoßrichtung gegen Rom und Papst gab (bei allen verbalen Entgleisungen und Verfehlungen) den Anstoß, dass sich nun jeder Einzelne, ganz individuell, mit dem Glauben auseinandersetzen konnte, ja musste. Heute würden wir wohl von Persönlichkeitsbildung und Ablehnung jeglicher Bevormundung sprechen. Die Freiheit eines Christenmenschen zu fordern, das war durchaus revolutionär - auch wenn Luther paradoxerweise in einer Polemik gegen Erasmus von Rotterdam die Willensfreiheit leugnete. In der katholischen Kirche hingegen tat man sich mit der Freiheit des Individuums noch lange schwer - obwohl doch die Freiheit des Menschen ein biblisches Leitmotiv ist und die Befreiung aus der

Knechtschaft schon ganz am Anfang von Israels Erfahrungen mit Jahwe steht!

Wir können uns kaum noch vorstellen, welche Ängste die Menschen vor und zu Luthers Zeit quälten. Ungezählt die Höllenpredigten, unermesslich die drastisch ausgemalten Qualen im Jenseits - ohne die Ablass- und Reliquienhandel in solchem Ausmaß ja gar nicht möglich gewesen wären. Da muss die Botschaft, es genüge, auf Gottes Gnade zu vertrauen und dadurch gerechtfertigt, also gerettet zu werden, wie eine Erlösung gewirkt haben. Das "sola-scriptura"-Prinzip war zudem ein Heilmittel gegen allerlei Formen des Aberglaubens, dessen Ausmaß und Verbreitung im Mittelalter wir uns kaum noch vorstellen können. Man erhielt so einen Maßstab für das Wesentliche am Glauben. Zölibat, Priesterweihe als Sakrament, Papstamt - nichts davon fand Luther im Neuen Testament bestätigt. Wie Mönchs- und Nonnengelübde war dies alles in seinen Augen spätere "Erfindung", die man wieder abschaffen konnte oder, falls sie der Schrift gar widersprach, auch musste. In der Folge wurde zudem der Nährboden für die Kultur des evangelischen Pfarrhauses bereitet, ohne das die deutsche Geistesgeschichte um vieles ärmer wäre. Eine Spätfolge des Schriftprinzips ist schließlich auch die Gleichstellung von Mann und Frau bei der Besetzung kirchlicher Ämter, wie sie inzwischen in den meisten Gemeinschaften der Reformation eingeführt ist. Wie schwer tut sich dagegen bis heute eine katholische Theologie, wenn sie plausibel belegen möchte, dass nur Männer zum Priesteramt zugelassen sind! Ein Schatten bleibt freilich: Auch Luther und die Reformatoren sahen nicht, dass auch die Verfolgung und Hinrichtung vermeintlicher Hexen nicht mit der Heiligen Schrift zu begründen war, ja, im Widerspruch dazu steht. Ähnlich verhält es sich mit der Obsession, überall den Teufel am Werk zu sehen, obwohl dieser doch in der Bibel nur eine untergeordnete Rolle spielt und den eigentlichen "Eu-angelion", der "frohen Botschaft" ganz und gar entgegensteht. Es sollte noch Jahrhunderte dauern, bis Teufelsglaube und -ängste - auch infolge der (protestantischen) Errungenschaft historisch-kritischer Bibelauslegung - ihre Dominanz verloren.

## Kulturelle Bereicherung

Niemand kann ernsthaft bestreiten, dass reformatorische Grundsätze den Boden für erstaunliche kulturelle Leistungen ebneten. Noch auf Luther selbst und sein Ideal des schriftgemäßen Gottesdienstes geht die reiche Tradition des Gemeindegesangs zurück. Paul Gerhardt und andere gehören zu den Großen der deutschen Dichtkunst, deren Kirchenlieder uns noch heute rühren können. Das evangelische Gesangbuch verdiente wohl den Titel eines "immateriellen Weltkulturerbes"! Ganz zu schweigen von den Schöpfungen großer evangelischer Komponisten, eines J.S. Bach oder eines Mendelssohn! Auch wer wie ich Haydn- oder Mozartmessen liebt, empfindet wahrscheinlich die Matthäus-Passion (aber auch Bachs einfachere Kantaten und Motetten) oder das Deutsche Requiem von Brahms wohl noch ergreifender.

Dieser Reichtum an kulturellen Traditionen und Leistungen darf daher keinesfalls einer schlichten Vorstellung von Ökumene geopfert werden, die zwar nach Einheit strebt, aber für bereichernde Vielfalt kein Gespür zeigt. Natürlich gilt dies im Gegenzug auch für großartige schöpferische Leistungen des Katholizismus, wie wir sie z.B. in den prachtvollen Barockkirchen Süddeutschlands bewundern dürfen.

Von Menschen geschaffene Schönheit als Ahnung himmlischer Herrlichkeit - hier weist der Protestantismus seinerseits noch ein Defizit im Vergleich zu den beiden anderen großen Konfessionen auf. Ähnliches gilt für andere Bereiche, etwa die in Jahrhunderten gewachsenen Formen der Liturgie oder die Festkultur. Bei all dem geht es aber nur darum, dass unterschiedliche Akzente gesetzt, nicht aber Grenzpfosten und Trennlinien geschaffen werden.

Noch ist damit nicht geklärt, was uns jene Grundpfeiler der Reformation, jene "sola"-Formeln für den Glauben, auch und gerade aus ökumenischer Sicht, noch zu sagen haben. Entsprechen sie tatsächlich noch dem Selbstverständnis und den Lebenserfahrungen eines modernen Menschen und aufgeklärten Christen?

## Historisches und Aktuelles

Auch wenn sich der gutgemeinte Grundlagentext der EKD noch so viel Mühe gibt: Nicht nur denen, die dem Christentum kri-

tisch bis distanziert gegenüberstehen, sondern auch Kirchensteuerzahlern, die vielleicht durch das Jubiläum wieder neugierig geworden sind, werden die dort zu findenden Erklärungsversuche der reformatorischen Grundprinzipien wenig sagen können. Aber soll man deshalb so weit gehen, sie einfach auf sich beruhen zu lassen und sich stattdessen damit zu begnügen, ein anständiges, irgendwie christliches Leben führen zu wollen? Darauf zu hoffen, dass mit dem Tod nicht alles aus ist? Aber braucht man dazu eine Konfession, ein spezifisch protestantisches Bekenntnis? Anders gefragt: Was bleibt denn noch von all den reformatorischen Bestrebungen der vergangenen 500 Jahre?

Man kommt wohl nicht darum herum, die protestantischen Bekenntnisformeln noch einmal Wort für Wort unter die Lupe zu nehmen. Und so erkennt man unschwer: Probleme macht vor allem das Adjektiv "sola" bzw. "solus" (im Deutschen wird daraus das Adverb "allein" bzw. "nur"). Wir wissen, dass es den Reformatoren sehr wichtig war. Es muss aber konsequent aus seiner Zeit heraus, also historisch, verstanden werden. Die Stoßrichtung ging im 16. Jahrhundert ausschließlich gegen den Missbrauch des Glaubens durch Geld- und Machtgier der damaligen "Amtskirche". 500 Jahre danach sind wir in einer völlig anderen Situation: Wer würde heute in der katholischen Kirche unter Papst Franziskus noch die Bedrohung seines Seelenheils sehen? Heute haben wir es doch mit ganz anderen Herausforderungen zu tun.

Es geht um die Grundfrage: Kann sich eine christlich geprägte Humanität, die übrigens auch hinter der Formulierung der Menschenrechte von 1948 steht und die sich an einem wie auch immer verstandenen "Geist der Bergpredigt" orientiert, gegen die Bedrohungen von Nationalismus, Militarismus und Hegemoniestreben, gegen den Egoismus der Mächtigen und eine "himmelschreiende" soziale Ungerechtigkeit durchsetzen? Oder behält doch das Böse, das unerlöste Leid und das Grauen von Auschwitz das letzte Wort?

Damit kommen wir zur Frage, wie es mit den Substantiven jener protestantischen Prinzipien steht. Können uns die Begriffe "Gnade", "Glaube", "Schrift" (verstanden als "Wort Gottes") weiterhelfen? Dass sie zum "Markenkern" des Christlichen gehören,

werden weder Atheisten noch traditionsorientierte Katholiken bestreiten. Doch wie steht es um ihre Aktualität im 21. Jahrhundert?

Leider erschließt sich auch diese nicht von selbst. Hört man das Wort "Gnade" im religiösen Kontext, so kann dies noch heute zu einem fragwürdigen Gottesverständnis führen. Die einst so verbreitete Vorstellung, Gott sei der strenge Richter, der am Ende unerbittlich die Böcke von den Schafen trennen wird, ist noch immer nicht völlig überwunden. Michelangelos berühmtes Altargemälde in der Sixtina und ungezählte Schreckensbilder vom Jüngsten Gericht bestimmten ebenso wie das "Dies irae" des Requiems über Jahrhunderte hinweg das Gottesbild. In zahllosen Gebeten ging und geht es darum, Gott um Gnade anzuflehen. Luthers Ängste waren darin begründet. Bei tieferem Nachdenken stößt man andererseits auf ein weiteres Problem: Jeder Gnadenerweis Gottes bringt einen Hauch von Ungerechtigkeit mit sich, da man keinen Anspruch darauf hat und andere offensichtlich ausgeschlossen sind.

Wo bleibt da die befreiende Botschaft von der unbedingten Liebe Gottes (1 Joh 4,8)?

## Gottes Gnade, Gottes Liebe

Versteht man aber das Wort Gnade im Sinne eines Geschenks, das man, ohne selbst viel dazu beizutragen, empfangen darf, ergibt sich eine neue Sichtweise. Ist nicht schon die Tatsache, leben zu dürfen, wie ein Geschenk, das man bekam, ohne etwas dafür zu tun? Ja, die Schöpfung selbst ist ein Geschenk, ein unermesslich großes sogar. Sie ist nicht bloß Natur, die noch der Gnade bedarf - hier irrte die Scholastik. Freude an der Schöpfung empfinden - wer diese Erfahrung macht, verspürt unwillkürlich auch eine Art von Gnade. Allzu lange haben die Theologen Gnade nur in Verbindung mit Jesu Kreuzestod sehen wollen (wie übrigens auch Cranachs Lutherbilder mit dem Gekreuzigten). Doch ist Gnade weit mehr. Sie schließt alles Schöne und Gute, das uns widerfährt, mit ein, alles, was zum Glück führen kann. So kann es nicht mehr recht überzeugen, wenn immer nur vom Sühnetod Christi gepredigt wird. Es wäre überzeugender, vom Kreuz im Sinne der Solidarität Gottes mit Mensch und Schöpfung zu reden.

An die Liebe Gottes lässt sich allerdings nur glauben - beweisbar ist sie nicht. Im Gegenteil, das Theodizeeproblem, "der Fels des Atheismus" (Büchner), scheint sie zu widerlegen! Dennoch an sie zu glauben oder wenigstens auf sie zu hoffen macht es leichter, human zu leben. Im Angesicht des Leids und des scheinbaren Triumphs des Bösen nicht zu verzweifeln und im Streben nach dem Guten an dessen Übermacht zu glauben ist allemal humaner als im Egoismus zu verharren oder in Zynismus zu verfallen. Es ist kein Zufall, dass sehr viele, die sich selbstlos dafür einsetzen, das Leid in der Welt zu mindern und sich z.B. in NGOs engagieren, einen religiösen Hintergrund, eine Form von Gottvertrauen haben. Fraglich erscheint allerdings, ob sie im Zusammenhang damit auch folgender Behauptung der Grundlagenschrift zustimmen würden: "Allein durch den Glauben heißt eben 'nicht durch Werke'. Der Mensch muss sich Gottes Gnade gefallen lassen, er muss aushalten, dass er selbst nichts(!) zu seiner Rechtfertigung beitragen kann" (87). Der christliche Auferstehungsglaube deckt sich mit der Hoffnung auf die Übermacht des Guten. Von Anfang an hat das Verhältnis von Liebe und Tod, von Eros und Thanatos, das Denken der Kultur schaffenden Menschheit bestimmt. Ist der Tod stärker, wie es beispielsweise der Mythos von Orpheus und Eurydike besagt? Oder überwindet doch die Liebe, die Liebe Gottes, das Böse, Leid und Tod? So ist es: Glaube, Vertrauen und Hoffnung lassen uns gelassener und humaner leben!

Nun erfährt der Christ von Gott, dem Schöpfer und Erlöser, vor allem aus dem Zeugnis der Bibel, seiner Heiligen Schrift. Allerdings wissen wir, spätestens, seit es eine wissenschaftliche Exegese gibt, dass die Bibel nicht unmittelbares Wort Gottes ist (im Unterschied zum Koranverständnis des Islam), sondern, so die gebräuchliche Formulierung, "Gotteswort im Menschenwort". Die Verfasser waren alle Kinder ihrer Zeit. Was sie beabsichtigten, war, ihre Gotteserfahrungen und -vorstellungen (die durchaus auch allzu menschlich geraten konnten) mitzuteilen.

Viele Jahrhunderte später bedarf es mühevoller Arbeit, die ursprüngliche Aussageabsicht, den so genannten "Sitz im Leben" zu klären. Um so bedauerlicher ist es, wie bereits erwähnt, dass die große Mehrzahl der

Christen und erst recht der ihnen Fernstehenden von den Ergebnissen wissenschaftlicher Bibelforschung fast nichts erfährt. Dies ändert jedoch nichts an der Gültigkeit der reformatorischen Forderung, dass die Bibel der Orientierungsmaßstab aller Christen sein muss. Zu bedenken ist freilich, dass die Bibeltexte immer eine spätere Reflexionsstufe zum Ausdruck bringen. Jesus hat nichts aufgeschrieben. Und nicht immer war schon alles am Anfang vollkommen. Die Heidenmission des Paulus war bereits eine Neuerung gegenüber der Predigt Jesu (Mt 10,5), jedoch eine Folgerung, die der Glaube an den Auferstandenen mit sich brachte. Paulus war der Überzeugung, dass die Botschaft Jesu eben nicht nur Juden vorbehalten war.

Andererseits muss sich jede Neuentwicklung an den Ursprüngen messen lassen.

Um ein Beispiel zu nennen: Die Entstehung der Bettelorden im Mittelalter ist ohne den Bezug auf die Armut Jesu und seiner Jünger, die man im Evangelium vorfand, nicht denkbar. Davon könnte die ökumenische Zusammenarbeit profitieren:

In Orientierung an einer wissenschaftlich fundierten Bibelexegese lassen sich die im Lauf der Geschichte entstandenen, aber nicht unbedingt aus der Schrift belegbaren Entwicklungen auf den Prüfstand stellen. Dass Kreuzzüge, Inquisitionsprozesse, Judenpogrome und Hexenverbrennungen im Widerspruch zum Evangelium stehen, mussten Christen mühsam und leidvoll lernen. Pflichtzölibat, Ausschluss von der Abendmahlsgemeinschaft, Unauflöslichkeit zerrütteter Ehen und vieles andere bilden heute die Problemfelder, zu deren Lösung eine gewissenhafte, konfessionsübergreifende Exegese beitragen kann.

## Sünde und Rechtfertigung

Schließlich und endlich: Was soll und kann man heute noch mit dem Wort "Rechtfertigung" im Glaubenskontext verbinden? Die "Gemeinsame Erklärung" von Augsburg im Jahr 1999, in der sich beide großen Konfessionen zusammenfanden, hat wenig Nachhall bei Nichttheologen bewirkt. Denn der Begriff ist, wie erwähnt, in der Vorstellungswelt des späten Mittelalters verwurzelt. Was von ihm zeitunabhängig bleibt und bleiben muss, ist die Gewissheit, dass Gott kein Gott der Angst ist, sondern mit

den Worten Jesu der liebende Vater (Lk 15,11-32).

Auch der Begriff der Sünde bedarf der Klärung. Nicht Lust, nicht Erotik und Sexualität als solche sind sündhaft - auch wenn der späte Augustinus dies behauptete und sogar die Erbsünde damit verband. Nein, Sünde, das ist, modern gesprochen, jede Form des rücksichtslosen Egoismus, jede Art Gewaltbereitschaft für Machtgewinn oder das bewusste Verleugnen der Wahrheit zum eigenen Vorteil. Freilich, Umkehr, Einsicht in eigenes Fehlverhalten, Reue und gute Vorsätze gehören - bei vorhandener Schuldfähigkeit - ebenso zur "Rechtfertigung"! Zum Nulltarif ist sie nicht zu haben (was leider der EKD-Grundlagentext ein wenig vergessen zu haben scheint).

Bleibt noch "solus Christus", "Christus allein". Denken wir auch hier etwas tiefer nach. Selbstverständlich ist Jesus Christus der Orientierungsmaßstab derer, die sich nach ihm benennen. Jedoch redete Jesus immer von seinem Vater und von der Herrschaft Gottes. Dieser Gott ist nun kein anderer als Jahwe, der Gott Israels. Kreuzes- und Erlösungstheologie hat im Lauf der Jahrhunderte leider allzu oft diese Erkenntnis überdeckt. Dominiert eine Kreuzestheologie zu sehr, tritt Schöpfungstheologie und die Wertschätzung des Jüdischen in den Hintergrund. Heute, da wir um die Gefährdung der Schöpfung wissen, sollten sich Theologie und Verkündigung wieder mehr an der ersten Seite der Bibel orientieren. Paulinische Theologie genügt nicht (mehr).

Schließlich müssen wir uns fragen, ob die Formulierungen der ersten großen Konzilien des 4. und 5. Jahrhunderts zur Trinität und Christologie zeitlos gültig und unveränderlich sind oder im Sinne eines aufgeklärten Glaubens hinterfragt werden dürfen bzw. müssen. Feststeht, dass im hellenistischen Denken jener Jahrhunderte fast ausschließlich die Frage nach dem Wesen Gottes und der beiden "Naturen", "Hypostasen" Christi im Mittelpunkt standen. Damit hatte man sich von den Gotteserfahrungen Israels und des Judentums weit entfernt. Ob Gottesdienstbesucher beim Sprechen des Glaubensbekenntnisses immer erfassen, was mit den überlieferten Formulierungen eigentlich ausgedrückt wird?

Das Reformationsjubiläum 2017 kann nur dann nachhaltig werden, wenn die Ökume-

ne im Blick bleibt und bei aller Verschiedenheit das Gemeinsame ins Zentrum rückt: der Glaube an Gott, den Schöpfer, der uns in Jesus Christus ganz nahe kam, zum Geringsten aller wurde und uns in seiner Auferstehung die Hoffnung auf Erlösung vom Bösen und von aller Endlichkeit gibt.

Das Wort "allein" passt nicht mehr zu unserer Welt, in der "diversity" zum Leitwert - wenigstens im aufgeklärten Westen - geworden ist. Vielleicht kann man sogar ein besserer Protestant oder vielmehr ein besserer Christ sein, wenn man "sola" und "solum" allein der Historie überlässt.

\*\*\*

## Das Interview

### „In unserer Kirche sind die Männer das Problem“

*Zum Fest der Heiligen Katharina von Siena (29. April), an dem der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) seit 1998 alljährlich die Diakonatsweihe für Frauen thematisieren, stellte sich unsere Mitarbeiterin Maria Hollering-Hamers den Fragen der Journalistin Judith Bornemann.*

**Frage:** Frau Hollering-Hamers, Sie treten bei zahlreichen Veranstaltungen auf, um für die Frau in der Kirche das Wort zu ergreifen. Was treibt Sie dabei um?

**Hollering-Hamers:** Ganz einfach, die fehlende Geschlechtergerechtigkeit in der rk-Kirche! Sie macht mich jeden Tag aufs Neue traurig, sie ist verletzend und beleidigend. Die rk-Kirche bräuchte ganz dringend das Instrument des Gender Mainstreaming, um diese Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Sie sollte, wie es auch in der profanen Gesellschaft üblich ist, immer prüfen, wer durch Regeln, Gesetze oder Maßnah-

men bevorzugt oder wer benachteiligt wird. Da die Bevorzugung ohne Zweifel auf der Seite der Männer liegt, müsste sich hier Grundlegendes ändern. Dazu ist „Kirche“ nicht bereit, deshalb wird die Gendertheorie verunglimpft und in eine inakzeptable „Gender-Ideologie“ umgewandelt.

**Frage:** Wie lautet Ihre konkrete Forderung?

**Hollering-Hamers:** Meine Forderung: volle Gleichwürdigkeit für Frauen in der Kirche, Zulassung zu allen Diensten und Ämtern, ohne Abstriche. Das forderten wir schon vor über zwanzig Jahren im Katholischen Deutschen Frauenbund. Wir sagten es, wir schrieben es! Das geht heute schon nicht mehr, man/frau ist vorsichtig geworden und nimmt zum Beispiel das Wort „Priesterin“ schon kaum noch in den Mund, weil man weiß, dass die Herren „da oben“ das nicht gerne hören. Für mich ist das eine nicht angebrachte Rücksichtnahme auf die Patriarchen. Übrigens gibt es mittlerweile weltweit schon über 200 Frauen, die sich „contra legem“ zu Priesterinnen haben weihen lassen. Auch wenn sie von der Institution Kirche exkommuniziert wurden – es gibt sie!

Außerdem halte ich nichts davon, dass wir „nur“ den Diakonat fordern. Frauen können nicht „ein wenig gleichwürdig“ sein. Wenn wir als getaufte und gefirmte Christinnen Teil der Kirche und des „Leibes Christi“ sind, dann kann meiner Meinung nach ernsthaft nichts anderes gelten als: gleiche Würde, gleicher Wert und gleiche Rechte, auch im Kontext der Kirche.

**Frage:** Welche historischen Belege gibt es dafür?

**Hollering-Hamers:** Weil ich sehr viel über dieses Thema lese, weiß ich, dass die theologische Wissenschaft die Fragen rund um Diakoninnen und Priesterinnen in der jungen Kirche schon lange gründlich erforscht hat. Es gab Diakoninnen, sie waren geweiht, manchmal auch „nur“ gesegnet. Aber für die Weihe sind Weihegebete und ein Weiheritus überliefert, der sehr ähnlich dem für die Weihe der männlichen Diakone war. In der Ostkirche hat es Jahrhunderte länger Diakoninnen gegeben als in der Westkirche. Das Konzil von Chalcedon (451) belegt zweifelsfrei die Weihe von Diakoninnen.

Und noch viel einfacher ist es in der Bibel nachzulesen, wo Paulus am Ende seines

Briefes an die Christen und Christinnen in Rom (Röm. 16) Phoebe grüßt, die erste Frau, die als „Diakonin“ bezeichnet wird, auch wenn das griechische Wort „Diakonos“ mit „Dienerin“ übersetzt wird. So hat man (MANN) es ja gerne, Frauen als Dienerinnen sind auch den hohen Herren der rk-Kirche herzlich willkommen! Damals als Phoebe von Paulus beauftragt wurde, seinen Brief an die Gemeinde in Kenchräa zu überbringen, gab es noch keine Ämter in unserem heutigen Sinne. Die gab es noch lange nicht. Das kam erst im Laufe des 2. nachchristlichen Jahrhunderts. Streng genommen war auch Petrus kein Papst und die Apostel keine Bischöfe ... Mich irritiert, dass diese unkorrekten Bezeichnungen aber immer weiter tradiert werden und man somit die Gläubigen nicht richtig informiert. Schade finde ich es auch, dass eine Frau wie Phoebe, die im Originaltext der Bibel als Autorität (Prostatis=Vorsteherin) bezeichnet wird, zum Teil ihrer Würde beraubt wird, weil das in den meisten Bibelübersetzungen einfach weggelassen wird. Die „Bibel in gerechter Sprache“ (BigS), die versucht mit ihrer Übersetzung so genau wie möglich am Urtext zu bleiben, erwähnt diese Stellung von Phoebe schon und rückt sie damit ins rechte Licht. Ich finde das wichtig, weil uns Frauen durch solche Weglassungen die Möglichkeit genommen wird, Phoebe als ermutigendes Beispiel für „eine Frau mit einem Amt“ zu sehen!

**Frage:** Was dachten Sie im vergangenen Jahr, als Papst Franziskus die Kommission einberief?

**Hollering-Hamers:** Soll ich ehrlich sein? Ich dachte sofort: wieder schöne Worte, wieder vage Versprechungen, wieder eine Möglichkeit gefunden, die wirkliche Entscheidung, die schon so lange überfällig ist, auf die lange Bank zu schieben. So im Sinne von: „Wenn man (MANN) nicht mehr weiter weiß, gründe einen Arbeitskreis!“ Ich hoffe, der Papst weiß, dass alle Fakten über Diakoninnen in der frühen Kirchengeschichte schon längst auf dem Tisch liegen. Oder weiß er es wirklich nicht, weil er sich als Kardinal von Buenos Aires nie mit diesem Thema auseinandersetzen musste? Wie es auch sein mag: er ist ein alter Mann, und auf diese Art und Weise kann er die Entscheidung verzögern, damit nicht er als der Papst in die Geschichte eingehen muss, der das priesterliche Amt für Frauen geöffnet

hat. Soll doch sein Nachfolger sich mit der lästigen Frauenfrage weiter herumquälen ...

**Frage:** Was erhoffen Sie sich darüber hinaus von dieser Arbeit/Untersuchung der Kommission?

**Hollering-Hamers:** Davon erhoffe ich mir gar nichts, weil das, was dabei herauskommen kann, schon längst bekannt ist. Etwas Neues werden die nicht finden. Interessant ist nur, wie diese Kommission das, was an Informationen aus der Kirchengeschichte da ist, bewertet und interpretiert. Denn dabei gibt es m. E. einen großen Spielraum: es gibt sicherlich die Möglichkeit, alles anzuzweifeln, zu meinen, dass es zwar solche Weihen gegeben haben kann, aber dass sie doch nicht identisch gewesen sind mit der männlichen Diakonenweihe. Man kann ja nachlesen, dass weibliche Diakone nur für den Dienst an den Frauen wichtig waren, und weil das heute keine Rolle mehr spielen würde, hat man wieder einen „guten Grund“ gefunden, um die Sache abzulehnen.

Oder man kann es positiv sagen: schauen wir mal, wie viele Namen und Grabin-schriften von Diakoninnen, Priesterinnen, sogar von Bischöfinnen es aus dieser Zeit gibt. Man kann lesen, wo sie gewirkt und was sie getan haben. Das könnte man dann eigentlich nicht so leicht unter den Teppich kehren und behaupten: das hat es nicht gegeben! Das wäre ein großes Unrecht, nein: das IST ein großes Unrecht, denn genau das passiert bis auf den heutigen Tag! Ich denke, es ist eine Frage des Willens: will MANN Frauen in den Weiheämtern? Nein, die will man nicht, und dann ist es gar nicht schwierig, die Sache so zu interpretieren, dass es wirklich völlig unmöglich ist, Frauen zu weihen! Und letztendlich ist es dann auch gar nicht relevant, was eine solche Kommission sagt. In der Kurie sitzen genügend vorgestrigte Bremser, die das nicht zulassen wollen. Beim II. Vatikanischen Konzil wurde die „Frauenfrage“ als „Zeichen der Zeit“ benannt. Und der Auftrag war, dass man dieses Zeichen der Zeit im Lichte des Evangeliums betrachten und dann aus dem Glauben heraus handeln sollte. „Im Lichte des Evangeliums“, das wäre eigentlich so einfach: Jesus ging mit seinen Jüngerinnen genauso um wie mit den männlichen Jüngern. Er nahm Frauen ernst, er lernte von Frauen, er erteilte sei-

ner Freundin Maria von Magdala einen Verkündigungsauftrag: „Geh und sag es deinen Brüdern!“ Was ist daran so schwierig zu deuten?

**Frage:** Wo liegen die Schwerpunkte Ihrer Arbeit für mehr Gleichberechtigung in der Kirche?

**Hollering-Hamers:** Meine ganz persönlichen Schwerpunkte liegen in meiner langjährigen Vortragstätigkeit, sowohl während dieser zwölf Jahre, in der ich die Kommission Glaube und Kirche im Bayerischen Landesverband leitete als auch in meinen Vorträgen für das katholische und das evangelische Erwachsenenbildungswerk in unserer Region. Ich möchte Menschen „wachrütteln“, ich will sie informieren, ich möchte ein Stück weit Entmystifizierung betreiben, weil ich merke, dass Menschen, die sich nicht in ihrer Freizeit mit Theologie beschäftigen, meistens kein großes Wissen über den Glauben haben. Da gab es den Religionsunterricht in der Schule, der meistens schon lange zurückliegt. Und da gibt es die Predigten in der Kirche, wenn man überhaupt noch regelmäßig den Sonntagsgottesdienst besucht. Erstens ist das wenig, zweitens einseitig. Das halte ich auch für ein echt großes Problem in der rk-Kirche. Die Deutungshoheit liegt bei den Männern, nur sie legen die Bibel aus. Und auch wenn viele das vielleicht prima machen, bleibt es die einseitig männliche Sicht auf die Texte, die uns gelehrt wird. Frauen deuten anders, weil sie eine andere Lebenswirklichkeit haben, eine andere Perspektive, vielleicht auch anders an „die Sache“ herangehen. Der weibliche Blickwinkel ist ein anderer, und wir alle können nur ein ganzheitliches Bild von Gott, Jesus, vom Glauben und von der Kirche bekommen, wenn beide Blickwinkel vorkommen. Die ghanaische feministische Theologin Mercy Amba Oduyoye nennt das eine Zweiflügeltheologie. Und das ist genau was wir brauchen und was unsere Kirche uns nicht bietet, nicht bieten will, weil sie Frauen für nicht würdig erachtet, als Diakoninnen und Priesterinnen in der Kirche zu arbeiten.

**Frage:** Wo sehen Sie Frauen in der Kirche?

**Hollering-Hamers:** Ganz unten, immer noch ganz unten! Und ich möchte sie dort sehen, wo ihr Platz ist, der Platz, den auch die Bibel uns Frauen zuweist, z. B. an

Pfingsten „Maria und die Frauen“, mitten unter den Aposteln. Da ist mein Platz, das ist der Platz jeder Christin. Und es ärgert mich jedes Mal, wenn ich in der kirchlichen Kunst ein Pfingstbild sehe, an dem nur Maria alleine mitten zwischen den Aposteln sitzt. Da fehlen wir, wir Nachfolgerinnen. Wir Frauen mit unseren Gaben und Talenten, mit unseren Kompetenzen, die brach liegen, weil die Männer in der Kirche sie nicht haben wollen. Das ist so krank ...

Nach dem II. Vat. Konzil (1962-65), damals war ich 18 Jahre jung, waren wir alle so voller Hoffnung wegen dieses Aufbruchs in der Kirche. Kirche kann anders werden, Kirche wird anders, das war unsere Hoffnung, und sie schien real. Wie groß ist die Enttäuschung, dass nichts daraus geworden ist, dass das kleine offene Fenster, durch welches die frische Luft hereinwehen konnte (der erneuernde Atem der heiligen Geistkraft), wieder zu ist. Und was „Frauen in der Kirche“ betrifft, auch unter Papst Franziskus so bleiben wird. „Die Tür ist zu“ hat er gesagt und damit auf Johannes Paul II. verwiesen, der sagte:

„...dass die Kirche keinerlei Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden....“. Wenn ich dieses Dokument (Ordinatio Sacerdotalis, 1994) nach Jahren wieder lese, tut es mir einfach weh ... Die Argumente (zwölf Männer, Maria, die keine Priesterin war ...), die Tradition, die wie ein massiver Betonblock den Weg in die Zukunft versperrt, die Selbstsicherheit, die Überzeugung, dass eine Kirche ohne Priesterinnen dem „Plan Gottes für seine Kirche“ entspricht. Das alles sind männliche Interpretationen. Die Theologie hat die Argumente schon längst entkräftet und die Tradition, die kann doch nur sinnvoll sein, wenn sie die Zukunft nicht behindert, oder sogar verhindert ...! Was mich extrem stört ist der Ausdruck „die Kirche“! Wer ist denn „die Kirche“? Das II. Vatikanische Konzil sagte: „Die Kirche ist das Volk Gottes unterwegs durch die Zeit“. Ein Volk besteht zwangsläufig aus Frauen und Männern, hier aber sind mit „die Kirche“ nur die Männer der Hierarchie gemeint, sie bestimmen, die „andere Hälfte des Volkes Gottes“ wird weder gefragt noch gehört! Und wie einfach ist es, ein Verbot einfach mit dem „Plan Gottes“ zu rechtfertigen. Dagegen kann ja niemand etwas sagen! Konsequenterweise weiter gedacht würde das aber hei-

ßen: Gott (und Jesus: die zwölf Männer) diskriminieren Frauen, grenzen sie aus, achten sie als weniger würdig! Damit sind die hohen Herren fein aus dem Schneider: nicht sie diskriminieren, nein Gott selber will das so! Was für einen Grund könnte es für mich geben, in dieser Kirche, oder überhaupt im Glauben zu bleiben, wenn ich das glauben würde ...? Glücklicherweise glaube ich es nicht und das gibt mir immer noch die Kraft, um weiter für Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche einzustehen.

**Frage:** Vergessen diese machtbewussten Männer, dass die Kirche ohne Frauen nicht weiter existieren kann?

**Hollering-Hamers:** Frauen waren es, Mütter und Großmütter, die in den Familien den Glauben weitergegeben haben, und der Traditionsabbruch, der gerade stattfindet, ist so massiv, dass die Kirche sich davon in vielen Jahren, Jahrzehnten, vielleicht nie mehr, erholen wird. Junge Frauen haben wenig Glaubenswissen, und wenn ich wenig weiß, an was soll ich dann glauben? Und eine Institution, die mich als Frau nicht haben will, nicht für voll ansieht, die mich ausgrenzt, nur weil mein Geschlecht „nicht passt“, warum soll so eine junge, gut ausgebildete, modern denkende Frau, die in ihrer profanen Welt alles werden kann, was sie will und wozu sie die Fähigkeiten hat, warum soll die sich in dieser Institution demütigen lassen? Sind sich die Männer nicht bewusst, dass eine Kirche ohne Frauen, eine Kirche ohne Familie, eine Kirche ohne Kinder, eine Kirche ohne Zukunft sein wird, zwangsläufig nicht anders sein kann ...?

Es ist ein großes Drama, dass aus lauter männlichem Machtstreben, das, was so gut begonnen hat, leichtfertig preisgegeben wird.

**Frage:** Wie bewerten Sie die Fortschritte, die schon geschehen sind?

**Hollering-Hamers:** Echte Fortschritte sehe ich nicht. Es sind alles kleine Zugeständnisse, schöne Worte, die leidensfähige Frauen beruhigen sollen. Man weckt oberflächlich den Eindruck, dass etwas geschieht, dass es vorangeht. Zum Beispiel die Frauen in Leitungspositionen: das sind vielleicht in der ganzen Welt höchstens ein paar wenige Hände voll Frauen, die an ihrem Platz Entscheidungen treffen können über Geld, Personal, Strategien. Aber wie

viel kann das bewirken? Bekommt die Kirche dadurch ein mehr weibliches „Gesicht“? Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein der männlichen Übermacht.

Dass wir Frauen auf die Anfrage der deutschen Bischöfe nach der Würzburger Synode (1975) nach einem Weihediakonat für Frauen nie eine wirkliche Antwort bekommen haben, zeigt doch nur, dass sie es theologisch nicht stichhaltig begründen können. Ein völlig neues Amt für Männer, den ständigen Diakonat, konnten sie einrichten, an den Wünschen der Frauen geht man (MANN) vorbei.

Im Buch „Diakonat: Ein Amt für Frauen in der Kirche – ein frauengerechtes Amt?“ (1997 – die Dokumentation des obengenannten Diakonatskongresses in Stuttgart-Hohenheim) gibt es am Schluss 45 Seiten mit einer chronologischen Dokumentation ab 1967 über die Anfragen und Aktivitäten aus der ganzen Welt, die unternommen wurden, um die Dringlichkeit der Einsetzung eines weiblichen Diakonenamtes zu unterstreichen. Das war also nicht nur eine deutsche Anfrage an Rom, sondern zahllose Anfragen an Rom und an die Bischofskonferenzen – alles ohne Resultat. Da frage ich mich: Wovor haben diese Männer so viel Angst? Und meine Antwort: Es handelt sich hier um eine archaische Urangst. Peter Hühnermann schreibt in der Dokumentation „Diakonat“ (1997) und zitiert dabei G. Muschiol, die in einer Untersuchung aufgezeigt hat, warum Frauen nicht an den Altar dürfen:

„Frauen sind häufiger von liturgischen Betätigungen ausgeschlossen als zu ihnen zugelassen. Der Hauptgrund dieses Ausschlusses scheint das Verständnis von Menstruation und Geburt als biologischer Unreinheit zu sein, die zu >ritueller Unreinheit< umgeformt wird“. Und es wird weiter ausgeführt, dass diese Praxis weder durch die Verkündigung und das Handeln Jesu Christi zu begründen ist, noch sein Fundament im Geist des Neuen Testaments hat, denn dort liest man, wie Frauen Jesus in besonderer Weise gedient haben, und fragt: „Ist der Herr selber nicht heiliger als sein Symbol, der Altar?“ Ein interessanter Gedankengang...

**Frage:** Kardinal Kasper hat vorgeschlagen, dass Frauen als Diakoninnen „gesegnet“ werden könnten. Das lehnen die Frauen-

verbände und das Netzwerk „Diakoniat der Frau“ ab ...

**Hollering-Hamers:** Ja, natürlich, denn das ist beleidigend und verletzend!! Sie tun alles, um zu verhindern, dass ein Weiheamt für Frauen auf der gleichen Stufe stehen könnte wie das für Männer. Für mich zeugt das alles von einer strukturellen Misogynie, Frauenverachtung, Herablassung, das ist in solchen hierarchisch-religiösen Strukturen systemimmanent und gewollt. Eine Gesellschaft kann man immer danach beurteilen, wie sie mit den Frauen umgeht. In patriarchalen und auch in männerdominierten Gesellschaften, wie auch die Kirche eine ist, haben Frauen schlechte Karten.

Darum ärgert es mich auch jedes Jahr, wenn ich im „Heinrichsblatt“, der Bistumszeitung der Erzdiözese Bamberg lese, wie Erzbischof Schick die Männer, die ihre Diakonenweihe empfangen haben, anspricht. Er schwärmt geradezu von der Kraft, die das Weihe sakrament den Männern für ihren Dienst gibt. Diese Männer sind in dieser Zeit des großen Priestermangels oft aber mehr „Ersatzpriester“ als wirkliche Diakone. Wer macht denn in den Pfarreien und Gemeinden den echten diakonischen Dienst? Das sind doch die Frauen, ungeweiht und unbeauftragt kümmern sie sich um Kinder, alte und kranke Menschen, manchmal auch um Gefangene und heute vielfach um Flüchtlinge, wie auch ich es schon lange tue. Das ist Diakonie! Und ich wage zu behaupten, dass der übergroße Teil der Frauen des Katholischen Deutschen Frauenbundes in diesem wortwörtlichen Sinn Diakoninnen sind. Der sakramentale Segen wird ihnen aber verweigert, „nur weil sie Frauen sind“!

**Frage:** Warum liegt Ihnen die Anerkennung der Frau in der Kirche so sehr am Herzen?

**Hollering-Hamers:** Weil ich eine Frau bin, weil ich Kirche mitgestalten will, weil ich es nicht einsehe, dass das Geschlecht ein Ausschlusskriterium sein kann in einer Religion, die sich auf die Bibel beruft, in der auf der ersten Seite erzählt wird, dass Gott die Menschen (Adam = Erdling, immer zweigeschlechtlich gedacht!) nach seinem, nach ihrem Bild geschaffen hat. Und wo der hochgeschätzte Apostel Paulus in seinem Brief an die Christen/innen in Galatien (Gal. 3, 28) schreibt: „Denn ihr alle, die ihr

auf Christus getauft seid, habt Christus (als Gewand) angelegt. 28 Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid «einer» in Christus Jesus“. Warum werden manche Aussagen der Bibel wortwörtlich genommen und auch so umgesetzt (z.B. Unauflöslichkeit der Ehe), und aus einem so elementar wichtigen Satz werden gar keine Konsequenzen gezogen...?

In „Ordinatio Sacerdotalis“ 3, wird auch noch gesagt, dass die Nichtzulassung der Frau zur Priesterweihe keine Minderung ihrer Würde und keine Diskriminierung“ bedeutet. Wer entscheidet das? Ich und viele tausend andere Frauen, wir fühlen uns diskriminiert. Ich spüre das und es tut weh! Und das nicht, weil ich selber Priesterin sein möchte, sondern deshalb, weil ich es verletzend finde, dass mein Geschlecht so ausgegrenzt wird. Und auch weil ich möchte, dass die Kirche, in der ich mehr als ein halbes Leben für die Rechte von Frauen gekämpft habe, töchter-, schwieger- und enkeltöchtertauglich wird. Dass unsere weiblichen Nachkommen nicht wieder anfangen müssen mit diesen erniedrigenden und fruchtlosen Kämpfen. So lange Männer entscheiden, welche Aufgaben auf Grund dieser (zweifelhaften) Würde Frauen zukommen könnten und welche nicht, ist das eine klare Diskriminierung! Ich finde es inakzeptabel, dass sogar im 3. Jahrtausend Männer es immer noch für völlig normal halten, dass SIE sagen können, was Frauen dürfen oder nicht dürfen. Frauen werden ausgeschlossen und ihre Stimme wird nicht gehört, ihre Meinung ist nicht relevant und das „nur weil wir Frauen sind...“!

**Frage:** Warum braucht die Kirche Diakoninnen?

**Hollering-Hamers:** Der Diakoniat ist eine Grunddimension der Kirche. Gemeinsam mit der Liturgie macht sie das Wesen der Kirche aus. Die Frage nach dem Diakoniat der Frau ist „keine unverbindliche Anfrage. Sie ist horizonsprengend für den Gottesglauben der Kirche und entscheidend für ihre Zukunftsfähigkeit“. So sagt es Sr. Aurelia Spindel in der Dokumentation zum Diakoniat der Frau vom Diakonatskongress in Stuttgart-Hohenheim, 1997. Der Titel des Kongresses lautete: „Ein Amt für Frauen in der Kirche – ein frauengerechtes Amt?“ Diesen Titel möchte ich heute mit einem Ausrufezeichen statt einem Fragezei-

chen versehen. Die Zeit läuft ... Und Aurelia Spindel schreibt weiter: „Kein theologisches Argument widerspricht dem Diakonat von Frauen. Die Kirche „braucht“ Frauen als Diakoninnen, als Amtsträgerinnen, die durch ihren Dienst den Kosmos der Ämter erweitern und so das gesamte Amt tiefer und besser verstehen lassen.“ Es soll dadurch auch deutlich werden, dass „das Amt in der Kirche in seiner ganzen Fülle als ein von unjesuanischer und unerlöster Geschlechterhierarchie befreites erst dann gegeben ist, wenn Frauen und Männer daran gemeinsam ihren Anteil haben“. Diese Worte von Sr. Aurelia haben sich mir eingepägt, und ich weiß sie sofort zu finden in meinen Unterlagen. Wichtig für mich ist es dabei auch noch zu bedenken, dass, wenn wir die Kirche als „Leib Christi“ verstehen, man sagen kann, dass jede Diskriminierung, Ausgrenzung oder Unterdrückung der Frauen, eine Verletzung des Leibes Christi ist!

Der Katholische Deutsche Frauenbund, die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, das Netzwerk „Diakonat der Frau“ und das ZdK sagen gemeinsam: Kirche braucht Diakoninnen! Und ich würde mir wünschen, dass mein Verband, der KDFB, der in der Politik vehement für „Parität“ kämpft, dies genau so mutig und vehement in der Kirche tun würde!

\*\*\*

Wir sind Kirche

## Die Zeit ist reif für die Weihe von Diakoninnen

Pressemitteilung München/Stuttgart, 26. April 2016, zum Tag der Diakonin (29. April 2017)

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* erneuert zum „Tag der Diakonin 2017“ die Aufforderung an die deutschen Bischöfe, sich gemeinsam in Rom für den gleichrangigen Diakonat für Frauen und die Diakoninnen-Weihe von Frauen einzusetzen.

Da Papst Franziskus die Bischofskonferenzen ermutigt, in pastoralen Fragen konkrete Vorschläge einzureichen, sollten die deutschen Bischöfe den Vorstoß von Bischof Gebhard Fürst aus der Diözese Rottenburg-Stuttgart aufgreifen und im Vatikan einen Antrag einreichen, am besten gemeinsam mit den Bischofskonferenzen in Österreich und in der Schweiz.

Dabei können sich die deutschen Bischöfe auf das *Votum der „Würzburger Synode“ aus dem Jahre 1975* stützen, in dem sich die Synodenversammlung einschließlich der damaligen Bischöfe angesichts der pastoralen Notwendigkeiten und auch unter Berufung auf die Praxis in der frühen Kirche für das Frauendiakonat ausgesprochen hatte. Damals hatte der Vatikan aber nicht einmal den Eingang des Votums bestätigt. Papst Franziskus hat im Jahr 2016 eine *Studienkommission* berufen, die die Rolle von Diakoninnen in der Frühzeit der Kirche untersuchen soll. Wie vom Papst ursprünglich angekündigt, sind daraus auch Schlussfolgerungen für eine zukünftige kirchliche Praxis zu ziehen. In einer Kirche, die sich ihrer dienenden Funktion neu bewusst wird, ist ganz grundsätzlich auch die Ämterfrage insgesamt neu zu stellen und zu erforschen, inwieweit die Ämter heute den Diensten in der Urkirche entsprechen bzw. inwieweit sie eine legitime Weiterentwicklung sind und inwieweit nicht. – Notwendige Bedingungen für die Arbeit der Diakoninnen-Kommission hat *Wir sind Kirche* in einer ausführlichen Stellungnahme formuliert.

An der *Fachtagung „Ein Amt mit Zukunft – auch für Frauen. Impulse und Perspektiven zum Diakonat“ am 29. April 2017* in der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart nehmen auch Frauen aus der KirchenVolksBewegung teil.

*Wir sind Kirche* ist seit 1996 *Mitglied im „Netzwerk Diakonat der Frau“*, das Frauen zu Diakoninnen ausbildet, auch wenn diesen bis heute die Diakoninnen-Weihe verweigert wird. Seit 1998 begehrt der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) am 29. April, dem Festtag der Katharina von Siena, den „Tag der Diakonin“. Die „Aktion Lila Stola“ der KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* setzt sich seit 1997 in Deutschland für die volle Gleichberechtigung der Frauen in der römisch-katholischen Kirche und einen gleichberechtigten Zugang zu al-

len Ämtern ein. *Wir sind Kirche* ist auch Mitglied bei *Women's Ordination Worldwide*.

\*\*\*

*Ein Maßstab für die humane Kultur einer Gesellschaft oder einer Religion ist die Verwirklichung einer gerechten Geschlechterordnung. Fünfhundert Jahre nach der Reformation sind die Frauen in der katholischen Kirche immer noch vom Zugang zum kirchlichen Amt ausgeschlossen. Während die Aufwertung der Frau durch Luthers Schöpfungs- und Tauftheologie in den Kirchen der Reformation wenigstens nach Jahrhunderten zur Anerkennung der Frau im Amt geführt hat, haben die führenden Männer in der katholischen Kirche den Ausschluss der Frauen aus jedem Weihenamt zu einem gottgegebenen Gebot erhoben und damit die klerikale Leitungsmacht der Männer festzementiert. Da auf der Ebene der Argumentation jede Verständigung abgewiesen wurde, haben sieben Frauen das Wagnis einer prophetischen Zeichnung auf sich genommen. Am 29. Juni 2002 haben sie sich contra legem zu Priesterinnen weihen lassen. Diese Weihe ist vielfach missverstanden worden. Es ging den Frauen nicht um den Erhalt des alten Priesterbildes, sondern „um eine biblisch begründete Reform und Erneuerung der kirchlichen Ämter“.*

*Mit welcher Kraft und Aufrichtigkeit die Frauen diesen Weg gegangen sind und welche notwendige Aufarbeitung frauenfeindlicher Tradition sie geleistet haben, das dokumentiert der folgende Rechenschaftsbericht der „katholischen Priesterin“ Ida Raming. Zugleich erhalten wir Einblick, bis zu welchem Tiefpunkt der Unbarmherzigkeit und Ungerechtigkeit die beiden letzten Päpste die männliche Amtstheologie getrieben haben.*

Ida Raming

## **Mutige Frauen stehen auf gegen ein ungerechtes Kirchengesetz - denn: „Ein ungerechtes Gesetz verpflichtet nicht“ – „Lex iniusta non obligat“**

### 1. Bedeutung und Tragweite des Prinzips: „Lex iniusta non obligat“

In der Geschichte des Rechts – des allgemeinen wie auch des kirchlichen – spielt das Wesen von Gesetzen, der Umgang der Menschen mit Gesetzen sowie ihre Abhängigkeit davon eine große Rolle. Folgende Fragen: Nach welchen Kriterien sind Gesetze zu beurteilen? Ist ihnen in jedem Fall Folge zu leisten? Kann es Widerstand gegen Gesetze geben? und weitere Probleme haben sich den Menschen zu allen Zeiten aufgedrängt und sind nicht nur von weltlichen Rechtsgelehrten beantwortet worden, sondern auch von Theologen und kirchlichen Rechtsgelehrten.

So enthält z.B. die *Summa theologica* des Thomas v. Aquin (1225-1274) einen ganzen Band, der sich mit dem „Gesetz“ befasst, wobei z.B. auch die Frage nach der Verbindlichkeit von Gesetzen gestellt und beantwortet wird.

Unter der Fragestellung: „*Verpflichtet das menschliche Gesetz im Gewissen?*“ (4. Art.) heißt es (Nr. 1): „*Das menschliche Gesetz verpflichtet den Menschen nicht im Gewissen. ... Die Gewalt des Menschen, die das menschliche Gesetz erlässt, steht unter der göttlichen Gewalt. Also kann das menschliche Gesetz keine Bindung vor dem göttlichen Gerichtsurteil auferlegen; und dies ist das Urteil des Gewissens.*“ Nr. 2. „*Das Urteil des Gewissens hängt an erster Stelle ab von den göttlichen Geboten. Nun werden jedoch die göttlichen Gebote manchmal durch menschliche Gesetze ausgehöhlt nach Mt 15,6: ‚Ihr entkräftet das Gesetz Gottes eurer Überlieferung zulieb‘.* Also verpflichtet das menschliche Gesetz den Menschen nicht im Gewissen. Nr. 3. Oftmals bringen menschliche Gesetze Rechts-

verdrehungen und Unrecht für die Menschen mit sich, entsprechend Jes 10,1-2: *„Wehe denen, die Gesetze voll Unheil erlassen, und den Schreibern von Ungerechtigkeiten, um die Armen vor Gericht zu unterdrücken und der Sache der Geringen in meinem Volk Gewalt anzutun.“* Es ist aber jedem erlaubt, sich der Unterdrückung und Gewalt zu entziehen. Also verpflichten die menschlichen Gesetze nicht im Gewissen...“

**Antwort:** „Die von Menschen erlassenen Gesetze sind entweder gerecht oder ungerecht. Sind sie gerecht, so haben sie gewissenbindende Kraft vom ewigen Gesetz, von dem sie sich herleiten ... Gerecht aber heißen Gesetze sowohl vom Ziel her; wenn sie auf das Gemeingut hingebunden sind; als auch vom Urheber her: wenn das gegebene Gesetz die Vollmacht des Gesetzgebers nicht übersteigt; als endlich vom Inhalt her: wenn den Untergebenen in Hinordnung zum Gemeingut verhältnismäßig gleiche Lasten auferlegt werden... Demgemäß sind solche Gesetze, welche die Lasten gleichmäßig verteilen, gerecht, sie verpflichten im Gewissen und sind ‚gesetzmäßige‘ Gesetze.

Ungerecht dagegen sind Gesetze in zweifacher Weise: entweder dadurch, dass sie ... dem menschlichen Wohl widersprechen, und zwar entweder in Hinsicht auf das Ziel: z.B. wenn das Regierungsoberhaupt den Untergebenen drückende Gesetze aufbürdet, die nichts mit dem Gemeinwohl zu tun haben, sondern eher mit seiner persönlichen Begehrlichkeit und Geltungssucht; oder im Hinblick auf den Urheber, wenn z.B. jemand bei einem Gesetzeserlass seine Zuständigkeit überschreitet... Das alles sind Gewaltmaßnahmen, aber keine Gesetze; denn ‚ein Gesetz, das nicht gerecht ist, ist wohl überhaupt kein Gesetz.‘ (Augustinus). Daher verpflichten derartige Gesetze nicht im Gewissen...

In einer zweiten Weise können Gesetze ungerecht sein durch den Gegensatz zum *göttlichen Gut*, wie dies bei den Gesetzen von Tyrannen der Fall ist ... Solche Gesetze dürfen auf keine Weise beachtet werden, denn es heißt: *„Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“* (Apg. 5,29).<sup>1</sup>

Das Prinzip der Gleichheit ist nach dem Rechtsgelehrten *Gustav Radbruch* (1878-1949) fundamental für die Gerechtigkeit eines Gesetzes: „Wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Setzung positiven Rechts bewusst verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur „unrichtiges Recht“, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur...“

In all diesen bemerkenswerten Aussagen wird sehr deutlich, was ein gerechtes Gesetz ausmacht, worauf es sich gründet:

- ein Gesetz, das diesen Namen verdient, muss die Qualität der Gerechtigkeit haben, muss der Gerechtigkeit dienen
- es muss die Gleichheit der Menschen berücksichtigen
- es muss dem Gemeinwohl der Menschen dienen
- es muss mit den Menschenrechten übereinstimmen – d.h. mit den Menschenrechten kompatibel sein.

Die Frage stellt sich nun: Hält das von den leitenden kirchlichen Amtsträgern der röm.-katholischen Kirche aufgestellte Gesetz: „Die heilige Weihe empfängt gültig nur ein getaufter Mann“ (c. 1024 CIC/1983) den genannten Prinzipien für ein gerechtes Gesetz stand?

## 2. Zur Geschichte und Be-Wertung von can. 1024 CIC/1983

Can. 1024 des Codex Iuris Canonici von 1983 hat folgenden Wortlaut:

„Die heilige Weihe empfängt gültig nur ein getaufter Mann.“

Der Wortlaut dieses Kirchengesetzes ist völlig identisch mit der Regelung in can. 968 § 1 (CIC/1917): „Sacram ordinationem valide recipit solus vir baptizatus.“

Eine Begründung für die Notwendigkeit des ausschließlich männlichen Geschlechts für die Gültigkeit der Ordination (Weihe) führt der Codex/1917 nicht an. Die von Kard. P. Gasparri (1852-1934) zu dieser Vorschrift angeführten Quellenbelege aus dem Corpus Iuris Canonici beziehen sich nur auf das Erfordernis der Taufe für die gültige Ordination.

<sup>1</sup> Thomas v. Aquin: Das Gesetz, kommentiert v. O. H. Pesch, Heidelberg/Graz 1977, 118-121 (passim). Ders.: Naturgesetz und Naturrecht Bd. 34,

Übers. J.F. Groner, Anm. u. Kommentar: A. Utz, Bonn 1996.

Hervorzuheben ist, dass sich der Kanon nicht auf göttliches Recht stützt (z.B. *ex divina institutione*), die Vorschrift von der angeblichen Notwendigkeit des männlichen Geschlechts für die Gültigkeit der Ordination basiert vielmehr auf Quellen aus dem klassisch kanonischen Recht, vor allem aus dem *Corpus Iuris Canonici*: Mehrere Rechtsquellen, die der Frau z. B. die Ausübung von jeglichen kultisch-liturgischen Funktionen innerhalb des Altarraums, die Überbringung der Krankenkommunion sowie die öffentliche Lehrtätigkeit verbieten, zeigen eindeutig eine geringschätzige Auffassung der Frau, die u.a. wesentlich durch das Fortwirken der alttestamentlichen Reinheitsvorschriften bedingt ist. Dies ist vielfach belegt. Darüber hinaus wird der Ausschluss der Frauen von der Ordination und von der Jurisdiktion damit begründet, dass die Frau „nicht Gottes Ebenbild sei und dem Mann in völliger Unterordnung dienen müsse.“<sup>2</sup> Diese Begründung ist exemplarisch für den zwischen der Geringschätzung der Frau und ihrem Ausschluss von Ordination und geistlichem Amt bestehenden kausalen Zusammenhang: Er ist ebenso bestimmend für die betreffenden Vorschriften des *Corpus Iuris Canonici* wie auch für das darauf aufbauende geltende Kirchenrecht.

Durch Texte von bekannten Kirchenvätern und Kirchenlehrern (z.B. Augustinus, Thomas v. Aquin u.a.), die z.T. als Rechtsquellen in das *Corpus Iuris Canonici* eingingen, wird die negative Sicht der Frau im klassisch-kanonischen Recht noch verstärkt: Frauen seien sowohl seinsmäßig/genetisch als auch moralisch minderwertig. Deshalb seien sie auf den Stand der Unterordnung (*status subiectionis*) verwiesen. Als Folge wird auch von einigen Kirchenvätern die Gottebenbildlichkeit der Frau in Frage gestellt oder z.T. völlig negiert und der Frau die Ordinationsfähigkeit zum Priesteramt abgesprochen, vgl. die Argumentation von Th. v. Aquin und anderen Kirchenlehrern zum *status subiectionis* und zur Ordination von Frauen<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> I. Raming, Der Ausschluss der Frau vom priesterlichen Amt- Gottgewollte Tradition oder Diskriminierung? (Köln-Wien 1973), S. 141f u. 161-165 (dort nähere Ausführungen).

<sup>3</sup> I. Raming: Die notwendige Abkehr vom Patriarchalismus. Die Geschichte der Diskriminierung der Frauen. In: *Imprimatur* 3/2015, S.162-166.

Bemerkenswert ist jedoch, dass bereits im Mittelalter von einigen (namentlich nicht genannten) Kanonisten die gegenteilige Meinung vertreten wurde, nämlich, dass eine getaufte Frau (z.B. Ordensfrau) durchaus gültig ordiniert werden könne; denn aufgrund der Taufe könne jede Person gültig ordiniert werden.<sup>4</sup> Allerdings konnte sich diese theologisch fundierte Auffassung gegenüber der massiven Wucht frauenfeindlicher Aussagen nicht durchsetzen.

So kommt es zu der Gesetzes-Formulierung in c. 968 § 1 CIC/1917: „Die heilige Weihe empfängt gültig nur ein getaufter Mann“. Trotz zahlreicher Einwände und Resolutionen katholischer Frauenverbände unmittelbar nach dem 2. Vatikanischen Konzil und trotz bereits vorliegender systemkritischer wissenschaftlicher Untersuchungen wurde dieses Gesetz unverändert in den CIC/1983 c. 1024 übernommen.

Als Ergebnis stellt sich somit heraus: Der Ausschluss der Frauen von der Ordination (zum Priesteramt) basiert auf einer schweren, Jahrhunderte alten Diskriminierung der Frau, was aufgrund zahlreicher Quellenbelege eindeutig belegt werden kann. Diese Diskriminierungsgeschichte ist bis heute von der Kirchenleitung nicht kritisch aufgearbeitet worden und folglich auch nicht überwunden.

Bekanntlich vermeiden es die jetzigen verantwortlichen kirchlichen Amtsträger, den angeblichen Minderwert der Frau noch heute als Grund für ihren Ausschluss von der Ordination anzuführen, das verbieten ihnen die Prinzipien demokratischer Staaten, aber hinter allen Begründungen, die vom Lehramt der Kirche für den Ausschluss der Frauen von der Ordination vorgebracht wurden und werden, verbirgt sich die bis heute nicht überwundene Diskriminierung der Frauen.

So verweist das kirchliche Lehramt zur Begründung der Ordinationsunfähigkeit der Frau heute also nicht mehr auf den „Minderwert der Frau, sondern auf das „andersartige Wesen, die „andersartige Rolle“ der Frau (z.B. nur ein Mann könne den „Bräutigam“ Jesus Christus der „Braut-Kirche“ gegenüber repräsentieren; die Braut-Kirche werde dagegen von den Frauen dargestellt: *Inter insigniores, 1976, Nr. 5 u. Ordinatio Sacerdotalis, 1994, Nr. 2 u. 3*).

<sup>4</sup> Dazu: I. Raming: Ausschluss (Anm. 2) S. 115f.

Wer aber definiert das Wesen und die 'Rolle der Frau'? Es sind die Amtsträger der Kirche, denen gegenüber sich die Frauen in einer untergeordneten Stellung befinden!

Dabei ist entlarvend, dass von kirchenamtlicher Seite regelmäßig betont wird, dass der Ausschluss der Frau von der Ordination keine Diskriminierung oder Benachteiligung der Frau beinhaltet (z.B. OS Nr. 3). Es liegt aber auf der Hand, dass nur die von diesem Un-Recht und Ausschluss Betroffenen – die Frauen – ausdrücken können, was sie als Diskriminierung empfinden, nicht aber die Herrschenden (= kirchliche Amtsträger).

Durch die „dogmatische Überhöhung“ des Kirchengesetzes (c. 1024 CIC/1983) in dem Apostolischen Schreiben *Papst Johannes Pauls II.: Ordinatio Sacerdotalis (1994)* tritt eine eindeutige Verschärfung ein: Der Ausschluss der Frauen von der Ordination wird nun als Wesenselement der „*göttlichen Verfassung der Kirche*“ bezeichnet; zugleich wird betont, dass die Kirche „*keinerlei Vollmacht*“ habe, „*Frauen die Priesterweihe zu spenden, und dass sich alle Gläubigen der Kirche endgültig an diese Entscheidung zu halten haben*“ (OS Nr. 4). Auf diese Weise wird Gott selbst für den Ausschluss der Frauen von der Ordination verantwortlich gemacht: Die Kirchenleitung folge ja nur in Treue dem „*Ratschluss, der der Weisheit des Herrn des Universums zuzuschreiben*“ sei (OS Nr. 2).

Ein Jahr danach (1995) behauptet die Kongregation für die Glaubenslehre (*Responsum ad dubium v. 1995*) darüber hinaus den „unfehlbaren“ Charakter der Lehre von *Ordinatio Sacerdotalis*.

Zur Be-Wertung von c. 1024 (Ausschluss der Frau von der Ordination) unter dem Aspekt der Prinzipien, die für ein gültiges Gesetz maßgebend sind:

Folgende kritische Einwände gegen c. 1024 liegen auf der Hand: Im Blick auf die Aussagen der Vatikanischen Kirchenleitung ist zu betonen, dass es geradezu blasphemisch ist, Frauen unter Berufung auf Jesu Handeln (Berufung der '12 Männer-Apostel'<sup>5</sup>)

<sup>5</sup> Dieses historisch und theologisch unhaltbare „Argument“ ist bereits vielfach zurück gewiesen, vgl. dazu u.a.:  
I. Raming: „Die zwölf Apostel waren Männer...“  
Stereotype Einwände gegen die Frauenordination

und im Namen Gottes vom priesterlichen Dienst auszuschließen. Gottes heiliger Geist der Freiheit sollte Frauen – um ihres Geschlechtes willen – vom priesterlichen, seelsorglichen Dienst ausschließen? Für die vatikanische Kirchenleitung ist es tief beschämend, an solcher Anschauung festzuhalten. Es ist Ungehorsam gegen Gott selbst – es ist Götzendienst vor dem Patriarchat, vor „Männermacht“, die unter allen Umständen erhalten bleiben soll, koste es, was es wolle. Deswegen wird auch die historisch-kritische Bibelexegese, die das Handeln Jesu aus der damals herrschenden patriarchalischen Gesellschaftsstruktur erklärt, absichtlich ausgeklammert.

Mit dem bis heute geltenden kirchenrechtlich verbindlichen Ausschluss der Frauen von der Ordination (c. 1024 CIC/1983) verstößt die vatikanische Kirchenleitung grundlegend gegen folgende zentrale Bibelstellen:

Gen 1, 26: „Gott sprach: 'Lasst uns Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich...'. Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Männlich und weiblich schuf er sie ...“

Gal. 3, 26-28: „Ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich; denn ihr alle seid 'einer' in Christus Jesus ...“

Sie richtet sich vor allem gegen Gottes heiligen Geist, gegen Gottes heilige Geistkraft, die beruft, wen Sie will (vgl. 1 Kor 12,11). Indem dieses Gesetz (c. 1024) Frauen von der Ordination ausschließt, wird Gott geradezu vorgeschrieben, nur Männer zum priesterlichen Dienst zu berufen. Gott lässt jedoch nicht von Menschen über sich verfügen!

Die Folgen dieses ungerechten Gesetzes sind sowohl für die Frauen als auch für die Kirche katastrophal: Frauen werden inferior gehalten. Ihre Berufungen und Charismen werden unterdrückt – zum Schaden der Kirche; denn durch die gleichrangige Partnerschaft zwischen Frauen und Männern, in der sich die ihnen geschenkten Charismen entfalten können, würde die

und ihre tieferen Ursachen, in: Dies.: Priesteramt der Frau – Geschenk Gottes für eine erneuerte Kirche, Münster 2002, 17\*-29\*.

Kirche zweifellos an Lebendigkeit gewinnen.

Zusammenfassend ist also festzustellen:

Der gesetzlich und lehrmäßig fixierte Ausschluss der Frauen von Ordination und vom geistlichen Amt in der röm.-kath. Kirche ist:

- zutiefst ungerecht,
- negiert die Gleichheit von Frauen und Männern als getaufte menschliche Personen,
- missachtet die Menschenrechte der Frauen in der Kirche,
- richtet sich gegen Leben und geistliches Wachstum der Kirche, also gegen notwendige Reformen der Kirche.

Frauen waren weder an der Gesetzgebung noch an der lehrmäßigen Begründung dieses Gesetzes beteiligt. Somit ist das Gesetz Ausdruck und Folge von Machtmissbrauch, - die Kirchen-Männer im Vatikan und darüber hinaus haben nicht gelernt, mit Frauen als gleichrangigen Menschen umzugehen, Verantwortung mit ihnen zu teilen, sondern wollen weiterhin über sie herrschen. Dieses Verhalten ist eindeutig gegen den Geist Jesu gerichtet:

s. Mt 20,25f: „Bei euch soll es nicht so sein...!“

Darum verdient dieses ungerechte Gesetz, das die Frauen in der Kirche niederhält, weder Anerkennung noch Gehorsam.

Hier gilt das Schriftwort: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 5,29).

Um der Personwürde der Frau und um der Zukunft der Kirche willen sind alle reformwilligen Menschen in der Kirche dazu aufgerufen, gegen das zutiefst ungerechte, widergöttliche Gesetz des Ausschlusses der Frauen von der Ordination aufzustehen:

„*Lex iniusta non obligat...!*“ - „*Ein ungerechtes Gesetz verpflichtet nicht!*“

Diesen Schritt haben 7 Frauen aus Österreich und Deutschland am 29. Juni 2002 öffentlich vollzogen.

3. Frauen stehen auf gegen das frauenfeindliche Gesetz ihres Ausschlusses von der Ordination (Juni 2002)

Für diesen Schritt gaben sie folgende, noch heute sehr aktuelle Erklärung<sup>6</sup> ab, die hier nur teilweise wiedergegeben werden kann:

- „Seit nunmehr 40 Jahren, also seit Beginn des 2. Vatikanischen Konzils (1962-1965), haben Frauen die Gründe für ihren Ausschluss von den kirchlichen Weiheämtern mit stichhaltigen Argumenten zurückgewiesen. In der nachkonziliaren Phase bis heute sind zahlreiche wissenschaftliche und populär-wissenschaftliche Bücher und Artikel zugunsten der Frauenordination erschienen, und zwar weltweit. Die Vatikanische Kirchenleitung (Glaubenskongregation und Papst) hat diese Forschungsergebnisse bis jetzt ignoriert, selbst wenn sie von der Päpstlichen Bibelkommission kamen (vgl. Report der Bibelkommission von 1976). Durch wiederholte Verlautbarungen ... hat sie vielmehr den Ausschluss der Frau vom Priesteramt zementiert und dieser Lehre den Rang eines „Quasidogmas“ verliehen ...

- Frauen, die eine Berufung zum Priesteramt fühlen und sie auch leben wollen, befinden sich daher in einem schweren Gewissenskonflikt: Auf der einen Seite steht die unrevidierte Position der offiziellen Kirchenleitung, auf der anderen Seite ruft Gott sie aber zum priesterlichen Dienst in der Kirche. ...

- Da eine Fortsetzung der Argumentation aller Erfahrung nach keine Abhilfe verspricht, haben sich Frauen dazu entschlossen, eine Ordination *contra legem* (c. 1024 CIC) anzustreben. Denn eine Änderung der Rechtslage der Frauen ... ist in Anbetracht der hierarchischen und zentralistischen Struktur der römisch-katholischen Kirche in absehbarer Zeit nicht zu erwarten...

- Die beteiligten Frauen wollen durch ihre Handlungsweise das freie Wirken der göttlichen Geisteskraft ehren, die jeder/jedem zuteilt, wie Sie will (vgl. 1 Kor 12,11), und so für die röm.-katholische Kirche eine neue Zukunftsperspektive eröffnen: Sie wollen sich durch die Ordination u.a. für folgende Aufgaben stärken und zurüsten lassen: pastorale Begleitung von Menschen, besonders von Frauen(gruppen), die sich von der Kirche entfremdet haben; diese

<sup>6</sup> Der gesamte Wortlaut der Erklärung in: I. Raming: Römisch-katholische Priesterinnen, Münster 2013, S. 114-117.

brauchen dringend geistliche Schwestern im Amt! ...

- Die Frauen sehen sich bei diesem Akt durchaus in der Nachfolge Jesu, der Gesetze gebrochen hat, die von der religiösen Autorität seiner Zeit aufgestellt wurden, aber den Menschen nicht dienten (z.B. Sabbat- und Reinheitsvorschriften...). ...

- Am Ostermorgen gingen mutige Jüngere, *Maria von Magdala* und andere Frauen, zum Grab Jesu ... Sie begegneten als erste dem Auferstandenen und wurden so zu Botinnen der Osterbotschaft. ... Engagierte Frauen wollen heute durch ihre Ordination ... mithelfen, den schweren Stein der Diskriminierung wegzuwälzen, der auf den Frauen in der katholischen Kirche liegt.

- Die Gruppe der Frauen empfiehlt sich selbst und ihren risikoreichen Schritt der Güte Gottes.

Für die Gruppe der ordinierten Frauen:

*Dr. Ida Raming und Dr. Iris Müller* (Juni 2002)

Zu unserer Ordination, die am 29. Juni 2002 auf einem Donauschiff stattfand - Schiff und Boot stehen schon im NT öfter als Bild für die Gemeinde um Jesus - hatten sich zahlreiche Menschen versammelt: Angehörige, Frauen und Männer, die unser Anliegen teilten. Sie waren gekommen, um unseren wichtigen Schritt mit Gebeten und Liedern zu unterstützen. Das gab uns Kraft und Mut. Wir waren nicht allein, sondern um uns war schon eine solidarische Gemeinde versammelt.

## 4. Reaktion des Vatikans auf den Akt contra legem (c. 1024)

Wider Erwarten wurde unser Vorgehen im Vatikan mit sehr viel Aufmerksamkeit bedacht.

Bereits am 10. Juli 2002, also unmittelbar nach unserer Ordination, erfolgte von der *Kongregation für die Glaubenslehre* eine Androhung der Exkommunikation. Darin wurde unmissverständlich erklärt, dass wir diese schwere Strafe nur noch durch „Reue“ und „Umkehr“ abwenden könnten; (für die 'Reue-Bekundung' setzte sie folgende Frist: 22. Juli 2002).

Die Glaubenskongregation beschuldigte die sieben Frauen, dass sie in schwer wiegender Weise gegen „die göttliche Verfassung

der Kirche“ verstoßen und im Widerspruch zur „endgültigen Lehre der Kirche“ gehandelt hätten. Darüber hinaus behauptete sie: *„Der Vorfall schadet auch der rechten Förderung der Frau, die in der Kirche und in der Gesellschaft einen eigenen, spezifischen und unersetzbaren Platz einnimmt“* - ein geradezu grotesker Vorwurf angesichts der anhaltenden Unterdrückung der Frau in der Kirche!

Keine der von dieser Drohung und den Schuldzuweisungen betroffenen sieben Frauen „kehrte reumütig um“. Alle waren zutiefst davon überzeugt, dass sie ihrem Gewissen gemäß und im Geist Jesu Christi gehandelt hatten.

Sie verteidigten sich mit juristischen Methoden gegen die ungerechten Maßnahmen der Glaubenskongregation, soweit es ihnen damals möglich war. Aber: ihnen wurde kein Rechtsbeistand / keine Verteidigung gewährt. Auch eine persönliche Verteidigung vor der Glaubenskongregation wurde ihnen verweigert. Das Verfahren entsprach somit in keiner Weise rechtsstaatlichen Vorschriften.

Der ganze Konfliktvorgang ist einsehbar unter: [www.virtuelle-dioezese.de](http://www.virtuelle-dioezese.de). Im Folgenden beschränke ich mich daher auf einige zentrale Aussagen in dem endgültigen Exkommunikationsdekret der Glaubenskongregation und auf die Antwort der betroffenen Frauen auf dieses Urteil.

Im Dezember 2002 bestätigte die Glaubenskongregation nochmals: „Die 'Priesterinnen' sind exkommuniziert“ - diese Strafe wird u.a. folgendermaßen begründet:

(...) „Sie (die Frauen) leugnen formell und hartnäckig die Lehre, die von der Kirche immer gelehrt und gelebt und von Johannes Paul II. in endgültiger Weise vorgelegt wurde, dass nämlich "die Kirche keinerlei Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden" (Apostolisches Schreiben *Ordinatio sacerdotalis*, Nr. 4). Die Leugnung dieser Lehre ist als Ablehnung einer Wahrheit, die zum katholischen Glauben gehört, zu qualifizieren und verdient deshalb eine gerechte Strafe ... Johannes Paul II., Apostolisches Schreiben *Ad tuendam fidem*, Nr. 4a). (...)

Papst Johannes Paul II. hat das vorliegende Dekret, das in der Ordentlichen Versammlung dieser Kongregation be-

geschlossen worden war, in der dem unterzeichneten Kardinalpräfekten am 20. Dezember 2002 gewährten Audienz gebilligt ... und die Veröffentlichung des Dekrets angeordnet.

Rom, am Sitz der Kongregation für die Glaubenslehre, dem 21. Dezember 2002.

+ Joseph Card. Ratzinger, Präfekt

+ Tarcisio Bertone, S.D.B

Ernannter Erzbischof von Genua, Sekretär

In unserer Stellungnahme wiesen wir die Schuldzuweisungen des Vatikans öffentlich zurück. Wir betonten, dass die angeblich „endgültige Lehre der Kirche“ auf einer schweren Diskriminierung der Frau basiert, die in krassem Widerspruch zur biblischen Botschaft: „*In Christus*“ gilt aufgrund von Glauben und Taufe „*nicht männlich und weiblich*“ (vgl. Gal 3,26) steht und daher keinerlei Anerkennung und Beachtung verdient.

Der schriftliche Briefwechsel mit der Glaubenskongregation, besonders auch unsere abschließende fundierte Stellungnahme, ist für alle Interessierten zugänglich (unter: [www.virtuelle-dioezese.de](http://www.virtuelle-dioezese.de)). Sie beinhaltet ein auch für die Zukunft der Kirche bedeutsames Zeugnis: Es ist darin dokumentiert, dass katholische Frauen es abgelehnt haben, sich dem diskriminierenden Gesetz des Ausschlusses der Frauen von der Ordination (c. 1024 CIC) zu beugen und dass sie für ihre Menschenwürde und Menschenrechte, auch in der Kirche, öffentlich eingetreten sind. Auf die Anschuldigungen seitens der Glaubenskongregation erwiderten wir: „*Nicht wir haben der Kirche und den Gläubigen durch unsere Vorgehensweise geschadet und ihnen 'Ärgernis' bereitet, wie Sie behaupten, wenn wir unsere verletzte Menschenwürde aktiv verteidigen, sondern Sie, indem Sie Frauen durch Ihre Lehre und Ihre Gesetze bis heute nicht als volle Menschen und volle Mitglieder der Kirche achten.*“

Reaktionen auf unsere Ordination in der Öffentlichkeit

Unsere Ordination rief heftige Reaktionen in den Medien hervor, sowohl vor als auch nach dem Ereignis. Noch heute erinnern

sich zahlreiche Menschen an diesen bislang unerhörten Vorgang...

Unmittelbar vor unserer Ordination erschienen in Publik-Forum (Nr. 11/2002, S. 50f) zwei gegensätzliche Artikel, die noch heute aktuell und aufschlussreich sind:

1) „Dieser Akt zementiert die alte Klerus-Kirche – im NT gibt es keine geweihten Personen ...“ (Autor: Prof. Norbert Scholl).

2) „Gegen Rom hilft nur die Tat. Katholiken brauchen eine Kultur tätigen Ungehorsams. Priesterinnen-Weihe ist ein Anfang“ (Peter Rosien, Hg. von PuFo).

Zu N. Scholls Argumentation - Was sagen wir dagegen?

Wir, die 7 Frauen, haben uns zwar in die derzeitige Tradition der Ordination hineingestellt, - aber welche Gründe hatten wir dafür:

- Wir wollten sowohl ein prophetisches als auch kirchenpolitisches Zeichen setzen - eine Ordination, z.B. von Vertretern einer Gemeinde durchgeführt, hätte weder eine kirchenpolitische Bedeutung gehabt noch Aufmerksamkeit erregt – weder bei Kirchenmitgliedern, noch bei der Hierarchie im Vatikan.
- Frauen, die sich zum Diakonat und Priesteramt berufen fühlen, haben nach Prüfung ihrer Berufung grundsätzlich das Recht auf Ordination nach den geltenden Regeln, wie sie den Männern zusteht.
- Wir suchten daher einen Bischof, der gültig ordiniert und willens war, Frauen um der notwendigen Erneuerung der Kirche willen zu ordinieren; einen solchen Bischof (u. noch einen weiteren, dessen Namen wir nicht bekannt geben) haben wir gefunden (Zeugnis des Theologen Dr. René van Eyden/Niederlande über den „ersten“ Bischof: Wir brauchen uns mit diesem Bischof nicht zu schämen.)

Obwohl wir nach dem „traditionellen Ritus“ ordiniert wurden, haben wir aber schon bei unserer Ordination 2002 einen maßgebenden, zukunftsweisenden Unterschied gesetzt: Die sieben Frauen beriefen sich nämlich bei ihrer Ordination auf das Bibelwort: „*Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen*“ (Apg 5,29). Dieses öffentliche Zeugnis ist in der notariellen Urkunde über die Ordination notiert. Die Frauen leisteten dem ordinierenden Bi-

schof gegenüber also kein Gehorsamsversprechen. Das ist aber ein sehr bedeutsamer Unterschied gegenüber den herkömmlichen Ordinationen, wobei gegenüber dem Bischof bekanntlich Gehorsam versprochen wird. Wir waren uns nämlich bewusst, welch ein Unheil gerade durch den sog. hierarchischen Gehorsam in unserer Kirche herbeigeführt wird; denn dieser bewirkt ja gerade die Reformunfähigkeit der Amtskirche. Darüber hinaus befanden sich einige Verheiratete unter den 7 Frauen. Wir haben also zwei wichtige Reformschritte, die bis heute in der römisch-katholischen Kirche noch nicht erreicht sind, bereits bei unserer Ordination durchgesetzt. Dies hat *Peter Rosien*, ein Protestant (!), in seinen Ausführungen richtig erkannt. Er schreibt: „Das Einzige, was die Kurie elementar verunsichern könnte, sind massenhafte Signale aktiven Ungehorsams. So gesehen, ist die geplante Priesterinnenweihe ein zartes Pflänzchen, das sich zu einer Baumschule des Ungehorsams entwickeln könnte: Fangt einfach an! Werdet katholische Pfarrfrauen (Priesterinnen), interpretiert das Amt im Sinne Jesu um, und sammelt Gemeinden um euch, die mit euch Gottesdienst feiern mögen...“. Gerade das tun die ordinierten Frauen in unserer Priesterinnenbewegung: Sie engagieren sich für die Menschen in ihren Gemeinden. Sie stützen und „zementieren“ gerade nicht die „alte Klerus-Kirche“, sondern de-klerikalisieren sie, indem sie z.B. die aktive Mitarbeit der Gemeindeglieder fördern, eine inklusive Sprache im Gottesdienst verwenden und weitere entschiedene Schritte zur Reform des priesterlichen Amtes und der Kirche machen.<sup>7</sup> Rückschauend stelle ich fest: Peter Rosiens Aussage war vorausschauend und zutreffend, nicht aber die von Norbert Scholl (und weiterer Autoren, die unsere Ordination negativ beurteilten).

Das anhaltende ungerechte Vorgehen des Vatikans gegen uns Frauen konnte (und kann) nicht verhindern, dass weitere Frauenordinationen gegen das bestehende Gesetz (c. 1024) in den folgenden Jahren in mehreren Ländern (Europa, USA, Kanada....) stattfanden und weiterhin stattfinden. Die Zahl der ordinierten Frauen steigt an: Zur Zeit gehören ca. 240 Mitglieder zu dieser Bewegung (Stand: Febr. 2017).

<sup>7</sup> Näheres dazu: I. Raming: Römisch-Katholische Priesterinnen ... (2013), S. 32ff.

## 5. Die Strafe der Exkommunikation ist ebenso ungerecht wie das Gesetz, das wir Frauen übertreten haben

Leserinnen und Leser mögen sich selbst ein Urteil darüber bilden, ob unser Schritt, gegen das ungerechte Gesetz c. 1024 vorzugehen, die Strafe der Exkommunikation verdient.

Aus der Sicht der Betroffenen jedenfalls ist diese Strafe so ungerecht und frauenverachtend wie das Gesetz, das wir übertreten haben.

Je mehr und anhaltender viele Menschen in der Kirche, Frauen und gerecht gesinnte Männer, gegen das ungerechte Gesetz des Ausschlusses der Frauen von den kirchlichen Ämtern aufstehen, wird dieses Gesetz seine Gültigkeit verlieren. Insofern haben wir alle es auch selbst in der Hand, dass die Frauenunterdrückung in der Kirche mit Gottes Hilfe überwunden wird.

Aufgrund seiner langen Erfahrungen im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika sagte Nelson Mandela: „*Da Macht ohne die Zustimmung und die Mitarbeit der Unterdrückten nicht aufrechterhalten werden kann, lehrten sie (Ghandi, Martin Luther-King), dass es notwendig ist, ungerechte Gesetze nicht zu befolgen. Wenn das Gesetz falsch ist und ethischen Prinzipien widerspricht, hat man die Pflicht, das Gesetz zu brechen, um so den Staat unter Druck zu setzen, damit er die Ungerechtigkeit einstellt und die Unterdrückung beendet.*“<sup>8</sup>

Dieses Wort lässt sich ohne weiteres übertragen auf die Römische Kurie/Kirchenleitung mit ihren ungerechten Gesetzen – nicht zuletzt gegen Frauen. Auch hier gilt es, gegen Ungerechtigkeit aufzustehen! Mit bemerkenswerter Einsicht kommentiert *Katharina Wagner* das Vorgehen der Frauen gegen das diskriminierende Kirchengesetz in einem Pfarrbrief einer bayrischen Gemeinde:

„...*Die Geschichte hat gezeigt, dass Veränderungen und Reformen in bestehenden Systemen meist nicht durch Einsicht erfolgen. Es braucht dazu immer wieder unbehagliche Anstöße und auch Grenzüberschreitungen.*

*Diejenigen, die dabei in der vordersten Reihe stehen, holen sich nicht nur blutige Nasen, sondern handeln sich - wie bei die-*

<sup>8</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Nelson\\_Mandela](https://de.wikipedia.org/wiki/Nelson_Mandela)

*ser Aktion - auch zusätzlich noch Hohn und Spott ein. Aber sind wir doch froh, dass es immer wieder Menschen gibt, die solche undankbaren Vorreiterrollen übernehmen und dadurch auch für die weniger Mutigen die Wege bahnen!“<sup>9</sup>*

\*\*\*

Paul Glotter

## **HimmelHerrgottSakrament – eine bunte Nachlese**

Starker Tobak, dachte ich mir, als ich das Interview von Peter Saunders in der „Daily Mail“ las. Aber nach langem Überlegen, das möchte ich gleich vorwegschicken, muss ich dem Chef der britischen Kinderschutzorganisation NAPAC Recht geben, wenn er zornig behauptet, dass die Amtskirche „den Opfern sexueller Gewalt mit Verachtung begegnet“.

Mein Gott, wieviel Verachtung muss Saunders selbst im Februar 2016 verspürt haben, als man ihm, dem Mitglied der 2014 ins Leben gerufenen Päpstlichen Missbrauchs-Kommission, untersagte, offen über das skandalöse Verhalten von Kardinälen und Bischöfen im Umgang mit Sexualverbrechen in der Kirche zu sprechen – ein Schweigegebot, dessen Schwere eigentlich nur ermessen kann, wer zuvor fast 30 Jahre benötigte, um sich das bei der Vergewaltigung durch zwei Priester in seiner Kindheit zugefügte Leid von der Seele zu reden.

Schließlich der Abschied von Marie Collins aus der Kommission, den Urs Noti in der Nr. 1/2017 der „imprimatur“ ausführlich kommentierte und dabei u.a. auch das Statement von Kardinal Gerhard Ludwig Müller, dem Leiter der Glaubenskongregation, kritisch erwähnte, dass es nicht Sache seiner Behörde sei, Briefe von Opfern klerikaler Triebtäter zu beantworten oder den

Eingang dieser Briefe wenigstens zu bestätigen. Wiederum Verachtung pur, die den beiden Missbrauchsoptionen Collins und Saunders und damit allen Missbrauchsoptionen in der hochfahrenden Replik des Deutschen entgegenschlug.

Weil wir ja mit den pathologischen Gemeinschaften Müllers aus dessen Regensburger Zeit bestens vertraut sind, hat es mich absolut nicht überrascht, dass der Kardinal dann Richtung Collins eine seiner widerwärtigen „Retourkutschen“ fuhr und tatsächlich fragte: „Wer ist das denn, diese Collins? Hatte nie das Vergnügen, dieser Frau zu begegnen!“

Die abermals Gedeemütigte erinnerte Müller postwendend an ein Abendessen in Dublin, bei dem sie mit dem Kardinal in kleiner Runde am gleichen Tisch gesessen und sehr ausführlich über die in kirchlichen Einrichtungen begangenen Sexualstraftaten und die traurige Situation der Opfer gesprochen hatte.

Muss jemand nicht krank, sehr krank sein, wenn er Namen und Leidensgeschichte einer Person aus seinem Gedächtnis löscht, die ihm kurz nach deren Ernennung in die Päpstliche Kinderschutzkommission begegnet ist? Müssen es Missbrauchsoptionen wie Collins und Saunders sowie die Zigtausend anderen „Tempel des Heiligen Geistes“, die weltweit geschändet wurden, nicht als Teil eines verächtlichen Umgangs mit ihnen betrachten, wenn Müller weiterhin ungestraft auf seinem Posten bleiben und Wunden schlagen darf? Muss es sie nicht besonders schmerzen, wenn sie wissen, dass dem Kardinal sowas mit Fürstin Gloria von Thurn und Taxis und den im Spiegelsaal des Schlosses St. Emmeram eingenommenen Festessen niemals passiert wäre?

Tröstlich war es dieser Tage dann schon, als Müllers Kollege Reinhard Marx aus München schuldbewusst zugab, dass auch er bisher viel zu wenig aus dem Blickwinkel der Opfer ans Thema „Missbrauch“ herangegangen sei. „Schon mal ein Missbrauchsoptionen und dessen Familie zuhause besucht, Herr Kardinal?“ möchte man da spontan fragen. Aber vermutlich liegen wir mit der Annahme gar nicht so falsch, dass das bisher auch in Deutschland kein Bischof geschafft hat – Stephan Ackermann aus Trier eingeschlossen.

Aus den USA erfuhren wir jedenfalls vom Dominikanerpater und Kirchenrechtler

<sup>9</sup> K. Wagner im Pfarrbrief der katholischen Pfarrgemeinde Hilpoltstein (Ausgabe Sommer 2002)  
www.wir-sind-kirche.de/eichstaett

Thomas Doyle, der seit über 30 Jahren in seiner Heimat und in anderen englischsprachigen Ländern Tausenden von Sexualopfern geholfen hat, dass er von keinem Ortsbischof wisse, der solch einen Hausbesuch je gemacht hätte, und man sich deshalb auch gar nicht wundern brauche, wenn US-Bistümer in Strafprozessen zu Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe verurteilt würden und inzwischen bereits 15 Diözesen ihren finanziellen Bankrott erklären mussten. Doyle ist sicher: „Das hätten unsere Bischöfe billiger haben können. Ein Opfer und dessen Familie, die du als guter Hirte zuhause besuchst, werden dir keine Anwaltskanzlei und keinen Prozess an den Hals schicken!“

Ich muss gestehen, dass ich heute morgen einfach zu faul war, um noch mal eigens nachzuschauen, ob der famose Spruch von Wilhelm Busch stammt oder nicht: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr“. Wie auch immer: Reinhard Marx, den ich oben schon mal kurz lobend erwähnte, machte bereits in seiner Zeit als Bischof von Trier nicht gerade durch bescheidenes Auftreten von sich reden.

Vor einigen Wochen wurde der gebürtige Ostwestfale nun mal wieder ganz seinem Ruf des „Aufschneiders“ gerecht, als er uns die jüngsten Pastoralpläne für die Erzdiözese München und Freising als „Pilotprojekt“ unterjubelte und beiläufig noch eigens betonen ließ, dass es sowas Fortschrittliches bisher noch in keinem anderen deutschen Bistum gebe – wissentlich oder unwissentlich verschweigend, dass Kollege Overbeck in Essen schon länger „in der gleichen Liga am Ball“ ist.

Ab Herbst sollen laut Marx in mehreren Pfarrverbänden der Erzdiözese testweise hauptamtliche Pastoralreferenten und Freiwillige die Leitung von Pfarreien übernehmen, ohne wie bisher dabei einem Pfarrer Rechenschaft zu schulden. Marx wörtlich: „Die Pfarrverbände brauchen eine Verwurzelung vor Ort, wofür wir nicht genügend Priester haben.“

Mit Verlaub, Eminenz, genau das sagen wir seit Jahrzehnten, und Papst Franziskus formulierte es bei seinem Brasilienbesuch 2013 noch etwas konkreter, als er forderte, dass Seelsorge ein „Gesicht“ haben müsse. Ich hoffe, dass mir das Münchner Schlitzohr nicht allzu böse ist, wenn ich hier ver-

rate, dass unter seinem Vorgänger Friedrich Wetter das Marxsche „Pilotprojekt“ bereits voll praktiziert wurde, dass Marx das abschaffte, was Wetter eingeführt hatte und jetzt notgedrungen und „plagiatsverdächtig“ wieder aus den „Ordinariats-Schubladen“ holte („Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß!“). Ein richtiges „Pilotprojekt“ (Ehre, wem Ehre gebührt!), daran möchte ich den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz noch erinnern, wurde unter dem legendären Bischof Franz Xaver Eder, der von 1984 bis 2001 das Bistum Passau leitete, mit dem „Pastoralplan Passau“ an Pfingsten 2000 auf den Weg gebracht. Selbiges war jedoch nur von kurzer Dauer. Denn schon 2001, als der aus Regensburg kommende Ratzinger-Vertraute Wilhelm Schraml die Diözese Passau übernahm, wurde das „Fest der Passauer Katholiken“ auf ausdrücklichen Befehl aus Rom jäh beendet und der mühsam erarbeitete Pastoralplan auf den Müll (!) geworfen.

Dass wir einfachen Gläubigen gegen derart autoritäre „Enteignungen“ und – wie die Bayern sagen – hinterfotzige Machenschaften qua Kirchenrecht völlig ungeschützt dastehen, hätten die Regensburger Kirchenrechtlerin Sabine Demel und die Journalistin Christiane Florin am 27. März 2017 bei ihrem Gespräch in der Sendung „Tag für Tag“ im Deutschlandfunk neben vielen anderen Dingen ruhig auch erwähnen können. Schön fand ich´s nicht nur, dass die beiden den 100. Geburtstag des Codex Iuris Canonici (CIC) zum Anlass nahmen, überhaupt mal ein wenig Staub aus diesem „monarchischen Relikt“ rauszuklopfen, sondern grundsätzlich vor allem klarzustellen, dass das Kirchenrecht mit seinen 2414 Paragraphen in seiner jetzigen Form fürs kirchliche Fußvolk kein adäquates Mittel darstellt, um evtl. Rechtsschutz einzufordern, und dass es höchste Zeit wäre, für diesen Zweck bereits fertige Pläne zur Verwaltungsgerichtsbarkeit endlich aus den Safes zu holen.

Als Beispiel wurden von den beiden Damen – gewissermassen en passant – die Missbrauchsoffer genannt, deren Hunger nach Gerechtigkeit durch den CIC nun wahrlich nicht gestillt wird. Im Gegenteil: es werden ihnen Steine statt Brot verabreicht. Hätte die Expertin Demel bei diesem Stichwort nicht z.B. an die 2011 von ihrem Kollegen

Norbert Lüdecke in einem Aufsatz gemachte Feststellung erinnern können, dass der sexuelle Missbrauch von Minderjährigen laut CIC 1395,2 kein Vergehen gegen Leib und Freiheit des Menschen ist (!), sondern gegen eine Klerikerpflicht, den Zölibat, und dass die prozessuale Geheimhaltung schon allein deshalb notwendig sei, weil „in dieser delikaten Sache kein ungebührliches und morbides Interesse geweckt“ werden dürfe?

Ich kann absolut nicht nachvollziehen, dass ein Sexualverbrechen, d.h. eine Gewalttat, als „Verstoß gegen den Zölibat“ eingestuft wird. Wäre zum Beispiel die von einem Priester begangene Gewalttätigkeit mit Todesfolge im Sinne der obwaltenden CIC-Logik jedesmal ein Verstoß gegen den Zölibat? Begeht ein verheirateter Mann, der ein minderjähriges Mädchen vergewaltigt, Ehebruch? Ist „Sex“ für den CIC beim Missbrauch das entscheidende Kriterium? Nun aber zu einem anderen höchst delikatsten Thema, nämlich das seit geraumer Zeit anhaltende Techtelmechtel des Vatikans mit der Piusbruderschaft, weswegen wir (ungerechterweise und „sprungbereit feindselig“?) vor Jahren noch rüpelhaft über Benedikt XVI. herfielen. Papst Franziskus scheint fest entschlossen, möglichst noch vor seinem Rücktritt (!) die Bruderschaft, die weltweit rund 600.000 Anhänger und 590 Priester zählt, ähnlich wie das Opus Dei in den Rang einer „Personalprälatatur“ zu erheben.

Obwohl meine Meinung natürlich für die Kurie völlig unerheblich ist, erlaube ich mir hier trotzdem, die Vermutung zu äußern, dass derlei „Annäherungsversuche“ vielleicht doch nicht so ganz abwegig sind. Meinem Glauben in eine synodale Kirche tun sie keinen Abbruch. Stören tut mich dann aber doch, wenn mit zweierlei Maß gemessen wird, und unser argentinischer Freund (aus welchen Gründen auch immer!) vergisst, dass nicht nur die Piusbrüder von „Gewissensnöten“ geplagt und von diesen erlöst werden möchten, sondern auch die kirchenoffiziell verteufelten Mitglieder von „Wir sind Kirche“ oder von „Donum Vitae“, die durch hohe kirchliche „Würdenträger“ wie zum Beispiel den linksrheinischen Stänkerer Joachim Meisner immer wieder mit Mördern in einen Sack gesteckt wurden.

Weder bei den Piusbrüdern noch bei der erzkonservativen Nachrichtenagentur kath.net, das möchte ich eigens betonen, sind Hopfen und Malz verloren. Dennoch würde ich heute gerne eine kleine Bitte an die Kollegen von kath.net richten: verschont uns und den Rest der Menschheit bitte mit euren penetranten Kommentaren, in denen ihr schulmeisternd den armen Papst Franziskus dafür tadelt, dass er gelegentlich „lehramtliche Verlautbarungen“ von Johannes Paul II. abändere, obwohl der Pole doch ausdrücklich gesagt habe, dass es daran nichts zu rütteln gibt. Seien wir doch ehrlich, liebe Freunde: auch JP II. hat sich herrschaftlich und ganz wie ein richtiger Monarch über „Glaubenssätze“ seiner Vorgänger und selbst des 2. Vatikanischen Konzils hinweggesetzt. Punkt! Zum Schluss dieser Nachlese erlaube ich mir noch, den Anruf eines Freundes aus der Barockstadt Fulda zu erwähnen. Er sagte mir, dass ich mir wegen Bischof Heinz Josef Algermissen keine Sorge machen brauche. Der sei kürzlich wohlbehalten von einer mehrtägigen Romreise zurückgekehrt und habe in der Ewigen Stadt natürlich auch Ex-Papst Joseph Ratzinger besucht. Über den Ausrutscher Algermissens bei der Osterpredigt 2016, in der er behauptet hatte, dass „Menschen ohne Auferstehungsglauben ein Sicherheitsrisiko“ darstellten, spreche kaum noch jemand – auch die Atheisten nicht, welche ähnlich wie Algermissen immer nur die anderen für „Terroristen“ halten.

Algermissen, so verriet mir mein Freund, habe unlängst in vertraulichem Kreis einmal mehr gesagt, dass er jetzt, so kurz vor dem Ruhestand, keine Bäume mehr auszureißen gedenke. Natürlich sei diese Bemerkung des Bischofs selbst bei Mitgliedern des Domkapitel Anlass zu spitzen Kommentaren gewesen. Einer der Prälaten habe, hintergründig lächelnd, über die Schulter hinweg gefragt: „Hat der Heinz Josef überhaupt schon mal einen Baum ausgerissen?!“

Ansonsten, meinte der Anrufer aus Fulda, sei das Priesterseminar hinterm Dom wenigstens „lehrkörperlich“ noch immer voll besetzt, was man vom Wohntrakt der Seminaristen nicht sagen könne. Dort befänden sich derzeit nur 4 Priesteramtskandidaten, was wohl nicht so ganz der „Idealbesetzung“ entspräche.

Stolz sei man hinterm Dom aber nach wie vor auf die seit 1273 bestehende Seminars-Bibliothek, die vor kurzem wegen akutem Platzmangel um ein neues Magazin bis unter Dach des Südflügels des historischen Gebäudes aufgestockt werden musste. Die Baumaßnahmen, samt der fälligen Weiterführung des Aufzugs, hätten 1,4 Millionen Euro gekostet.

Ich wünsche der Bibliothek viele Besucher (egal ob mit oder ohne Auferstehungsglaube!), die bereit und willens sind, aus den Aufzeichnungen vergangener Jahrhunderte zu lernen.

\*\*\*

Margarete Hohmann

## Die Margarete hat gesagt

*Margarete ist die Frau unseres Redaktionsmitglieds Horst Hohmann. Sie hat in ihrer südbrasilianischen Heimat Philosophie studiert, arbeitet aber seit vielen Jahren - im Brotberuf sozusagen - als Krankenschwester in einer Notfallklinik. Heiter und bisweilen auch bissig nimmt Margarete Personen und Themen des Tagesgeschehens aufs Korn. Hier einige der von ihrem Mann aufgezeichneten „Zwischenrufe“, welche bei häuslichen Debatten „vom oberen Ende des Küchentisches her“ zu hören waren:*

„Irgendwann musste es sich schließlich auch im Vatikan herumsprechen, dass die Indianer eine Seele haben und die Neger in Afrika richtige Menschen sind!“ hat die Margarete gesagt. „Und was uns Frauen betrifft: meinst du vielleicht, wir würden so schnell vergessen, wie diese aufgeplusterten Besserwisser in Rom bis ins vorletzte Jahrhundert hinein verkündeten, dass männliche Föten von Gott nach 40 Tagen eine Seele bekommen, weibliche dagegen erst nach 80 Tagen! Und da behaupten immer noch einige Leute unbeirrt, dass die Amtskirche nichts gegen uns Frauen hat!“

\*

„Den Bankern kannst du nicht über den Weg trauen“, hat die Margarete gesagt. „Sie

drücken dir bei schönem Wetter einen Regenschirm in die Hand, und sobald die ersten Tropfen fallen, nehmen sie ihn dir wieder weg!“

\*

„Sonderbar“, hat die Margarete vergangenen Herbst festgestellt, „wie die Natur immer kleine Lektionen für uns bereithält: jetzt, zu dieser Jahreszeit, wandert die Sonne wieder rauf in den Norden zu den reicheren Menschen unseres Planeten und bei uns hier im Süden werden die Schatten zwangsläufig länger.“

\*

„Es hat mir einen Schauer über den Rücken gejagt“, hat die Margarete gesagt, „als der Michael vor einigen Jahren auf der *Seite Drei der Süddeutschen* übers Schicksal seines Schwagers Heinz schrieb, und wie der von Demenz befallene Mann seiner Schwester Maria sich eines morgens in der Unterhose und mit Anorak und Wanderstiefel an den Frühstückstisch setzte, seine Socken zu den Semmeln legte und wissen wollte, wie´s jetzt weitergeht. Schrecklich, wenn der Mensch plötzlich nicht mehr weiß, wo seine Socken hingehören und in welche Schublade er vor fünf Minuten die Haustürschlüssel gelegt hat.“

\*

„Man muss schon mit einer gehörigen Portion Zynismus ausgestattet sein“, meinte die Margarete, „um den Napoleon, diesen Dreckskerl, einen *Großen* zu nennen und ihn für einen der Gründerväter des Vereinten Europas zu halten! Dieser elende Verbrecher hat doch einen Krieg nach dem anderen vom Zaun gebrochen, sodass es zeitweilig von der Nordsee bis zu den Alpen runter keine Männer mehr gab, die er für seine blutigen Feldzüge hätte rekrutieren können. Ein ehrenwertes Gedenken? Hat dieser Massenmörder nun wirklich nicht verdient!“

\*

„Diese ganze Beschwörung der *abendländischen Kultur* ging mir schon immer auf den Geist“, hat die Margarete gesagt. „Uns hier in Brasilien und im restlichen Lateinamerika kann dieses Abendland samt seiner selbsternannten Retter gestohlen bleiben. Wir bluten nämlich noch heute aus den Wunden, die uns über die Jahrhunder-

te hinweg im Namen der abendländischen Kultur zugefügt wurden!“

\*

„Das waren halt noch herrliche Zeiten“, sagte Margarete schmunzelnd, als sie bei der Lektüre über mittelalterliche Städte erfuhr, wie souverän die Bürger damals im frühen 14. Jahrhundert bereits ihre Rechte vertraten. „In Siena haben die doch glatt den Bischof zum Teufel gejagt, weil *ihm die Schönheit der Stadt und das Wohlergehen der Bürger kein Herzensanliegen* waren.“

\*

„Das Bild hat mich sehr, sehr nachdenlich gemacht“, verriet die Margarete. „Da kniet Papst Benedikt XVI. in vollem barockem Ornat vor einem Tabernakel, im Gespräch mit unserem Herrn Jesus, den sie auf eine kleine, unscheinbare Hostie reduziert und in den Tabernakel eingesperrt haben. Ist das derselbe Jesus, der so gerne unter die Leute gegangen ist?“

\*

„Es hätte mich ja genauso erwischen können wie diesen Konstanzer Krankenpfleger“, hat die Margarete gesagt. „Da wird der Unglücksrabe von der *Caritas*, seinem Arbeitgeber, wegen *Verletzung der Loyalitätsobliegenheiten* entlassen, weil er es gewagt hatte, im Internet ein paar bissige Kommentare über die von Benedikt XVI. immer wieder begangenen Verletzungen der Loyalitätsobliegenheiten gegenüber Jesus Christus zu schreiben?!“

\*

„Sie fragen immer, wo der Hass der Leute herkommt“, hat die Margarete gesagt. „In Irland können sie dir eine Antwort darauf geben. Denn die Iren haben nicht vergessen, wie die englische Königin Victoria mitten in der Hungersnot von 1845 Schiffe mit Hilfsgütern des osmanischen Sultans Abdülmecit abfangen ließ. 1 Million Iren starben in der Hungersnot. 2 Millionen wanderten aus. Ja, und fast hätte ich´s vergessen: unser lieber Freund Ratko Karanovic, bosnischer Serbe aus dem Hinterland von Serajewo, wundert sich noch immer, wieso Kosovo-Albaner von der EU großzügig beim Wiederaufbau ihrer im Krieg zerstörten Häuser unterstützt werden, er selbst aber – als einer dieser bösen (!) Serben – keiner Hilfe für würdig befunden wird!“

\*

Die „Zeugen Jehovas“ haben mal wieder ganz heftig Samstag 9 Uhr morgens an unserem Hoftor geläutet. Da ist die Margarete – nach 12 Stunden Nachtschicht - total unausgeschlafen aufgestanden und hat den zwei Missionaren gesagt: „Ihr wisst genau wie das beim Weltgericht abläuft. Wenn ich aber von euch wissen will, ob´s morgen regnet, wisst ihr´s nicht. Und wenn ich von euch erfahren möchte, wie der Konflikt zwischen den Russen und den Ukrainern ausgeht, zuckt ihr nur mit den Schultern. Leute, lasst mich bitte weiterschlafen, damit ich heute abend wieder mit neuen Kräften den Kranken den Arsch abputzen kann!“

\*

„Wenn ich an Haiti denke“, hat die Margarete gesagt, „krieg ich ne unbändige Wut. Weit über 300.000 Tote beim Erdbeben im Januar 2010, die Hauptstadt Port-au-Prince ein einziges Trümmerfeld, fast eine Million Obdachlose. Sie würden alles wieder aufbauen, haben die USA und die anderen reichen Länder damals versprochen, alles viel besser und schöner als vorher. Einen Scheißdreck haben sie getan! Warum auch haben 95% der Haitianer den unverzeihlichen Fehler begangen, als Schwarze auf die Welt zu kommen!!“

\*

„Jetzt haben sie doch tatsächlich dem Pater Carlos aus der Pfarrkirche im Bigorilho (wo seit Jahren viele gefiederte Sänger ein neues Zuhause fanden) den Papagei *Billy* gestohlen“, bedauerte die Margarete nach der gestrigen Tagesschau im Fernsehen. „*Billy* ist der einzige Papagei in der Welt, der das ganze *Vaterunser* auswendig kann. Das hat man davon, wenn man was für die Bildung und für ein gutes Verhältnis zum lieben Gott tut!“

\*

„Ich werde den Namen dieser amerikanischen Nonne nicht vergessen“ hat die Margarete gesagt. „Megan Rice heißt sie und ist mit ihren sage und schreibe 84 Jahren kürzlich zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie in der Nähe von Knoxville im US-Bundesstaat Tennessee aus Protest in ein Atomwaffen-Depot eingestiegen war und an die Wand eines Schuppens Anti-Kriegs-Parolen geschrieben hatte! Grandios! Ich würde mich glücklich schätzen,

wenn ich mit 84 auch noch so unternehmungslustig wäre!“

\*

„Bisweilen würde man ja diesen Sittenwächtern im Vatikan gerne empfehlen, zwischendurch auch mal ihren Verstand zu gebrauchen“, hat die Margarete gewettert. „Sie verordnen den Armen unserer Erde viele Kinder, weil´s angeblich der Wille Gottes ist – ohne sich vorher mal in die Situation einer Mutter hineinzusetzen, die mit ihrer Kinderschar aus dem Bürgerkrieg oder aus einem Dürregebiet flüchten muss – zu Fuß, meine Herren! Nicht Business-Klasse in der *Alitalia!*“

\*

„Wenn du einen brasilianischen Politiker fragst, auf welcher Seite er bei den nächsten Wahlen stehen wird“, hat die Margarete gesagt, „wird er dich nur maliziös angrinsen. Du kannst aber Gift drauf nehmen, dass dieser Dreckskerl immer dort *ewige Bündnistreue* schwört, wo die versiegelten Umschläge mit den dicken Geldscheinen drin verteilt werden.“

\*

„Das wird der Brigitte und dem Martin in Westerham bestimmt sehr peinlich sein“, hat die Margarete vermutet, „dass jetzt sogar CSU-Politiker Familienmitgliedern gut bezahlte Jobs beim Freistaat verschaffen. Aber vielleicht ist´s ja ein Trost für die beiden, dass in Bayern der Onkel, der Sohn und die Schwiegermutter vom Abgeordneten Huber dann auch tatsächlich arbeiten, während sie hier bei uns in Brasilien zwar ihr Gehalt beziehen, aber am Arbeitsplatz keinen Finger krumm machen.“

\*

„Wahlkampf ist Wahlkampf“ hat die Margarete gesagt, als sich die agnostische Präsidentschaftskandidatin Dilma Rousseff im Wallfahrtsort Aparecida unter die Marienpilger mischte. Schwachsinnig fand sie es dann aber doch, als Feministinnen der Arbeiterpartei (PT) Dilma zur „Jeanne d´Arc Brasiliens“ kürten: „Die scheinen echt nicht zu wissen, dass das französische Vorbild in den Wirren des sogenannten Hundertjährigen Krieges nicht nur mehre Male am Tag beichtete, sondern trotz gewonnener Schlachten zum Schluss als Ketzerin verbrannt wurde.“

\*\*\*

Willi Knecht

## Geteilte Welt – Getrennte Kirchen?

### 1. Partnergemeinden - eine Brücke über den Abgrund?

Wenn sich deutsche Gemeinden auf eine arme Gemeinde auf der anderen Seite des Globus einlassen, werden sie auf eine grundsätzliche Weise herausgefordert, ökonomisch und theologisch. Kirchengemeinden in den Elendsregionen dieser Welt - deutsche Gemeinden bevorzugen nämlich Kontakte mit den Ärmsten - möchten mit Partnergruppen in Deutschland ihren Glauben teilen und umgekehrt. Doch die Partner leben in getrennten Welten, besser gesagt: in entgegengesetzten Wirklichkeiten innerhalb der zur einem einzigen Marktplatz gewordenen „Einen Welt“. Die deutschen Christen, einzelne Gemeindeglieder wie die Kirche als Ganzes mit ihren Organisationen, sind mehr oder weniger gut funktionierende Bestandteile dieser Gesellschaft. Die beiden Konfessionen sind als Kirchen auf regionaler und nationaler Ebene mit Staat und Gesellschaft verflochten. Dies zeigt sich nicht nur in der Kirchensteuer, die bekanntlich umso höher ausfällt, je höhere Gewinne die Wirtschaft erzielt, sondern auch in der Zustimmung zu den herrschenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen. Gemeinde und Kirche sind nicht nur Stützen dieser Gesellschaft, sie sind diese Gesellschaft. Als Gemeinde und Teil dieser Gesellschaft sind sie Teil des dazugehörigen Wirtschaftssystems und sie haben ein existentielles Interesse an dem Erhalt und der Funktionstüchtigkeit dieses Systems, das auch ein globales System ist. Aus diesem Interesse heraus entsteht de facto eine entsprechende Option. Die Campesinos gehören hingegen nur insofern zu diesem System, als dass sie sich als vom System Ausgegrenzte erfahren. Mit anderen Worten: Sie sind die Opfer eines Systems, das die Mehrheit der Christen in

den reichen Ländern als alternativlos betrachtet, das man unterstützen oder mit dem man sich zumindest arrangieren muss. Während z.B. peruanische Partnergemeinden ihre Situation im Lichte des Glaubens als Folge der bestehenden sündhaften Strukturen und als unvereinbar mit dem Willen Gottes verstehen und begreifen, steht den deutschen Gemeinden dieser Erkenntnisprozess hinsichtlich ihrer eigenen Situation noch bevor.

In vielen Untersuchungen wird auf die wachsende Kluft zwischen reichen und armen Ländern hingewiesen. Papst Johannes Paul II. hat bereits 1984 auf seiner Reise nach Kanada darauf hingewiesen, dass die armen Ländern eines Tages über die reichen Länder zu Gericht sitzen werden, weil die reichen Länder den Menschen in den armen Ländern das rauben bzw. vorenthalten, was diese zu einem menschenwürdigen Leben brauchen. Ist auf diesem Hintergrund eine Partnerschaft zwischen einer reichen und armen Gemeinde möglich und kann eine solche Partnerschaft eine Brücke sein, die beide auseinanderbrechenden Welten zusammenzuhalten vermag? Trotz aller Schwierigkeiten wird hier die These vertreten, dass Partnerschaften nicht nur eine Brücke, sondern dass sie eine Voraussetzung sind, um überhaupt von katholischer Kirche reden zu können.

Kirchliche Gemeindepартnerschaften sind ein Beispiel für katholisches Denken und Handeln im ursprünglichen Sinne des Wortes. Die Katholische Kirche ist die älteste und größte Gemeinschaft mit einer einheitlichen, weltumspannenden Struktur. Diese ermöglicht echte Partnerschaften, die dazu beitragen können, weltweite Verantwortung zu übernehmen und sich immer mehr als die „Eine Kirche Jesu Christi“ zu verstehen. Die Existenz von Partnergruppen bedeutet, Weltkirche auch von unten zu bilden. Durch direkte Kontakte mit den Ausgegrenzten kann erfahren werden, was christlicher Glaube in der heutigen Zeit bedeuten kann.

Die Kirche, will sie katholische Kirche sein, muss daher der herrschenden Globalisierung die Vision und die Praxis einer globalen Gemeinde entgegensetzen, die von den Armen ausgeht und in der nicht nur die Armen untereinander, sondern auch Reiche und Arme die Chance haben, das Brot zu teilen, also „Gemeinschaft der Jün-

ger/innen Jesu“ zu werden. Partnergemeinden kommt dabei eine Pilotfunktion zu. So ist z.B. die vielerorts gelebte Praxis des Brotteilens (liturgisch und im Alltag, u.a. in Basisgemeinden) eine Chance für deutsche Gemeinden, den Sinn von Eucharistie als Tischgemeinschaft und Brotteilen neu zu entdecken. Das neu entwickelte Kirchenverständnis z.B. in Basisgemeinden infolge des letzten Konzils, ihre Interpretation der Bibel und die Deutung ihrer Situation im Lichte des Glaubens beanspruchen „universale Gültigkeit“ - freilich nicht im dogmatischen Sinne, sondern als Einladung zum Dialog. So konnte ich nach einem Besuch in der Partnergemeinde San Pedro im Gemeindebrief der Gemeinde St. Georg, Ulm, berichten: „Dann sprach Don Cunshe im Namen aller Campesinos: ‚Wir freuen uns besonders, nicht nur immer zu empfangen, sondern euch auch etwas schenken zu dürfen, nämlich die Erfahrung der Nähe Gottes. Es gibt uns viel Selbstvertrauen, euch helfen zu dürfen, Hoffnung zu geben und so euren Glauben zu vertiefen.‘ Auch die Partnerschaft mit uns wird zunehmend spirituell verstanden, als einheitsstiftend und kirchenbildend. Unsere Präsenz als Kirche hilft ihnen, sich ebenfalls als Kirche zu verstehen, was ihnen Kraft und Selbstbewusstsein gibt - und umgekehrt“.

## 2. Praxis der Partnerschaft - Schwierigkeiten und Chancen

a) Den beteiligten Partnergemeinden in Deutschland und in Peru wurde auf diesem Weg deutlich und mitunter sehr heftig vor Augen geführt, dass sich ihre Partnerschaften in einem starken Spannungsfeld bewegen: dem zwischen Institution und Person. Partnerschaft hat immer einen hohen personalen Anspruch. Eine Partnerschaft zwischen katholischen Kirchengemeinden lebt von konkret handelnden Personen, sie hat es aber notwendigerweise mit einer institutionellen Wirklichkeit zu tun, die den notwendigen Rahmen von Partnerschaften bildet. Motor der Gemeindepартnerschaften sind zudem meist einzelne Personen, die an Institutionen gebunden sind und sich auch von ihrem Selbstverständnis her als in die Kirche eingebundene Personen verstehen. Umgekehrt sind die Partnerschaften von der Institution her nicht nur geprägt, sondern ohne diese Institution hätte es diese

Partnerschaften nicht gegeben. Kirche als weltweite Institution und Gemeinschaft aller Gläubigen ist nicht nur der Rahmen, sondern sie ist die notwendige Voraussetzung von Gemeindepartnerschaft. In diesem Spannungsfeld zwischen Institution und Person (und auch Partnerschaftsgruppe) geschieht Partnerschaft. Wie geht man mit dieser Spannung um und wird sie überhaupt richtig wahrgenommen? Sind die Partnergemeinden auf solche Spannungen vorbereitet?

b) Hinzu kommt der Umstand, dass die in Peru und Deutschland handelnden Personen sich im Kontext eines jeweils anderen historischen, sozialen und auch kirchlichen Umfeldes bewegen.

Diese Frage wird verschärft, wenn man z.B. die Campesinos, wie dies in den Partnergruppen und von den Campesinos selbst verstanden wird, stellvertretend für alle Ausgegrenzten weltweit sieht. In der Tradition der Worte und Taten Jesu setzt sich Jesus nicht nur mit den Ausgegrenzten an einen Tisch, vielmehr will er gerade mit ihnen das Reich Gottes zeichenhaft errichten. In der Kirche als sakramentalem Zeichen des Reiches Gottes wird diese Gemeinschaft mit den Ausgegrenzten sichtbar und der Welt als Alternative verkündet. Sind aber die kirchlichen Strukturen - sei es, dass es jeweils verschiedene Traditionen von Kirche gibt, sei es die Kirche in ihrer real existierenden Verfasstheit als Ganzes - so geschaffen, dass sie diese Verkündigung auch tatsächlich leisten können? Konkret auf die so verschiedenen Partner bezogen: Können arme und reiche Gemeinden wirklich zu Partnern werden - vor allem dann, wenn man auch noch die historisch gewachsenen Ursachen der Armut bzw. des Reichtums im Kontext des System der gegenwärtigen Weltwirtschaft in Betracht zieht?

c) Neben dem Unterschied zwischen arm und reich und den jeweils damit verbundenen Interessen und Optionen gibt es noch eine andere Schwierigkeit: Wie kann der Arme, als der „Anderer zu dieser Gesellschaft“, der Ausgegrenzte, der Fremde, der eigentlich gar nicht wahrgenommen werden kann, wenn man nicht „Grenzen überschreitet“, überhaupt als solcher wahrgenommen werden? Zumal ein Wahrnehmen des Anderen als Subjekt stets auch impliziert, die Ursachen der Armut und der

Ausgrenzung zu bekämpfen und damit auch die materiellen und ideologischen Grundlagen der eigenen Gesellschaft radikal zu hinterfragen. Wären aber Partnerschaften unter solch verschiedenen Voraussetzungen nicht möglich, wäre auch die „Eine Katholische Kirche“ nicht möglich.

d) **Begegnung:** Die Besucher möchten das Leben der Ärmsten aus der Nähe kennen lernen, sie möchten deren Hütten sehen, wissen, was sie essen und wie und von was sie leben. Von diesen Armen eingeladen zu werden, ist für die Besucher das schönste Erlebnis bzw. wäre der größte Wunsch (ist aber nicht immer möglich). Man erinnert sich zuerst an die überschwängliche Gastfreundschaft, an die Freude und Begeisterung der Menschen und an die gemeinsamen Gottesdienste. Je elender die Lebensumstände und umso ärmer die Partner, desto nachhaltiger ist meist die Erinnerung. Theoretische Erkenntnisse oder moralische Appelle vermögen vielleicht Einsichten zu schaffen, geben aber allein nicht die Kraft und bewirken allein keine Veränderung. Verhaltensänderungen, von denen vereinzelt berichtet wird, beruhen auf dem direkten Erleben von Elend und Unterdrückung im Zusammenhang der Begegnung mit den Partnern. Verhaltensänderung wird hier im Sinne von Bekehrung und Umkehr verstanden.

Ist man bereit, diese Begegnungen und Verhaltensänderungen als religiöse Ereignisse ersten Ranges zu sehen, dann wird deutlich, dass es farbenfrohe, sinnliche und bewegende Momente sind, die den Menschen in seinem Innersten bewegen und Religion (Offenheit für das Andere) konstituieren. Eine Begegnung mit dem „Anderen“ kann die Voraussetzung dafür schaffen, dem „ganz Anderen“ begegnen zu können - und umgekehrt. Die Erschütterung, im notleidenden Nächsten das Antlitz des gekreuzigten Christus zu entdecken, ist der entscheidende Moment einer persönlichen Bekehrung und Umkehr - und umso wichtiger, wenn diese „grenzüberschreitenden“ Glaubenserfahrungen in den eigenen Gemeinden und dem eigenen Umfeld oft nicht gemacht werden (können).

e) **Einheit bzw. Trennung von Sozial- und Pastoralarbeit:** In den Partnergruppen und den Gemeinden gibt es einen Widerspruch: Im eigenen Selbstverständnis

und in der konkreten Projektarbeit ist der pastorale Aspekt weniger ausgeprägt, das Soziale steht eindeutig im Vordergrund. In Bezug auf die eigene Gemeinde und Gesellschaft steht dagegen eher das kultische Element im Vordergrund (Pastoral in seiner verengten Bedeutung) und die eigene Wirklichkeit (Gesellschaft, Wirtschaft, Politik) wird selten im Lichte des Glaubens analysiert. Folglich werden auch selten praktische und gesellschaftspolitisch relevante Konsequenzen daraus gezogen. Das Soziale wird so in der eigenen Glaubens- und Gemeindepraxis eher vernachlässigt.

**f) Standort in der eigenen Gesellschaft:**

Für die Engagierten in einer peruanischen Partnergemeinde ist es selbstverständlich, ihren Standort in der Gesellschaft zu bestimmen. Sie erfahren sich als Ausgeschlossene, als Opfer von Verhältnissen, die von Menschen so eingerichtet sind, dass einige Wenige davon profitieren und Viele darunter leiden. Diese Standortbestimmung wird nicht nur erfahren, sondern sie können in der Regel auch erklären, warum das so ist. Vor allem aber wissen sie, dass diese Fragen fundamental mit ihrem Glauben an den biblischen Gott des Lebens zusammenhängen, der inmitten ihres Elends Mensch geworden ist und der sich mit ihnen bis aufs Äußerste solidarisiert. Aufgrund dieses Glaubens beginnen sie, diese Gesellschaft zu verändern, weil sie z.B. glauben, dass es nicht Gottes Wille sein kann, dass seine Kinder nichts zu essen haben, keine Schule besuchen können und z.B. als „Indios“ weiterhin verachtet werden. Wegen ihres Glaubens sehen sie das globale Wirtschaftssystem nicht als gottgegeben an, sondern als von Menschen mit ganz bestimmten Interessen gezielt so geschaffen. Es gehört zu ihrem Glauben, diesem System zu widerstehen, und sie wissen auch um Alternativen aufgrund ihres Glaubens. Sie kennen in der Regel besser die grundsätzlichen Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils und weiterer kirchlicher Dokumente als vergleichbar Engagierte in deutschen Gemeinden. Sie wissen, was z.B. eine bestimmte Finanz- und Wirtschaftspolitik mit dem Glauben an Jesus den Christus zu tun hat und können ihren Glauben und das damit zusammenhängende Engagement glaubwürdig begründen. Denn sie sind von den Auswirkungen von Wirtschaft und Politik direkt betroffen.

### 3. Partnerschaft als Lernfeld für globale Verantwortung

#### Partnerschaft als Katechese des Glaubens

Aus verschiedenen Gründen, die hier nicht zur Debatte stehen, können Kirche, Familien, Gemeinden und Schulen nicht mehr in dem Maße das leisten, was zur Weitergabe des Glaubens an die folgenden Generationen notwendig wäre. Der über Jahrhunderte vorhandene gesellschaftlich-kirchliche Kontext als Stütze der Kirche und des Gemeindelebens hat sich weitgehend aufgelöst bzw. er hat sich dergestalt verändert, dass fast von einem Abbruch der Überlieferung gesprochen werden kann. Neben dem kontinuierlichen Zerbröseln des gewohnten Kontextes ist es auch zu einer Relativierung der zentralen Glaubensaussagen selbst bei noch praktizierenden Katholiken gekommen. Die christliche Substanz, nämlich der Glaube an Jesus den Christus (Messias) und den Beginn einer neuen Zeit als Fundament und primäre Orientierung für das alltägliche Leben, droht sich zu verflüchtigen. Immer weniger sind neue Lernfelder auszumachen, in denen elementare christliche Verhaltensweisen und ein entsprechendes Leben in Gemeinschaft eingeübt und gelebt werden kann.

In dieser Situation eröffnet sich christlichen Gemeinschaften die Chance, im Kontakt und Austausch mit den Ausgegrenzten und Flüchtlingen, ihren eigenen Glauben neu zu buchstabieren, verschüttete Erfahrungen auszugraben und wieder neu zu entdecken. Manche Kirchengemeinden in unserer Diözese und bundesweit stellen angesichts der Not der Flüchtlinge überrascht fest, wieviel Hilfsbereitschaft und Engagement es doch noch gibt, wie viele Menschen plötzlich in der Gemeinde sichtbar werden, die ansonsten nie zu sehen waren, die auch nach den Ursachen der Flucht fragen, nach Hintergründen, nach unserer Mitverantwortung usw. Dies eröffnet die Möglichkeit, hautnah mitzerleben und neu zu entdecken, was der Kern der Botschaft Jesu ist: „Ich bin gekommen, damit sie das Leben in Fülle haben“.

#### Partnerschaft als Sakrament von „Weltkirchesein“

In der Eucharistie feiert die Gemeinde den Aufbruch Gottes mit den Menschen als Befreiung, sie feiert die Gemeinschaft der Menschen untereinander und mit Gott und sie ist damit Zeichen dafür, dass die tödliche Spaltung der Menschheit überwunden werden kann. Sie ist Zeichen des Reiches Gottes. In einer Partnerschaft wird dieses Zeichen konkret erfahrbar und kann nachvollziehbar in eine entsprechende Praxis umgesetzt werden. Keine katholische Gemeinde kann von ihrem eigenen Selbstverständnis her Eucharistie feiern, ohne die Ausgegrenzten an ihren Tisch zu bitten. Mehr noch: Nicht sie bittet an den Tisch, sondern es ist Gott, der zuerst die Ausgegrenzten einlädt, während die Reichen dankbar sein dürfen, wenn sie (eventuell auf Fürsprache der Armen hin) ebenfalls einen Platz am Tisch des Lebens erhalten. Für eine reiche Gemeinde ist es eine Gnade, wenn sie von armen Menschen, die sich mit Christus auf den Weg gemacht haben, zu Tisch geladen werden. „Kirche vor Ort ist selber Kirche und die Universalkirche ist immer Kirche, die an einem Ort existiert. Die globale Welt fordert inhaltlich die Katholizität heraus. Die katholische Kirche steht im Zeitalter der Globalisierung vor dem Problem ihrer Katholizität. Sie hat auf dem Zweiten Vatikanum die institutionellen Voraussetzungen für sie geschaffen; denn es sagt von der Kirche, dass sie eine Gemeinschaft der Gottes- und der Nächstenliebe ist, ein messianisches Volk, das Volk Gottes in Christus, das sich auf dem Weg durch die Geschichte befindet und die Menschheit in eine Familie Gottes umgestalten will“ (E. Klinger, im Sammelband zur Studie, S. 228, 229).

So wie auf dem Weg von Jerusalem nach Emmaus den Jüngern ein Licht aufgeht, als der Unbekannte und Fremde mit ihnen das Brot bricht, so können deutsche Gemeinden durch Brotteilen mit den armgemachten Menschen zum gemeinsamen Weg des Volkes Gottes zurückfinden. Eine so verstandene Partnerschaft zwischen einer reichen und einer armen Gemeinde ist das sichtbare Zeichen dafür, dass die Spaltung innerhalb der Kirche in Reiche und arm Gemachte überwunden werden kann und Kirche nur dann die wahrhaft katholische (universelle) und evangelische (biblische) Kirche Jesu ist, wenn das gesamte Volk Gottes auch in der Tat gemeinsam auf dem

Weg ist, den uns Jesus weist. Partnerschaften repräsentieren konkret und in der Praxis die Einheit vom Volk Gottes her. Gelebte Partnerschaft, gemeinsam auf dem Weg sein, Brotteilen und miteinander an dem Mahl teilnehmen dürfen, zu dem Jesus eingeladen hat, ist somit konstitutiv für das Volk Gottes, sie ist das sichtbare Zeichen einer sonst nur abstrakt gedachten Gemeinschaft, in der Arme und Reiche an einem Tisch sitzen und gemeinsam das Brot des Lebens essen und so selbst zum Brot des Lebens werden. **Eine solche Gemeinschaft ist das Sakrament einer wahrhaften Welt-Kirche: Partnerschaft ist das Sakrament des Einen Volkes Gottes.**

## Partnerschaft - eine Option für die Armen

„Jede Partnerschaft zwischen Gemeinden arbeitet strikt an einer solchen Katholizität und damit gleichzeitig an einer Globalisierung, die im religiösen Bereich die Sehnsucht nach Gott offen hält und die im sozialen Bereich von den jeweils Armen und Bedrängten her das gesamte Handeln organisiert. Je mehr sich eine solche kirchliche Vernetzung mit der Leidensgeschichte der Menschen und in ihnen mit dem in der Geschichte lebenden Christus (vgl. Mt 25,31-46) ereignet, desto mehr wird die Kirche eine Intensivierung des eigenen Lebens und der eigenen Identität, aber auch eine Vertiefung des eigenen Leidens erreichen“. Fuchs, Ottmar: Auf dem Weg zu einer lokal und global geschwisterlichen Kirche. In: Lebendiges Zeugnis 55 (2000) 219-227. Eine solche Partnerschaft ist Ökumene in seiner ursprünglichen Bedeutung. Die eigentliche Spaltung zwischen Christen besteht darin, dass einige Christen auf Kosten anderer Christen leben, mehr noch: Das globale Wirtschaftssystem hat seine Wurzeln im christlichen Abendland und wird (auch) von Christen bis heute aufrecht erhalten. Der Bruch innerhalb der menschlichen Gemeinschaft und der Menschen mit Gott ist ein Skandal. Es ist die originäre Sünde, die Todsünde schlechthin, sie tötet auch konkret. Eine ökumenische Bewegung in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes ist in ihrem Kern das, was Kirche ausmacht: Die Gemeinschaft des Volkes Gottes, das den Ruf Gottes hört und aus der Skla-

verei Ägyptens und des Mammons aufbricht, die das Unrecht anklagt und Gerechtigkeit verkündet, die auf dem Weg das Brot miteinander teilt und die Gegenwart Gottes feiert.

Die Gläubigen und Kirchengemeinden in den Ländern des Nordens sind mehrheitlich Mitglieder der Mittelklasse. Sie kennen keinen (materiellen) Hunger und kein Elend und sie identifizieren sich in der Regel mit der Gesellschaft, in der sie leben. Eine Option für die Armen bedeutet daher für die Kirchengemeinden des Nordens (u.a.):

- Die Armen als Opfer einer globalen Ordnung erkennen, ihre Stimme hören und mit ihnen gehen. Eine Umkehr („Kehrt um, denn das Reich Gottes ist nahe“) ist die Bedingung, um in dem Armen das Antlitz des gekreuzigten Messias zu erkennen.
- Analyse und Infragestellen des eigenen Kontextes: Erkennen der persönlichen Verwicklung in das bestehende Wirtschafts- und Finanzsystem, eine der Ursachen des weltweiten Elends.
- Die Götter dieser Welt im Lichte des Glaubens als Götzen denunzieren, die den Tod bringen und stattdessen den Gott des Lebens verkünden, indem man Leben ermöglicht; zumindest aber Stimme derer sein, die keine Stimme haben (selbstverständlich auch hierzulande).
- Sich von den Armen evangelisieren lassen. Sie sind es, die uns die Bedeutung der Botschaft Jesu erschließen. Es ist keine Schande, sich von den Armen den Weg Gottes weisen zu lassen. Gott ist mit ihnen auf dem Weg, weil sie unterdrückt sind. Für die Reichen bedeutet mit den Armen sein, Gottes Nähe und Gegenwart zu erfahren.

„Wir haben als Christen die Pflicht, der Welt eine Alternative zu präsentieren: die Alternative einer anderen ‚Kommunion‘ - in dem wir das tägliche Brot mit den Opfern teilen, denn sie sind die Ersten, die von Gott zu seinem Festmahl eingeladen sind, in dem ihr Hunger nach Brot und nach Gerechtigkeit gestillt wird. Man teilt das tägliche Brot dann, wenn man für eine Welt kämpft, in der jede Schwester das Notwendige hat, damit sie in Würde und in

Gemeinschaft mit dem Nächsten leben kann... Wir jedoch, wir sind die Kirche Jesu Christi, weil wir das Brot und das Wort Gottes untereinander teilen; wir versammeln uns und feiern die Gegenwart des Herrn, seiner Leiden, seines Todes und seiner Auferstehung in unserer Mitte“. (Jesus Flores de la Loma, ein Campesino aus Peru, im Sammelband zur Studie, S. 35-40).

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Reformation in Polen – ein verdrängtes geschichtliches Erbe?

Die von der Bürgerplattform (PO) angeführte polnische Vorgängerregierung hatte für das Lutherjahr 2017 mit einer Gesetzesinitiative ein besonderes Gedenken an die Reformation geplant. Doch nachdem die Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Herbst 2016 mit absoluter Mehrheit die Regierung übernommen hatte, wurde dieses Projekt durch die von ihr dominierte Kulturkommission des Sejm verworfen. Lediglich auf Beschluss der Wojewodschaft Schlesien, in der es eine ganze Reihe evangelischer Gemeinden gibt, dürfte das 500-Jahr-Gedenken an die Reformation gepflegt werden.

Statt der Reformation gilt den Fatima-Erscheinungen vor genau 100 Jahren staatlicherseits ein besonderes Gedenken. Dazu haben 55 Abgeordnete von PiS eine Gesetzesvorlage mit der Begründung in den Sejm eingebracht, es handele sich bei Fatima um ein Ereignis von höchster Bedeutung für die Kirche wie für die gesamte Welt; insbesondere für Polen, das sich nach Überwindung des Kommunismus „nunmehr durch einen Atheismus anderer Art bedroht sieht, der darauf abzielt, die Wurzeln menschlicher und christlicher Moralität zu zerstören.“

## Zur Problematik eines Reformationsgedenkens in Polen

Angesichts des geringen Anteils evangelischer Christen an Polens Gesamtbevölkerung sah die Kulturkommission offenbar keinen Grund für die Verwirklichung des Projekts. In der Tat bilden die in Polen lebenden 75 000 Lutheraner und 3000 Reformierte unter den Millionen Katholiken eine verschwindende Minderheit. Selbst das einzige Lutherdenkmal des Landes ist nicht „polnisch“. Es wurde 1900 vom Wiener Bildhauer Franz Vogel geschaffen und befindet sich in der ganz im Südosten gelegenen Doppelstadt Bielsko-Bialy; genauer gesagt in Bielsko, das über 700 Jahre Bielitz hieß, bis der Ort 1920 in den wieder erstandenen polnischen Staat integriert wurde und seinen jetzigen Namen erhielt. Die Geschichte von Bielitz reicht bis in das 13. Jahrhundert zurück, als der Teschener Piastenfürst deutsche Handwerker ins Land rief, die sich in Bielitz niederließen und der Stadt ein deutsches Gepräge gaben. Fast zeitgleich zur Reformation, die unter den deutschen Bürgern der Stadt bereitwillige Aufnahme fand, geriet Bielitz unter die Herrschaft der Habsburger. Trotz deren Unterdrückung, Verfolgung und Katholisierungsbemühungen hielten die Bürger der Stadt an ihrem evangelischen Glauben fest, so dass das Lutherdenkmal als Zeugnis ihrer Widerstandskraft zu verstehen ist und somit zur Reformation in Polen in keinem unmittelbaren Zusammenhang steht.

## Plädoyer für die Wahrung des reformatorischen Erbes

Die geringe Präsenz evangelischer Christen im heutigen Polen sollte indes kein Grund sein, das eigene reformatorische Erbe zu vergessen oder zugunsten eines national-katholischen Geschichtsverständnisses bewusst zu verdrängen. Allein schon die lange Liste bedeutender und erinnerungswürdiger polnischer Persönlichkeiten evangelischen Glaubens verpflichtet zur Wahrung des reformatorischen Erbes – etwa, um nur einige wenige Namen zu nennen, Mikolaj Rej (1505-1569), der Dichter der Renaissance und einer der ersten Begründer polnischer Literatur überhaupt, der von der Gestapo ermordete Bischof Juliusz Bursche (1862-1942) sowie der 1940 geborene Jerzy Buzek, der von 1997 – 2001 das Amt

des Ministerpräsidenten im nachkommunistischen Polen bekleidete.

## Jan Łaski – der polnische Reformator<sup>1</sup>

Eine eigene Betrachtung verdient der Aristokrat Jan Łaski (1499-1560), der – wenn gleich weniger in seiner polnischen Heimat, dafür aber für seine Tätigkeit im westlichen Ausland – den Titel eines Reformators für sich in Anspruch nehmen kann. Von einer bescheidenen Gedenktafel in der reformierten Warschauer Kirche abgesehen, gibt es in Polen kein ihm gewidmetes öffentliches Zeichen der Erinnerung. Dafür ist aber sein Name in lateinischer Form als Johannes a Lasco auf dem monumentalen Genfer Reformationsdenkmal vermerkt.

Als priesterlicher Neffe des gleichnamigen Gnesener Erzbischofs und polnischen Primas Jan Łaski (1456 - 1531) war für ihn eigentlich eine kirchliche Karriere vorgezeichnet. Doch statt ihrer stand ihm ein unstetes Wanderleben in der Fremde bevor. Zunächst verbrachte Łaski zur Vervollständigung seiner Bildung einige Jahre an verschiedenen westeuropäischen Universitäten, wo er mit dem Humanisten Erasmus von Rotterdam in Kontakt trat, einige Vertreter der reformatorischen Bewegung, unter ihnen Huldrych Zwingli (1484-1531), aufsuchte und erstmals mit den unterschiedlichen Positionen der neuen Lehre in Berührung kam. Wieder in Polen und von seinem Onkel protegiert, erfüllte er im Auftrag des Königs eine diplomatische Mission in Ungarn. Von der kehrte er aber nicht in die Königsstadt Krakau zurück, sondern begab sich nach Leipzig, später nach Leuven, wo er mit Philipp Melanchthon (1497 - 1560) zusammentraf. Er wohnte in einer evangelischen Gemeinschaft, heiratete eine Bürgerliche und verlor dadurch in Polen seine kirchlichen Pfründe.

Auf diese Weise mittellos geworden, fand er in Friesland auf Einladung der dortigen Regentin Aufnahme. Er ließ sich in Emden nieder und reformierte vor Ort die kirchli-

<sup>1</sup> Bei den Ausführungen zu Jan Łaski berufe ich mich auf Tomasz Tagański, *Wszystkie Łaski Jana*, *Tygodnik Powszechny* vom 22. Januar 2017, S. 49-51. Der Titel dieses Beitrags ist aufgrund der Doppelbedeutung von Łaski als *Personenbezeichnung* und als Plural von *Gnade* kaum zu übersetzen. Er suggeriert zudem das mit dem Namen Łaski verbundene lutherische *sola gratia*.

chen Verhältnisse. Dabei orientierte er sich, vom Calvinismus beeinflusst, an der urkirchlichen Gemeindeordnung. Er ließ aus den Kirchen Bilder und Figuren beseitigen und verordnete den Gemeinden eine kollegiale, aus Presbytern und Ältesten (Laien) bestehende Leitung.

Um mit Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges (1546 - 1547) möglicher Verfolgung zu entgehen, verließ er Emden und fand in London eine neue Aufgabe. Als Superintendent nahm er sich der vom Festland geflohenen Protestanten an. Doch als nach dem plötzlichen Tod des jungen Königs Edwards VI. (1537 - 1553) seine Schwester Maria die Katholische (1516 - 1558) gekrönt wurde und eine blutige Verfolgung der Protestanten einsetzte, verließ Łaski mit seiner protestantischen Fluchtlingsgemeinde die Insel. In den norddeutschen Hafenstädten abgewiesen, kehrte er schließlich wieder nach Emden zurück.

Inzwischen hatte die Reformation auch in Polen Fuß gefasst. Zur Bewältigung der mit ihr verbundenen Probleme suchte man Hilfe bei den westlichen Reformatoren. So erreichten auch Łaski zahlreiche Briefe mit der Bitte, nach Polen zurückzukehren.

1556, vier Jahre vor seinem Tod, entsprach er diesem Wunsch. In zwei Audienzen bei Zymunt II. August (1520 - 1557) bemühte er sich um dessen Unterstützung für die Reformation. Doch der König widersetzte sich diesem Ansinnen, worin man einen der Gründe sehen kann, warum die Reformation in Polen eine Episode blieb.

Bereits im westlichen Ausland hatte sich Łaski vergeblich darum bemüht, die unter sich zerstrittenen Lutheraner und Reformierten in einer Union zu vereinigen. Nun versuchte er Gleiches in Polen, doch auch hier ohne Erfolg. Die von ihm in Angriff genommene Bibelübersetzung konnte er nicht zu Ende führen. Sie erschien 1563 posthum und gilt – ähnlich wie die Lutherbibel für den deutschen Sprachraum – als Meilenstein in der Entwicklung der neuzeitlichen polnischen Sprache.

## Reformation in Polen – eine geschichtliche Episode<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Soweit es die Fakten betrifft, stütze ich mich auf den Beitrag von Andrzej Szulczyński, *Reformacja a dzieje kościoła w Polsce* (Reformation und Geschichte der Kirche in Polen), *Więź* 3/1979.

Auch wenn Johannes Łaski den Titel eines Reformators verdient, so ist er doch kein polnischer Luther. Und dies nicht deswegen, weil er der Lehre Calvins und nicht der des Wittenbergers zuneigte, sondern weil er zur neuen Lehre nicht in seiner Heimat fand, sondern im Ausland. So gehen denn auch die Anfänge der Reformation in Polen auf ihren „Import“ zurück. Als Frucht eines intensiven geistigen Austausches innerhalb der mittelalterlichen *christianitas* brachten Studenten, Kaufleute und reisefreudige Adelige die reformatorischen Gedanken nach Polen. Luthers Schriften verbreiteten sich im Land, und dies in einem Umfang, dass sich Sigismund I. der Ältere (1467 - 1548) veranlasst sah, ihre Einfuhr zu verbieten – ein, wie die Erfahrung zu allen Zeiten zeigt, wenig wirkungsvolles Verbot. Vor allem in von Deutschen bewohnten Städten bildeten sich evangelische, zumeist lutherische Gemeinden, die allerdings während des gesamten Reformationszeitalters gegenüber der katholischen Kirche weit in der Minderheit waren.

Dass Polen heute als *das* katholische Land Europas gilt, hat seinen Grund darin, dass in diesem Land die Reformation letztlich eine Episode blieb. Es lassen sich drei Gründe anführen, warum sie sich in Polen nicht auf Dauer durchsetzen konnte. Erstens war die vom humanistisch hoch gebildeten Kardinal Stanisław Hosius (1504 - 1579) vorangetriebene katholische Reform äußerst wirksam. Seine Bekenntnisschrift *Confessio fidei catholicae christiana* erlebte noch zu Lebzeiten ihres Autors 60 Auflagen und wurde in fast alle europäischen Sprachen übersetzt. Kardinal Hosius war es auch, der die Jesuiten nach Polen holte, die mit ihren Schulen, Schriften und Predigten zur treibenden Kraft katholischer Reform wurden. Zudem erreichte Hosius 1564 bei König Sigismund II. August (1520 - 1572) die Anerkennung des Trienter Konzils (1545 - 1563), wodurch sich die Protestanten in die Defensive gedrängt sahen.

Zweitens drang die neue Lehre nicht zur breiten Schicht unfreier, von den Magnaten und dem Landadel abhängiger Bauern durch. Beide Seiten trennte eine tiefe Kluft zwischen Herr (Pan) und Knecht (Cham). So hielten die Bauern an dem durch ihre Dorfkultur geprägten katholischen Glauben fest, der im überlieferten Brauchtum nach dem Rhythmus der Zeiten und Feste des

Kirchenjahres seinen Ausdruck fand. Die zeitweise Hinwendung ihrer Herren zur neuen Lehre betraf sie ebenso wenig wie deren spätere Rückkehr zum alten Glauben. Hier zeigt sich eine – übrigens ein bis in die Gegenwart hinein wirkendes Phänomen polnischer Besonderheit<sup>5</sup> – klassenmäßige Spaltung der Gesellschaft einschließlich ihrer religiösen Implikationen. Herr und Knecht lebten unbeschadet ihres jeweiligen Glaubens in verschiedenen Welten.

## Die Schlachta – Reformation und politische Zielsetzung

Der dritte Grund, warum die Reformation in Polen eine Episode blieb, bedarf einer ausführlicheren Darstellung. Er besteht, auf eine kurze Formel gebracht, darin, dass der polnische Landadel, die so genannte Schlachta, als zeitweiser Hauptträger der Reformation wieder zum katholischen Glauben zurückkehrte, nachdem seine politischen Ziele erreicht waren.

Während des Reformationszeitalters vollzog sich in Polen ein Wandel der Staatsform. Mit dem Tod von Sigismund I. dem Älteren (1548) erlosch die Jagiellondynastie, und es begann die Epoche der Adelsrepublik. Dabei handelt es sich nicht um eine bloße Parallelentwicklung zur Reformation, sondern um einen engen Zusammenhang beider Phänomene.

Der polnische Klein- und Landadel, der im damaligen Polen bis zu 15% der Bevölkerung ausmachte, hatte mehrheitlich die Ideen Calvins übernommen. Dabei ging es ihm weniger um die religiösen Inhalte, nicht sonderlich um Prädestination und moralischen Rigorismus, sondern vor allem um dessen Staatslehre *Institutio de politica administratione*, die weitgehend auf seiner republikanischen Erfahrung mit der Genfer kollegialen Stadtregierung basiert. Darin

<sup>5</sup> Dies zeigen neuere soziologische Untersuchungen. Bis in breite Schichten der Gesellschaft hinein zeige sich ein Verhältnis von Über- und Unterordnung (Schule, Betriebe, Ämter, Kirche). Und die Oberschicht orientiere sich am Vorbild der Schlachta. Selbst ökonomisch finde dies seinen Niederschlag in dem Faktum, dass in Polen nicht nur relativ wenige Patente angemeldet werden, sondern diese zu 90% aus dem Wissenschaftsbereich stammen und nicht aus kaum entwickelten Forschungsbereichen der Betriebe, die vor allem nach dem Muster der Schlachta auf Gewinnmaximierung auf Kosten von Innovationen und niedrigen Löhnen orientiert seien.

setzte sich Calvin u. a. mit dem *princeps legibus solus* auseinander, also mit der Auffassung, der Herrscher sei nicht an das Gesetz gebunden. Die Erfahrung seiner Zeit, zumal die Vorgänge am französischen Königshof, hatten ihn gelehrt, dass die Menschen aufgrund der gesetzlichen Ungebundenheit der Herrscher nur zu oft unter Willkür und Unrecht zu leiden hatten. Um der Gesetzlosigkeit und Anarchie als Folge der Tyrannei entgegen zu wirken, plädierte Calvin für eine Einschränkung königlicher Macht, der gegenüber er ohnehin skeptisch eingestellt war. Ausdrücklich verweist er darauf, dass Jahwe nur sehr zögerlich der Einführung des Königtums in Israel zugestimmt habe (1 Sam 8, 1-22). Entsprechend spricht sich Calvin für ein Widerstandsrecht aus, das er gegenüber dem Monarchen den Ständen bzw. dem Parlament zubilligt. Als staatsrechtliches Ideal schwebt ihm aufgrund seiner Genfer Erfahrung mit einer republikanisch geprägten Stadtregierung eine Mischform von Aristokratie und Demokratie vor.

Calvins staatsrechtliche Ideen kamen der Schlachta sehr entgegen und dürften für die Annahme des reformierten Glaubens den Ausschlag gegeben haben. Sie bestimmten seit den 20er und 30er Jahren des 16. Jahrhunderts ihr politisches Programm, das darauf abzielte, die Vormachtstellung von König, Magnaten und Kirche zu beseitigen und sich selbst als die entscheidende politische Kraft zu etablieren. Und sie war mit diesem Streben äußerst erfolgreich. 1562/63 erreichte die Schlachta eine teilweise Beseitigung der Krongüter und eine Reorganisation des Fiskus entsprechend ihren Vorstellungen. Zudem wurde die staatliche Vollstreckung des Kirchenbanns aufgehoben, was der Schlachta die Rückkehr zum alten Glauben erleichterte, weil sie keine Anklage wegen Apostasie zu befürchten hatte. Schließlich erhielt die Schlachta 1573 das Recht, den König in direkter Wahl zu benennen. Und die Verfassung, auf die der von ihr erstmals gewählte König Stephan Báthory (1490 -1530) den Eid ablegte, enthielt die Bestimmung, dass die Schlachta berechtigt war, dem König unter bestimmten Umständen den Gehorsam zu verweigern. Schließlich erhielt sie mit der Einrichtung oberster Gerichte, in denen sie nach Sitz und Stimme eine abso-

lute Mehrheit besaß, gegenüber König und Klerus einen weiteren Machtzuwachs.

In wenigen Jahren hatte somit die Schlachta ihre Ziele erreicht. Der Calvinismus hatte bei diesem Prozess eine wesentliche Rolle gespielt, war aber nun nicht mehr erforderlich. Und weil nach Aufhebung des Kirchenbanns keine Repressalien zu erwarten waren, stand einer Rückkehr zum alten Glauben nichts mehr im Wege. So kam es bei der Schlachta in den 70er und 80er Jahren des 16. Jahrhunderts zu einer massenweisen Abkehr vom Protestantismus und zu einer erneuten Hinwendung zur katholischen Kirche.

## Toleranz als Frucht der Reformation

Eine weitere Besonderheit der Reformation in Polen bildet das Faktum, dass es im Unterschied zum westlichen Europa zu keinem Religionskrieg zwischen dem katholischen und dem protestantischen Lager kam. Das Reformationszeitalter war in unserem Nachbarland vielmehr von religiöser Toleranz geprägt. Dabei konnte man auf eine lange Tradition zurückgreifen. Bereits auf dem Konzil in Konstanz (1414 - 1418) hatten die polnischen Vertreter die von manchen Konzilsvätern als Häresie gewertete Ansicht vertreten, die Heiden würden das Recht auf eigene Staaten besitzen, und den Christen stünde es nicht frei, sie mit dem Schwert zu bekehren. Zudem war der polnische Staat seit den Tagen Kasimirs des Großen (1333 - 1370) durch einen religiösen Pluralismus gekennzeichnet: Katholiken und Orthodoxe pflegten eine friedliche Nachbarschaft, und die Juden, die in anderen Teilen Europas verfolgt und vertrieben wurden, konnten sich aufgrund königlicher Privilegien einer weitgehenden Autonomie erfreuen. Auch die Hussiten fanden in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts in Polen eine neue Heimat. In all den Jahren blieb freilich der katholische Glaube das vorherrschende Bekenntnis, der im Übrigen für eine gesellschaftliche Karriere Vorteile bot, was für russische Adlige oftmals ein Grund war, die Konfession zu wechseln.

Die durch die Tradition vorgegebene religiöse Toleranz erleichterte denn auch das Zustandekommen der Konföderation von Warschau (1573), die in ihrer Akte die Gleichberechtigung aller christlichen Bekenntnis-

se festlegte und den Grundsatz weitgehender Bekenntnisfreiheit festschrieb, wie sie in Westeuropa erst Jahrhunderte später durch die Aufklärung Wirklichkeit wurde. Auch wenn diese religiöse Toleranz mehr in einem dogmatischen Indifferentismus und politischen Opportunismus und weniger in der Botschaft des Evangeliums begründet war, so verhinderte sie doch einen religiösen Rigorismus und Fanatismus, die den Bruder in Christus verteufeln und die Gesellschaft in ihren Grundlagen zerstören können. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang der von König Stephan Báthory überlieferte Ausspruch, er sei „nicht König über die Gewissen, sondern über die Völker“. Mit der religiösen Toleranz und der Bekenntnisfreiheit als Gegensatz zu einer gefährlich religiösen Polarisierung hat Polen einen Weg beschritten, der das Land vor jener schrecklichen Verwüstung bewahrte, die anderen europäischen Ländern nicht erspart blieb.

## Der Erinnerung wert

Die Rückbesinnung auf das geschichtliche Erbe der Reformation legt, anders als dies offenbar die PiS-Regierung sieht, auch in Polen im Lutherjahr ein spezielles Gedenken nahe. Denn jene 500 Jahre zurückreichende Reformationszeit hatte für den polnischen Katholizismus wie für die polnische Nation insgesamt weitreichende Folgen. Sie kam einer Weichenstellung gleich, aufgrund derer Polens geschichtlicher Weg anders verlief als dies in den westlichen Ländern der Fall war, in denen die Reformation und die auf sie folgenden Religionskriege zu revolutionären Veränderungen führten. So basierte in gewisser Weise die westeuropäische Aufklärung mit ihrer Religionskritik und ihren Visionen einer nicht mehr religiös begründeten Gesellschaftsordnung auf eben jene Erfahrungen. In Polen fehlte dieser Zusammenhang und damit auch die religionskritische Komponente der Aufklärung, die sich dort als eine im Einklang mit dem christlichen Glauben befindliche moralische Aufrüstung der Nation unmittelbar vor ihren Teilungen erwies. Zudem sah sich, anders als in deutschen Landen, der Katholizismus kaum genötigt, die eigene Glaubensauffassung gegenüber der neuen Lehre permanent zu begründen und zu verteidigen. So war die Reformation in Polen keine eigentliche theologische He-

rausforderung und ist es auch heute nicht. Es fehlt die gegenseitige Befruchtung, wie dies für die „deutsche Theologie“ auf evangelischer wie auf katholischer Seite bis in die Gegenwart hinein gilt. Von einer „polnischen Theologie“ wird man daher im vergleichbaren Sinn nicht sprechen können. Und wenn doch, dann denkt man dabei nicht an die Anstrengung der Vernunft zur geistigen Durchdringung der Glaubenswahrheiten, nicht an das Bemühen, im Zeitalter der Ökumene die Glaubensunterschiede in einer neuen Synthese aufzuheben, man denkt vielmehr an das nationale Spezifikum, das der „polnischen Theologie“ als einer der nationalen Identität in besonderer Weise dienenden Theologie eigen ist. Ein besonderes Augenmerk verdient schließlich die mit dem geschichtlichen Erbe eines religiösen Pluralismus eng verbundene Toleranz, für die sich in der kommunistischen Zeit der polnische Episkopat angesichts der Bedrohung der Religions- und Gewissensfreiheit in seinen Hirtenbriefen immer wieder eingesetzt hat. Ein solches Engagement wäre auch in der derzeitigen kirchlichen wie politischen Situation wünschenswert. Denn es zeigt sich innerhalb der katholischen Glaubensgemeinschaft eine tiefe Spaltung zwischen einem weltoffenen und einem in sich national verschlossenen Katholizismus. Als feindliche Fronten, zwischen denen es keinen Dialog gibt, stehen sich beide Seiten gegenüber. Noch schärfer stellt sich diese Spaltung innerhalb der Gesellschaft zwischen liberalen und national-konservativen Kräften dar. Hier wird, zumal nach der Regierungsübernahme durch die Kaczyński-Partei, mit harten Bandagen gekämpft. Dies besonders im Internet, wo die Emotionen besonders hoch kochen und sich Aggressionen, Beleidigungen und Hass problemlos verbreiten lassen. Es scheint, dass die einst als besonderer Stolz Polens gerühmte Toleranz in Vergessenheit geraten ist. Dabei wäre sie das Heilmittel, das Polens Kirche und Gesellschaft gegenwärtig so dringend benötigt.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Die deutsch-polnischen Beziehungen in Zeiten der Krise

Der Warschaubesuch von Angela Merkel am 07. Februar 2017 fand in der deutschen und polnischen Öffentlichkeit ein höchst unterschiedliches Echo. Während die deutschen Medien über ihr Treffen mit Staatspräsident Andrzej Duda, Ministerpräsidentin Beata Szydło und Parteichef Jarosław Kaczyński, dem eigentlichen polnischen Machthaber, relativ kurz und nüchtern berichteten, Merkels Mahnung zur Einhaltung staatsrechtlicher Prinzipien hervorhoben und ihren Hinweis auf eine mögliche Europäische Union unterschiedlicher Geschwindigkeiten nicht weiter kommentierten, sah man in Polen in diesen Begegnungen und Gesprächen ein Ereignis von geradezu historischer Bedeutung. Man wertete ihren Besuch als einen Akt der Huldigung, indem in diesem Zusammenhang an Albrecht von Brandenburg erinnert wurde, der am 10. April 1525 vor König Zygmund I. auf dem Krakauer Ring den säkularisierten Ordensstaat als Lehen dem König unterstellte – ein Ereignis, das durch das großformatige Historiengemälde von Jan Matejko tief im polnischen Nationalbewusstsein verankert ist. Man mag in einer solchen enthusiastischen, den diplomatischen Anlass verkennenden Überhöhung eine Kompensation des polnischen Minderwertigkeitskomplexes gegen ein mächtiges Deutschland sehen und solcher Berichterstattung kein sonderliches politisches Gewicht beimessen. Aber sie ist dennoch ein Indiz für die Problematik deutsch-polnischer Beziehungen nach dem im Herbst 2016 vollzogenen polnischen Machtwechsel sowie angesichts der Frage, wie diese sich im Rahmen der sich mehrenden Krisen in der EU gestalten und entwickeln können.

Die Grundlinien gegenwärtiger polnischer Deutschlandpolitik

Zwei Tage nach Merkels Polenbesuch legte Außenminister Witold Waszczykowski im polnischen Sejm die Grundzüge polnischer Außenpolitik dar. Während im Herbst 2016 die von der Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) geführte Regierung den deutsch-polnischen Beziehungen ursprünglich eine untergeordnete Rolle beim Maß und Großbritannien als Polens Hauptpartner ansah, hat sich nach dem Brexit das Blatt gewendet. Nun haben sie auch für die PiS-Regierung wieder Priorität. Allerdings fragt sich, in welcher Form. Wörtlich erklärte Waszczykowski: „Es liegt uns daran, die engen Beziehungen zu Deutschland, unserem vorrangigen wirtschaftlichen Kooperator und wichtigen Bündnispartner im Rahmen der NATO, aufrecht zu erhalten und den Dialog zu erweitern. Gleichzeitig erwarten wir von der anderen Seite größere Offenheit und mehr Verständnis für die polnische Staatsräson und unser Recht auf Verwirklichung unserer Interessen. Polen und Deutsche können in Unterstützung erwartet. Dieser Punkt soll im Folgenden näher erläutert werden.“

## Sicherheit nach innen wie nach außen

Die polnische Politik, so Waszczykowski, steht unter dem Primat der Sicherheit. Und dies nach innen wie nach außen. So sieht Polen in der Aufnahme von Flüchtlingen aus muslimischen Krisengebieten des Nahen Ostens eine innenpolitische Bedrohung. Der polnische Außenminister macht sich in diesem Zusammenhang den slowakischen Vorschlag einer „effektiven Solidarität“ zu eigen. Gemeint ist eine auf die Beteiligung am Schutz der EU-Außengrenze sowie auf humanitäre Hilfe für Flüchtlingslager in Jordanien und im Libanon beschränkte Solidarität. Zudem verweist er darauf, dass man eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen habe, wobei diese „gewaltige Zahl zeige, dass unsere Politik effektiv ist, auch wenn wir das Ziel mit anderen Mitteln erreichen.“ Und er fügt hinzu: „Völlig unbegründet sind in diesem Licht Versuche, die Zustimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen zu erzwingen und mit einer Beschränkung der EU-Fördermittel zu drohen.“ Was Waszczykowski allerdings verschweigt, ist der Hinweis darauf, dass die Aufnahme ukrainischer Flüchtlin-

guter Zusammenarbeit und wechselseitigem Respekt viel Gutes für eine Abfederung der Folgen der ökonomischen und politischen Krise leisten.“ In diesem Zusammenhang sprach der polnische Außenminister drei Fragen an: 1. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die bislang von dem politischen Wandel in Polen weitgehend unberührt blieben und somit kein Problem darstellen, solange es für deutsche Investitionen Rechtsicherheit gibt. 2. Die polnische Innenpolitik, der gegenüber sich Polen jede Einmischung verbittet. Hierzu ist anzumerken, dass sich in der Tat die deutsche Politik, ähnlich wie 2005 - 2007, als PiS schon einmal, allerdings ohne absolute Mehrheit, die Geschicke Polens bestimmte, mit Kritik gegenüber Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien zurückhält und diese weitgehend der europäischen Kommission überlässt. 3. Die Europa- und Sicherheitspolitik, bei der die beiderseitigen Ansichten auseinander gehen und bei der sich trotz dieses Dissenses Polen von Deutschland

ge für Polen kein besonderes soziales, kulturelles und ökonomisches Integrationsproblem darstellt und diese Aufnahmebereitschaft angesichts des Krieges in der Ostukraine zugleich als Teil äußerer Sicherheitspolitik zu werten ist. Kritisch anzumerken ist zudem, dass Polens in Absprache mit den anderen mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten getroffene Entscheidung, sich der von Angela Merkel vorgeschlagenen europäischen Verteilung der Flüchtlinge zu verweigern, ihre europapolitische wie innenpolitische Position geschwächt hat.

Polens Sicherheitspolitik ist durch eine historisch begründete und im polnischen Nationalbewusstsein tief verwurzelte Empfindung russischer Bedrohung bestimmt, die aufgrund der Annexion der Krim, der militärischen Intervention in der Ostukraine und der verstärkten Militarisierung von Kaliningrad, dem früheren deutschen Königsberg, durchaus ihre Berechtigung hat. Polen fühlt sich angesichts dieser Lage als Frontstaat und fordert von der Bundesrepublik Solidarität und Schutz im Rahmen der NATO. Hier gibt es zwischen Polen und Deutschland in Einschätzung der Situation eine grundsätzliche Übereinstimmung. Beide Seiten sehen in der gegenwärtigen russischen Politik den Versuch, die EU zu destabilisieren, dem – neben der Verhängung

von Sanktionen wegen Nichterfüllung der Minsker Vereinbarungen – mit einer verstärkten östlichen Präsenz der NATO zu begegnen sei. Keine deutsche Unterstützung dürfte allerdings der polnische Vorschlag finden, Europa in den Stand zu versetzen, über eigene Atomwaffen zu verfügen.

## Tiefgehender Dissens in der Europapolitik

Während Außenminister Waszczykowski die deutsch-polnischen Beziehungen relativ kurz behandelte, brachte er Polens Europapolitik sehr ausführlich zur Sprache. Sie bildet den Bereich, in dem deutsche und polnische Auffassungen im Grundsätzlichen wie im Detail weit auseinander gehen. Polens Europapolitik ist auf nichts Geringeres ausgerichtet als auf eine „Erneuerung der EU“ im Sinne einer „die Nationalstaaten umfassenden Organisation“, wozu eine „Debatte um Vertragsänderung unumgänglich“ sei. Mit dieser Äußerung brachte eine PiS-Abgeordnete im Sejm die polnische Europapolitik auf den Punkt. Im Klartext bedeutet dies eine weitgehende Rücknahme des bisherigen Integrationsprozesses hin zu einem Europa der Vaterländer, wie dies de Gaulle vorschwebte, eine Integration dort, wo dies wie in der Sicherheitspolitik den Interessen Polens entspricht, dagegen eine Unabhängigkeit von Brüsseler Entscheidungen bezüglich der gegenwärtig stark kritisierten polnischen Innenpolitik, sowie dort, wo etwa in der auf der heimischen Kohle basierenden polnischen Energiepolitik europäische Standards abgelehnt werden.

Dabei verbindet sich mit dieser negativen Einstellung zur gegenwärtigen Verfassung der EU der Anspruch, innerhalb der Gemeinschaft der 27 Mitgliedstaaten ein gewichtiges Wort mit zu reden. „In der EU wird unsere Stimme gehört. Davon konnten wir uns beim Besuch von Angela Merkel überzeugen. Statt beiseite zu stehen, treten wir zum Spiel in der Arena an“ – so Waszczykowski am 9. Februar während seiner Rede im Sejm.

Wie wirklichkeitsfern diese Vorstellung ist, sollte sich am 9. März, genau einen Monat später, zeigen. Auf dem Brüsseler EU-Gipfel stand die Wahl des EU-Ratspräsidenten an. Einziger Kandidat war Amtsinhaber Donald Tusk, der sich zur Wiederwahl stellte. Doch

als Parteivorsitzender der Bürgerplattform (PO) und Chef der Vorgängerregierung von PiS nimmt er auf der Rangliste von Kaczyńskis persönlichen und politischen Feinden den ersten Platz ein. Also setzte dieser alles daran, seine Wiederwahl zu verhindern. Ohne Erfolg. Sämtliche EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Polen, stimmten für ihn. Dieses „Spiel in der Arena“ endete mit einer deutlichen Niederlage, durch die sich Polen selbst in der Europäischen Union isoliert hat.

Damit verlieren auch weitere mit dem „Spiel in der Arena“ verbundene Vorstellungen ihren Wert. So der Traum von einer gewissen, von Polen entscheidend mit bestimmter Machtkonstellation innerhalb der EU: Man möchte die führende Kraft in einem Bündnis der Visegrád-Gruppe sein, ergänzt durch weitere kleinere mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten. Wie illusorisch dieser Anspruch ist, wurde gleichfalls auf dem EU-Gipfel deutlich. Ministerpräsidentin Beata Szydło, die ihr Land auf dem Brüsseler Gipfel vertrat, konnte nicht einmal diese mit Polen scheinbar so eng verbundenen EU-Mitgliedstaaten dafür gewinnen, gegen Tusk zu votieren.

Auch die Hoffnung, als Mitglied des Deutschland, Frankreich und Polen umfassenden Weimarer Dreiecks eine Scharnierfunktion zu den politisch und ökonomisch starken westlichen Ländern wahrnehmen zu können, ist trügerisch. Das Weimarer Dreieck besaß in der Vergangenheit kaum eine politische Bedeutung, und es ist wenig wahrscheinlich, dass es in der gegenwärtigen Krisensituation neu belebt werden kann, zumal Polen noch vor Jahresfrist, vor dem Brexit, als die neue national-konservative Regierung vor allem auf eine Partnerschaft mit Großbritannien setzte, kein Interesse am Weimarer Dreieck zeigte.

## Perspektive der asymmetrischen deutsch-polnischen Beziehungen

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind von Asymmetrie bestimmt: Der politisch und ökonomisch starken Bundesrepublik steht ein vergleichsweise schwächeres Polen gegenüber, und die jeweiligen innenpolitischen und europapolitischen Zielvorstellungen weichen weit voneinander ab. An dieser Situation dürfte sich in absehbarer

Zeit wenig ändern. Sie ist daher von beiden Seiten als gegeben anzusehen. Somit gilt es, sich unter dieser Voraussetzung auf weiterhin gegebene Berührungspunkte zu besinnen und diese zum Ausgangspunkt der bilateralen Beziehungen zu machen.

Dazu ist, zumal auf polnischer Seite, eine nüchterne Einschätzung politischer Möglichkeiten erforderlich. Der polnische Politologe Olaf Osica spricht in diesem Zusammenhang von einer politischen Suggestion, die den Polen eigen, aber wirklichkeitsfern sei. An der Weichsel verfolge man stets eine „Strategie mangelnder Strategie“, bei der sich die politischen Ambitionen mit einer fehlenden Fähigkeit ihrer Realisierung verbinden würden. „Polen möchte allen Großen gleich sein, doch seine Möglichkeiten und seine politische Kultur verurteilen Polen zu etwas Periphärem. Daher nimmt der Traum nach Größe häufig die Form eines Verlangens danach an, die anderen mögen schwächer sein.“<sup>1</sup>

Auch für diesen psychologischen Mechanismus bietet der jüngste Brüsseler EU-Gipfel reichlich Anschauungsmaterial. Dass man eine politische Niederlage erlitten hatte, wollte PiS nicht wahrhaben und behauptete, die eigene staatliche Souveränität gegen den Machtanspruch der Europäischen Union verteidigt und sich als einzigen Wahrer europäischer Werte gegen ein Machtkartell unter deutscher Führung erwiesen zu haben. In diesem Zusammenhang wurde von Kaczyński wieder die anti-deutsche Karte gespielt und die Bundeskanzlerin ins Visier genommen, die angeblich gemeinsam mit Tusk Polen dominieren wolle. So behauptete er in einem der Wochenzeitung „WSieci“ nach dem Brüsseler Gipfel erteilten Interview, Angela Merkel habe die Wiederwahl von Donald Tusk deswegen gewollt, weil sie sicher sein konnte, dass er ihre Konzeption der zwei Geschwindigkeiten befürworten werde, die von der polnische Regierung energisch zurückgewiesen wird. Und er sagte weiter: „In allen wichtigen Fragen verfolgt Deutschland eine gegen die Interessen Polens gerichtete Politik, angefangen von der Geschichts- und endend bei der Energiepolitik.“ Diese und andere Attacken sind eine ernste Bedro-

hung des deutsch-polnischen Verhältnisses, das nach den schweren Belastungen der Vergangenheit, insbesondere durch die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, in mühsamen Bemühungen seine Grundlage in der Versöhnung unserer Völker gefunden hat. Die daraus resultierende große Sympathie für Polen sowohl bei deutschen Politikern als auch in der deutschen Öffentlichkeit wird auf diese Weise durch PiS leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Wie soll die deutsche Politik auf all dies reagieren? Osica bescheinigt ihr eine „Strategie der Geduld“, welche die Bundesregierung in der jetzigen Krise gegenüber Polen und neuerdings angesichts des Machtwechsels in den USA auch gegenüber Trump an den Tag lege. Diese erlaube trotz der bestehenden politischen Asymmetrie eine gemeinsame deutsch-polnische Politik in den Punkten, in denen sich die beiderseitigen Interessen berühren. Zu ihnen zählt Osica eine Stärkung der NATO, den von Trump möglicherweise bedrohten internationalen Freihandel sowie die noch nicht absehbaren Konsequenzen, die sich aus dem Brexit für die EU und ihre Mitgliedstaaten ergeben. Osica rät daher dazu, Polen möge seinen Wunsch nach einer Reform der EU angesichts dieser Herausforderungen vorerst zurück stellen. Diese Meinung formulierte er vor Polens Fiasko auf dem Brüsseler EU-Gipfel. Sie ist durch die Ereignisse insofern überholt, als sich Polen entschlossen zeigt, in Zukunft alle Beschlüsse des Europäischen Rats zu blockieren, wodurch – sollte diese Ankündigung wahr gemacht werden – die EU weitgehend handlungsunfähig würde. Die Frage ist, ob angesichts dieser Lage die deutsche „Strategie der Geduld“ weiterhin die Politik der Bundesregierung bestimmen wird und welche rationale Alternative es zu ihr überhaupt gibt.

\*\*\*

<sup>1</sup> Olaf Osica, Co nas łączy, co nas dzieli (Was uns verbindet, was uns trennt), Tygodnik Powszechny vom 05. Februar 2017, S. 12.

Theo Mechtenberg

## Professor Dariusz Oko auf Anti-Gender-Mission in Deutschland

Der polnische Priester und Theologieprofessor Dariusz Oko ist bekannt für seinen verbissenen Kampf gegen jede Erscheinungsform von *gender* und Homosexualität. Er hat nach dem Wahlsieg der Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), den er als Beginn eines nicht nur „guten“, sondern eines „gesegneten Wandels“ begrüßt hatte, seine Tätigkeit ins Ausland verlagert. Nachdem die neue Regierung den Sexualunterricht in den Schulen untersagt hat, die gegen häusliche Gewalt gerichtete Istanbul-Konvention nicht ratifiziert, *gender studies* an den Universitäten erschwert und Homosexuellen wohl über die bloße Duldung hinaus keine besonderen Rechte einräumen wird, scheint Prof. Oko die Arbeit in seiner Heimat nicht mehr für möchte sie als „gläubigste Nation Europas“ mobilisieren, um den „Genderisten“ Einhalt zu gebieten. „Wir haben sehr gute Chancen. Wir haben die Muslime, die Bolschewiken und *gender* aufgehalten. Und selbst Clinton. Der Pole vermag`s.“<sup>1</sup>

Oko vergleicht *gender* mit dem Marxismus-Leninismus, und wie diesem würde es auch den „Genderisten“ durch Unterwanderung der Institutionen darum gehen, die Welt-herrschaft zu erringen. Zudem bringt *er gender* mit Homosexualität und sexueller Freizügigkeit in einen inneren Zusammenhang, wobei das Hauptziel der „Genderisten“ darin bestehe, unschuldige Kinder zu verderben. „Würde ich zum Thema *gender* einen einzigen Satz sagen, dann diesen, dass dies eine weitere Utopie ist, eine Ideologie, von Atheisten erdacht, die an die Göttlichkeit von Sex glauben.“ Entsprechend malt Oko ein Bild systematischer Sexualisierung von Kindern, die bereits in deutschen Kindergärten beginne, wo sie „erste sexuelle Handlungen erlernen wür-

dringend zu halten. Umso mehr fühlt er sich aufgrund seines „Charismas“ berufen, die Polonia im verdorbenen Westen vor den von *gender* ausgehenden Gefahren zu warnen. Nach Aufhalten in Großbritannien, den USA und Kanada weilte Oko nun in der Bundesrepublik, feierte mit den polnischen Gemeinden in Berlin, Bonn, Bochum, Kiel, Köln, Hannover, Osnabrück und München die Eucharistie, um sie anschließend zum Vortrag einzuladen und seine Bücher „Diktatura *gender*“ und „Wygazanie Polski“ (Auslöschung Polens) für jeweils 10 € zum Kauf anzubieten.

Über Okos „Deutschlandmission“ informierten Anna Goc und Marcin Żyła vom Krakauer „Tygodnik Powszechny“. Sie waren zu einigen dieser Veranstaltungen angereist, wodurch sich Oko, wie er sagte, verfolgt fühlte wie der vom polnischen Geheimdienst ermordete Priester Jerzy Popiełuszko.

Wie bei selbsternannten „Charismatikern“ oft feststellbar, ist auch Oko eine von Größenwahn nicht freie Überschätzung seiner Person eigen. Denn es geht ihm nicht nur darum, die Polen im Ausland vor der „*gender*-Ideologie“ eindringlich zu warnen, er den.“ Diese Sexualisierung „werde in den Schulen fortgeführt, wo Fünfzehnjährige Bordelle zu entwerfen hätten.“ In letzter Konsequenz führe dies dazu, dass „die deutsche Nation sterben werde.“

Mit derlei Aussagen erweist sich Oko als ein Vertreter des postfaktischen Zeitalters, indem er – wie heute üblich – Fake News in die Welt setzt. Anna Goc und Marcin Żyła haben sich die Mühe gemacht und bei den für Schule und Erziehung zuständigen Ministerien der Bundesländer nachgefragt, ob die Aussagen von Prof. Oko der Wahrheit entsprechen. Zehn Landesbehörden haben geantwortet und die Absurdität dieser Meinungsäußerungen bestätigt.

Es gibt weitere Absurditäten, die Oko unter den polnischen Gemeinden verbreitet. So behauptete er, es würden dreimal mehr Menschen Bordelle aufsuchen als in die Kirche gehen. Nach dieser Rechnung müsste wöchentlich ein Drittel der deutschen Männer zwischen 20 und 60 Jahren die Dienste von Prostituierten in Anspruch nehmen. Und was die Homosexuellen betrifft, rechnete Oko seinen Hörern vor, durchschnittlich würde jeder von ihnen in seinem Leben 500 verschiedene Partner

<sup>1</sup> Anna Goc, Marcin Żyła, Luter, Hegel, Hitler, *gender*, in: Tygodnik Powszechny v. 05. Februar 2017, S. 29.; Weitere Zitate sind diesem Text entnommen.

haben, und sie würden 20 bis 30 Jahre früher sterben als „normale“ Menschen. Die beiden Journalisten vom „Tygodnik Powszechny“ dokumentierten noch mehrere solcher Rechenkünste.

In Hamburg wurde Oko eine besondere Erfahrung zuteil. Er besuchte die dortige an der Reeperbahn gelegene polnische Mission St. Pauli und wohnte erstmals in seinem Leben Wand an Wand mit einem Bordell. Wobei er Wert auf die Feststellung legt, die 300 Jahre alte Kirche habe längst an diesem Ort gestanden, bevor sie von diesem Sündenpfuhl umgeben wurde. „Ich sah, wie die Polen zur Kirche gehen, und die Deutschen dorthin.“ Und er fügt hinzu: „Na, hier bekam ich noch eine größere Achtung vor dem polnischen Katholizismus. Sie schimpfen, kritisieren etc. Es ist doch viel besser, wenn die Leute in die Kirche gehen und nicht in die öffentlichen Häuser. Aber ja. Einen Gott muss man haben. Wenn nicht Jesus Christus, dann eben Sex.“

Dass man als Christ auf die Reeperbahn auch ganz anders reagieren kann, das erfahren die beiden Journalisten in St. Bonifatius. Dort trafen sie mit Schwester Monika Maria Krohn zusammen, die seit zehn Jahren abends zur Reeperbahn geht, um die Prostituierten mit Tee und Schokolade zu versorgen. „Prostitution heiße ich niemals gut. Doch ohne Begegnung, ohne Kenntnis dieser Personen kann ich mir kein Urteil bilden. Das wäre unchristlich.“

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## **Patriotismus ja, Nationalismus nein**

Ein Dokument der Polnischen Bischofskonferenz

---

Am 14. März 2017 verabschiedete die 375. Vollversammlung der Polnischen Bischofskonferenz ein von ihrem Rat für soziale Fragen erarbeitetes Dokument zum christlichen Verständnis des Patriotismus. Veröf-

fentlicht wurde es unter dem Titel „Christliche Form des Patriotismus“ am 28.04.2017. Endlich, möchte man sagen! Seit Langem und wiederholt haben Vertreter eines offenen Katholizismus ein klares Wort der Bischöfe zu dem in ihrer polnischen Heimat wachsenden, zunehmend aggressiven Nationalismus angemahnt.

Das dreizehnseitige Dokument umfasst zwei Teile. Im ersten, der „christlichen Perspektive des Patriotismus“ gewidmeten Teil begrüßen die Bischöfe eingangs das „in den letzten Jahren zu beobachtende Phänomen einer Neubelebung patriotischer Einstellungen sowie eines nationalen Bewusstseins.“ Gleichzeitig beklagen sie gegenläufige Tendenzen, deren Ursache sie im Egoismus sehen, in einem privaten wie in einem gesellschaftlichen. Während sie sich mit der unpatriotischen Haltung eines privaten Egoismus nur kurz befassen, gelten die weiteren Ausführungen der Unterscheidung zwischen Patriotismus und einem nationalen Egoismus. Der zeige sich in einem von der eigenen Überlegenheit bestimmten Nationalismus, „der sich anderen nationalen Gemeinschaften gegenüber verschließt.“ Dagegen verlange ein christlich verstandener Patriotismus eine „offene Einstellung“, wie sie in der Aussage des Nobelpreisträgers Henryk Sienkiewicz (1846-1916) zum Ausdruck komme: „Motto aller Patrioten muss sein: durch das Vaterland zur Menschheit.“ Diese universale Dimension eines christlich verstandenen Patriotismus begründen die Bischöfe aus dem „universal geltenden Gebot der Nächstenliebe.“ Daher seien „alle Versuche, der eigenen Nation einen absoluten Rang zu verleihen, unzulässig. [...] Die Liebe zur eigenen Nation kann somit keine Rechtfertigung für Verachtung, Aggression und Gewalt sein.“

Hat der Patriotismus seine Quelle in der Nächstenliebe, dann ist er die „Gegenthese“ zum Nationalismus. In diesem Sinne habe sich Johannes Paul II. 1995 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen geäußert: „Es gibt einen prinzipiellen Unterschied zwischen einem wahnwitzigen, von Verachtung anderen Nationen und Kulturen gegenüber bestimmten Nationalismus und einem Patriotismus rechter Liebe zum eigenen Vaterland. Einem wahren Patriotismus geht es niemals um das Wohl der eigenen Nation auf Kosten anderer.“ Die Bischöfe erinnern zudem an ihren Hirten-

brief „über den christlichen Patriotismus“ vom 05.09.1972, in dem sie gegen Erscheinungsformen eines kommunistischen Nationalismus einen „Patriotismus frei von Hass“ forderten. Und auf die heutige Situation bezogen unterstreichen sie, „dass in unserem Vaterland ein aus unserer Geschichte wohl bekannter Patriotismus erforderlich ist, offen für die solidarische Zusammenarbeit mit anderen Nationen und offen für die Achtung gegenüber anderen Kulturen und Sprachen. Ein Patriotismus ohne Gewalt und Verachtung. Ein Patriotismus sensibel auch gegenüber dem Leiden anderer Menschen und Nationen sowie gegenüber dem ihnen zugefügten Unrecht.“ Zudem sprechen sich die Bischöfe für einen Patriotismus aus, der alle Bürger umfasst, nicht nur die katholischen, sondern jeden Bürger gleich welcher Religion. Sie erinnern an das Polentum zur Zeit der Jagiellonen-Republik, die eine Vielzahl unterschiedlicher Kulturen und Religionen umfasste, „die katholische, orthodoxe, protestantische, jüdische und moslemische“; dazu gab es „neben den mehrheitlich ethnischen Polen Ukrainer, Ruthenen, Litauer, Deutsche, Armenier, Tschechen, Tataren.“ Daher sei „das Polentum im Grunde eine Sache von Vielheit und Pluralismus.“ Dank dazu, sich bewusst zu sein, dass das Christentum uns dazu bewegt, als Nation „mutig den Weg der Vergebung und Versöhnung zu gehen.“ Ein gewichtiges Wort, denn angesichts der in der Geschichte von Deutschen wie von Russen erlittenen Leiden wären negative Einstellungen und Ressentiments durchaus verständlich. Bezeichnenderweise verweisen denn auch die Bischöfe auf den Austausch der Versöhnungsbotschaften zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat von 1965 sowie auf eine ähnliche Erklärung zwischen der katholischen Kirche in Polen und der russischen Orthodoxie.

Der zweite Teil des Dokuments ist der Erziehung zum Patriotismus gewidmet. Es werden alle Sektoren des privaten und gesellschaftlichen Lebens angesprochen, angefangen von der Familie über die Rolle der Schule und des Kulturbereichs, der gesellschaftlichen und regierungsunabhängigen oder karitativen Organisationen sowie der lokalen Selbstverwaltungen bis hin zum Sport. Die Grundlage für eine Erziehung zum Patriotismus sehen Polens Bischöfe in

dem sei in Polen „das Modell eines gastfreundlichen Patriotismus“ entstanden. „Und dank dem wurden zu Polen, die Polen werden wollten.“

An einem solchen Patriotismusverständnis mangelt es offenbar gegenwärtig in Polen. Denn in Bezug auf die gegenwärtige politische Lage heißt es in dem Dokument: „In der Situation eines tiefgreifenden politischen Streits, wie dieser heute unser Vaterland spaltet, verpflichtet der Patriotismus dazu, sich eingedenk der Würde eines jeden Menschen für die soziale Versöhnung zu engagieren, die übermäßigen politischen Emotionen zu lindern, auf die mögliche und für Polen unabdingbare Kooperation trotz der Spaltungen zu verweisen und diese auszuweiten sowie das öffentliche Leben vor einer übermäßigen Politisierung zu bewahren.“ Die Bischöfe vergessen auch nicht die Opfer, die in Zeiten der Unterdrückung und Fremdherrschaft im Namen des Patriotismus erbracht wurden. Selbst in solchen Epochen sei der polnische Patriotismus gemäß dem Motto „für unsere und eure Freiheit“ anderen Nationen gegenüber „offen“ geblieben. Daher verpflichtete jener Heroismus und das nationale Martyrium

einer „verantwortlichen Geschichtspolitik“. Diese sei entscheidend für die „Herausbildung nationaler Identität und patriotischer Einstellungen.“ Als Vermittler der Geschichtspolitik benennen die Bischöfe staatliche Institutionen. Diese hätten bei ihren geschichtspolitischen Aktivitäten Achtung und Respekt anderen gegenüber zu wahren. Die Bischöfe warnen vor der „Gefahr einer missbräuchlichen Instrumentalisierung des historischen Gedächtnisses in den laufenden politischen Auseinandersetzungen und Rivalitäten. Wo der in der Politik natürliche Streit sich allzu eifertig historischer Analogien bedient und historische Argumente die ökonomischen, juristischen oder sozialen Begründungen ersetzen, dort verfehlt man und macht es manchmal unmöglich, die Perspektive eines würdigen und für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbaren Kompromisses zu erreichen.“

Am Ende ihres Dokuments bekräftigen die Bischöfe, dass „Polen in der heutigen Welt ein Symbol der Solidarität, der Offenheit und der Gastfreundschaft war, ist und bleiben soll.“

### Mangelnde Konkretisierung

Unter einem theoretischen Aspekt ist den polnischen Bischöfen sicherlich ein überzeugendes Dokument zu einem christlich verstandenen, sich vom Nationalismus unterscheidenden Patriotismus gelungen. Was freilich fehlt, das sind Hinweise, wer denn konkret als Verursacher gemeint ist, wenn die Bischöfe „im eigenen Land“ Erscheinungen eines „nationalen Egoismus“ beklagen, der sich anderen Völkern gegenüber verschließt und damit im Gegensatz zu einem „offenen Patriotismus“ steht. Lediglich an einer Stelle, wo sie auf das Verhältnis von Sport und Patriotismus zu sprechen kommen, werden die Adressaten benannt, indem die Bischöfe auf die „Sportstadien als einem Ort des Unfriedens und der Aggressivität“ verweisen, und dies „auch auf ethnischer Basis.“ Damit spielen sie auf die Hassgesänge und Krawalle sowie auf die öffentlichen Beleidigungen von Spielern anderer Hautfarbe an, zu denen es zwischen gewaltbereiten, in der Regel nationalistisch eingestellten „Fans“ beider gegnerischer Mannschaften immer wieder kommt.

### Stellungnahme der Nationalisten

Die fehlende Konkretisierung macht es möglich, den Text des Dokumentes selbst gegen seinen Sinn so zu interpretieren, dass der Anschein erweckt wird, man sei in seinem Denken und Handeln in Einklang mit den bischöflichen Aussagen. Am deutlichsten wird dies durch die gemeinsame Stellungnahme der drei Vorsitzenden der Großpolnischen Jugend (MW), der Jungnationalisten (ONR) und der Radikalen Nationalisten (RN).<sup>1</sup> Offenbar hat man auf der nationalistischen Führungsebene schnell erkannt, dass das Dokument vor allem gegen sie gerichtet ist. Anders ist es kaum zu erklären, dass die Nationalisten bereits einen Tag nach Veröffentlichung des Dokuments reagierten und – statt sich der Kritik zu stellen – das Dokument für sich als Bestätigung ihrer Anschauungen und Aktivitäten in Anspruch nahmen: „Mit Dankbarkeit nehmen wir das Dokument der Konferenz des Polnischen Episkopats entgegen, das sich in so eindeutiger Weise für den

Patriotismus unter jedem Aspekt des sozialen Lebens ausspricht. [...] Wir stimmen mit der vom Episkopat geäußerten Ansicht überein, dass ein Nationalismus, dessen integraler Bestandteil nicht das christliche Prinzip der Nächstenliebe ist, den einzelnen wie die Nation im Ganzen – in die Irre führen kann. Der im Dokument beschriebene Chauvinismus, d. h. eine Haltung der Überlegenheit oder der Verachtung gegenüber anderen Nationen ist dem polnischen, gesunden, christlichen Nationalismus fremd.“

Es gehört schon eine gehörige Portion Dreistigkeit dazu, als Führung der Nationalisten eine Übereinstimmung mit dem Gebot der Nächstenliebe zu behaupten und in ihr die Grundlage ihres eigenen Handelns zu sehen. Nur zu bekannt sind die Hassparolen der polnischen Nationalisten gegen den Islam, gegen Juden, gegen angebliche „nationale Verräter“. Etliche Überfälle auf Ausländer gehen auf ihr Konto. Aufsehen erregte auch die von ihnen inszenierte Verbrennung einer einen Juden symbolisierenden Puppe auf dem Breslauer Markt.<sup>2</sup>

Die Führung der Nationalisten beruft sich in ihrer Stellungnahme auf Roman Dmowski (1864-1939) und zitiert ihn mit den Worten: „Der Katholizismus ist keine Zugabe zum Polentum, der ihm in gewisser Weise eine Färbung verleiht, sondern er ist sein Kern; er ist in einem bedeutenden Maße sein Wesen. Bemühungen, bei uns den Katholizismus vom Polentum zu trennen, ein Loslösen der Nation von Religion und Kirche kommen der Vernichtung des inneren Wesens der Nation gleich.“ Es ist ein religiös und ethnisch homogenes Polen, das Dmowski vorschwebte, das andere Religionen und Ethnien von der nationalen Identität ausschließt. Dagegen verweisen die Bischöfe in ihrem Dokument ausdrücklich auf die unterschiedliche Religionen und Ethnien umfassende Jagiellonen-Republik als Vorbild nationalen Selbstverständnisses und Bezugspunkt eines christlichen Patriotismus.

Neben Roman Dmowski beruft sich die Führung der Nationalisten auch auf Primas Stefan Wyszyński (1901-1981). Sie zitiert aus einer seiner Predigten folgende Sätze: „Der ordo caritatis verlangt, dass ein Mensch,

<sup>1</sup> Jan Bodakowski, Liderzy MW, ONR i RN skomentowali dokument Chrześcijański kształt patriotyzmu – Episkopatu Polski, Prawy.pl vom 28.04.2017.

<sup>2</sup> Vgl. Theo Mechtenberg, Polnische Jungnationalisten mit geistlichem Beistand, imprimatur 3/2016.

der an der Spitze einer sozialen Gruppe steht und für sie die Verantwortung übernimmt, zuerst an die Pflichten gegenüber den Kindern seiner Nation denkt und erst nach Maßgabe der Befriedigung und der Erfüllung der allerdringlichsten, grundlegenden Bedürfnisse der eigenen Bürger der Forderung nachkommt, anderen Völkern und Nationen, der ganzen menschlichen Familie Hilfe zukommen zu lassen.“ Nicht nur die Nationalisten, nicht nur konservative, nationalkatholische Politiker, auch einzelne Priester und Theologieprofessoren bedienen sich mit Vorliebe des *ordo caritatis*, um die Weigerung, syrische Kriegsflüchtlinge aufzunehmen zu begründen. Für Extremsituationen kann dieses Prinzip allerdings kaum in Anspruch genommen werden. Schließlich hat Jesus auf die Frage des Gesetzeslehrers, wer denn sein Nächster sei, nicht auf den *ordo caritatis* verwiesen, sondern das Gleichnis vom barmherzigen Samariter erzählt. (Lk 10,25-37).

Auf die eigentliche Absicht der Bischöfe, mit ihrem Dokument den von ihnen befürworteten Patriotismus vom Nationalismus zu unterscheiden und abzuheben, nehmen die Vorsitzenden der drei nationalistischen Organisationen keinen Bezug. Wie sollten sie auch, existiert doch für sie dieser Unterschied nicht. Es braucht keine eingehende Analyse ihrer Stellungnahme, um zu erkennen, dass für sie Patriotismus und Nationalismus ein und dasselbe sind.

## Kritische Anfragen an die nationalkonservative Partei und Regierung

### Ignoranz gegenüber dem bischöflichen Dokument

Polen Bischöfe unterstreichen in ihrem Dokument dessen Bedeutung für die gegenwärtige politische Situation in ihrem Land. Damit stellt sich die Frage nach etwaigen Bezugspunkten ihrer Aussagen zu der von der nationalkonservativen Partei und Regierung verfolgten Politik. Aber nimmt man in ihren Kreisen dieses Dokument überhaupt ernst? Zweifel sind erlaubt. Denn wie wenig sich Jarosław Kaczyński, Chef seiner nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und Polen faktisch regierender starker Mann, um die von den Bischöfen eingeforderte „patriotische Verpflichtung“ schert, sich für „soziale Versöhnung zu engagieren, übermäßige politische

Emotionen zu lindern und das öffentliche Leben vor unnötiger Politisierung zu bewahren“, dafür lieferte er wenige Tage nach Veröffentlichung des Dokuments einen Beweis. Am 10. Mai, auf der monatlichen Gedenkfeier in Erinnerung an die Smolensker Katastrophe des Absturzes der Präsidentenmaschine am 10. April 2010 mit seinem Zwillingbruder Lech und über 90 weiteren Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft, holte er in seiner Rede vor dem Warschauer Präsidentenpalast zu einem Rundumschlag gegen all jene aus, die seine hartnäckig behauptete, „bald ans Licht kommende Wahrheit“ eines Attentates statt eines Unfalls nicht teilen. Eines Attentates, in das – wie PiS behauptet – möglicherweise der Kreml und Donald Tusk als damaliger Ministerpräsident verstrickt seien. Indem er all diesen Gegnern seiner „Wahrheit“ einen „Hass auf Polen“ unterstellt, machte er sich selbst zum Hassprediger. Unter Hinweis auf die weißen Rosen, die Teilnehmer einer in Sichtweite stattfindenden Gegenkundgebung im Gedenken an die Opfer der Katastrophe und ihrer Angehörigen niedergelegt hatten, sagte er: „Diese weißen Rosen, die man dort sieht, sind ein Symbol des Hasses und der Dummheit. Einer radikalen Dummheit und eines radikalen Hasses.“ Und er unterstellt seinen Gegnern Angst vor dieser „Wahrheit“ als Quelle ihres angeblichen Hasses: „Vor eben dieser Wahrheit haben sie Angst, vor der Wahrheit über Smolensk, aber auch vor der Wahrheit über die Regierungstage, die – Gott sei Dank – hinter uns liegen. Daher diese Furie, daher dieser Hass.“<sup>3</sup> Gibt es ein drastischeres Beispiel für den von den Bischöfen beklagten „tiefen politischen Streit, der heute unser Land spaltet“? Bedarf es weiterer Beweise, wer für diese Spaltung die Verantwortung trägt? Einer Spaltung, bei der sich ein Abgrund auftut, über den hinweg es kaum eine Verständigung, geschweige denn eine Versöhnung gibt.

### Ein gastfreundlicher Patriotismus und die Flüchtlingsproblematik

Das Dokument nimmt keinen Bezug auf die Weigerung der Regierung, auch nur einen einzigen syrischen Kriegsflüchtling aufzu-

<sup>3</sup> Paweł Koźmiński, *Miesięcznica smoleńska*.

Kaczyński: *Przyjdzie wielka klęska tych, którzy nienawidzą Polski*, *Gazeta Wyborca* vom 10.05.2017.

nehmen. Die Bischöfe betonen aber, in der Epoche der Jagiellonen-Republik habe das „Modell eines gastfreundlichen Patriotismus“ seine Ausformung erhalten. Und dies in einer Zeit, als das westliche Europa von religiösen Verfolgungen und Religionskriegen heimgesucht wurde. Nicht zuletzt aufgrund dieser toleranten und offenen Einstellung habe sich in Polen eine Kultur herausgebildet, inspiriert durch das beste Erbe der aufgenommenen, sich polonisierenden Gäste. Auf diese Weise hätten „die polnische Literatur, Musik, Wissenschaft, Kunst, Architektur und Gewohnheiten“ ihre Gestalt gewonnen.

Mit dieser Tradition erscheint die von der Regierung verfolgte Flüchtlingspolitik nicht vereinbar. Kurz nach ihrem Machtantritt im Herbst 2015 nahm sie die Zusage ihrer Vorgängerregierung zurück, die sich bereit erklärt hatte, eine bestimmte Anzahl an Kriegsflüchtlingen aufzunehmen. Zudem setzte Jarosław Kaczyński alles daran, sie in ein schlechtes Licht zu rücken. Er sprach davon, die Flüchtlinge würden Krankheiten einschleppen, die in Europa bislang unbekannt und daher umso gefährlicher seien. Auch würden sie ihre Notdurft in den Kirchen erledigen, und aufgrund der Vorgänge in der Kölner Silvesternacht verbreiteten die durch die Regierung gleichgeschalteten Medien die beängstigende Vorstellung, mit der Aufnahme von Flüchtlingen sei kein weibliches Wesen vor Vergewaltigungen sicher.

Doch die Regierung, die sonst keine Gelegenheit auslässt, die von ihr angeblich vertretenen christlichen Werte zu beschwören, schürt nicht nur persönliche Ängste. Sie sieht in der Aufnahme von Flüchtlingen geradezu eine nationale Bedrohung, der man sich erwehren müsse. Das reiche christliche Erbe, das 2016 durch die feierliche Inthronisation Jesu Christi am Ende des Heiligen Jahres seine Bestätigung gefunden habe, müsse gegen die mit der Aufnahme muslimischer Flüchtlinge verbundene Gefahr einer Islamisierung verteidigt werden. Die Regierung brachte es mit ihrer islamfeindlichen Propaganda schließlich dazu, dass Zweidrittel der Bevölkerung die ablehnende Haltung der Regierung unterstützt und man im Flüchtling nicht mehr einen in existentielle Not geratenen Menschen sieht, sondern einen potentiellen Terroristen, der alles daran setzen werde,

die bestehende, christlich geprägte Ordnung zu vernichten.

Diese Sicht der Dinge wird im Übrigen auch von einzelnen kirchlichen Amtsträgern mit einer stark nationalkatholischen Einstellung vertreten. Doch immerhin hat sich Polens Kirche offiziell für eine Aufnahme syrischer Kriegsflüchtlinge ausgesprochen. Auf ihren Vorschlag sollte ein „humanitärer Korridor“ geschaffen werden, um Kriegsflüchtlinge nach Polen holen zu können. Doch die Verwirklichung dieses Vorhabens scheiterte am Widerstand der Regierung, die dazu ihre Einwilligung verweigerte. Und weil die Bischofskonferenz es versäumte, in dieser Frage Druck auszuüben, wie dies bei ihr wichtigen moralischen Problemen gegenüber der Vorgängerregierung geschehen war, geriet sie in den Verdacht, ihr Vorschlag erfülle lediglich eine Alibifunktion gegenüber der eindeutigen Forderung von Papst Franziskus, den an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen jede nur denkbare Hilfe zukommen zu lassen.

## Geschichtspolitik - kritiklose Übereinstimmung?

Eine ausführliche Erläuterung verdient die dem zweiten, der Erziehung zum Patriotismus gewidmeten Teil des Dokuments vorangestellte Geschichtspolitik. Sie diene dem „Aufbau nationaler Identität und patriotischer Einstellungen“. Als Vermittler werden in erster Linie „Institutionen des Staates“ genannt. Ihr Einfluss auf die Gestaltung des historischen Bewusstseins einer Nation hängt davon ab, wieviel Macht ihnen über die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche zukommt. In einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft ist sie eingeschränkt, so dass sich ein gesellschaftlicher Freiraum eröffnet, in dem um die Ausformung eines historischen Bewusstseins diskutiert und gerungen werden kann. Wird dieser Freiraum – wie gegenwärtig in Polen – durch autoritäre Maßnahmen beschnitten, dann besteht die Gefahr einer Instrumentalisierung des historischen Gedächtnisses zur Festigung der eigenen politischen Macht. Auf diese Möglichkeit wird in dem Dokument zwar verwiesen, allerdings ohne einen erkennbaren kritischen Bezug zum gegenwärtigen Narrativ der Regierung.

Durch das Fehlen einer solchen Kritik kann sich die nationalkonservative Regierung in voller Übereinstimmung mit dem Dokument wähen. Der von ihr forcierte „gute Wandel“ weist – ähnlich wie das Dokument – der Geschichtspolitik eine besondere Bedeutung zu. So hat sich etwa Staatspräsident Andrzej Duda Anfang März 2016 auf der dem Thema „Geschichtspolitik – Kontexte, Ideen, Entwicklungen“ gewidmeten Sitzung des Nationalen Rates für die Schaffung entsprechender geschichtspolitischer Rahmenbedingungen ausgesprochen. Diese sind inzwischen weitgehend vorhanden: Der schulische Geschichtsunterricht wurde nicht nur stundenmäßig aufgestockt, er wurde vor allem inhaltlich darauf ausgerichtet, die Verbundenheit der heranwachsenden Generation mit dem Vaterland sowie ihren Stolz auf die Traditionen der Nation und des Staates zu stärken. Auch die staatlichen Medien wurden auf diese geschichtspolitische Linie verpflichtet. Und wo es – etwa im Kulturbereich – zu Abweichungen von dieser Vorgabe kommt, da hagelt es Kritik, die mitunter mit der Entlassung verantwortlicher Programmdirektoren einhergeht.

Mit der starken Betonung ihrer Geschichtspolitik setzt sich die nationalkonservative Regierung scharf von ihrer liberalkonservativen Vorgängerin ab. Ihr wird vorgeworfen, der Geschichtspolitik und dem Patriotismus nicht nur keinen besonderen Wert beigemessen zu haben, sondern an Stelle der Vermittlung von nationaler Ehre und nationalem Stolz ein nationales Bewusstsein nationaler Schmach und Schande vertreten zu haben.

## Die mit der Geschichtspolitik verbundene grundsätzliche Problematik

Hinter diesem Vorwurf verbirgt sich ein grundsätzliches Problem: Geschichtspolitik bedeutet immer den Entwurf eines Selbstbildes einer Nation, bei dem sich die Frage stellt, was in ihm Platz findet und was nicht. Aufgrund einer an Unterdrückung und Verfolgung reichen Geschichte entstand ein polnische Selbstbild, in dem man traditionell die eigene Opferrolle idealisierte, den eigenen Heroismus kultivierte und geschichtliche Inhalte verdrängte, die in dieses Bild nicht hinein passten oder es gar in Frage stellten.

## Geleistete Aufarbeitung des Gedächtnisverlustes

Jede Geschichtspolitik, auch die polnische, ist auch nach ihren Schatten und nach ihren Gedächtnisverlusten zu hinterfragen. Diese Hinterfragung hat – daran ist in diesem Zusammenhang zu erinnern – in Polen stattgefunden. 1981, also zur Zeit der *Solidarność*, veröffentlichte der Literaturwissenschaftler und Dissident Jan Józef Lipski (1926-1991) in der Pariser Exilzeitschrift „Kultura“ den Essay „Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen“. Er fragt: „Halten wir uns für besser als andere, oder nur für anders, meinen wir, dass in diesem Anderssein ein besonderer Wert enthalten ist, glauben wir, dass uns aus irgendeinem Grund Rechte und Privilegien zustehen – oder auch Pflichten erwachsen würden? Je nach Antwort auf diese Fragen gehören wir zu verschiedenen Vaterländern.“ Und Lipski erinnert daran, dass Polen in der Geschichte nicht nur Opfer waren, nicht nur Schreckliches von seinen Nachbarn erfahren, sondern auch Schuld auf sich geladen haben. Er verweist auf den mörderischen Hass des Nationalen Lagers in der Zwischenkriegszeit, auf die Juden diskriminierenden Bankghettos an den Universitäten, auf einzelne Pogrome, auf die „Befriedung“ ukrainischer Dörfer. Es gelte, sich die Schuld bewusst zu machen, die dunklen, verdrängten Seiten des historischen Bewusstseins aufzuhellen und „ihre Anerkennung nicht im Dienste des eigenen Größenwahns zu verweigern.“

Es gab weitere Bemühungen, die dunklen, verdrängten Seiten des historischen Gedächtnisses in das nationale Bewusstsein zu integrieren. 1985 kam es nach Ausstrahlung von „Shoa“ des französischen Regisseurs Claude Lanzmann zu einer sehr kontrovers geführten öffentlichen Debatte. Während sich breite Teile der Gesellschaft in ihrer Würde verletzt fühlten, mahnte der Literaturwissenschaftler Jan Bloński (1931-2009) eingedenk des Holocaust ein grundsätzliches Überdenken des polnisch-jüdischen Verhältnisses an<sup>4</sup>: „Statt aufzurechnen und uns zu entschuldigen sollten

<sup>4</sup> Jan Bloński, *Biedni Polacy patrzą na getto* (Arme Polen schauen auf das Ghetto), *Tygodnik Powszechny* vom 11. Januar 1987.

wir zuerst uns selbst prüfen, an unsere Sünde, an unsere Schwachheit denken. Eben diese moralische Umkehr braucht unser Verhältnis zur polnisch-jüdischen Vergangenheit unbedingt.“ Er war der Meinung, „eine verständnisvolle und gerechte Beurteilung unserer gemeinsamen Geschichte“ sei nur über die eigene „Wandlung“ möglich, die zu einem Eingeständnis eigener Verstrickung befähigt.

Schließlich sei noch an die gleichfalls breit und emotional geführte Diskussion erinnert, die durch das Erscheinen des Buches von Jan Tomasz Gross<sup>5</sup> über die von polnischen Nachbarn verübten Morde an 1.600 Juden in dem nordostpolnischen Städtchen Jedwabne ausgelöst wurde. Von rechtskonservativer und rechtsextremer Seite wurde zudem scharf kritisiert, dass sich Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski am 10. Juli 2001 an den Ort des Geschehens begab, um sich im Namen des polnischen Volkes für diese Mordtaten zu entschuldigen. Auch in dieser Diskussion ging es um die Reinigung des Gedächtnisses durch eine ehrliche Aufarbeitung eigener Schuldverstrickung.

Rückkehr zum traditionellen nationalen Selbstbild mit der Regierungsübernahme durch „Recht und Gerechtigkeit“

Mit der Regierungsübernahme durch „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Herbst 2015 wird diese Entwicklung zurückgeschraubt und erneut ein nationales Selbstbild verbreitet, das die im Kampf um Unabhängigkeit und nationale Ehre erbrachten Opfer in den Vordergrund rückt und den eigenen Täteranteil entweder leugnet oder herunter spielt. Und wer in Erinnerung an die geleistete Aufarbeitung eigener Untaten von der nationalkonservativen Regierung eine sich an ihr orientierende Geschichtspolitik einfordert, der muss mit Repressalien rechnen. So wurde gegenüber der auch über Polens Grenzen hinaus bekannten Schriftstellerin Olga Tokarczuk die Forderung laut, ihr die Ehrenbürgerschaft der nahe ihres Wohnortes gelegenen Stadt Nowa Ruda abzuerkennen, weil sie mit ih-

ren Äußerungen „den guten Namen der polnischen Nation in Verruf gebracht habe.“<sup>6</sup>

Eine auf die Errichtung einer IV. Republik ausgerichtete Geschichtspolitik

Doch es geht Jarosław Kaczyński und seiner Partei um mehr als nur um die Wiederherstellung eines nationalen Selbstbildes lauter freiheitsliebender, zu heroischen Taten fähiger Patrioten der Vergangenheit. Es geht ihnen auch um eine Geschichtspolitik, durch die die Entstehung der III. Republik im *annus mirabilis* 1989 nicht als historischer Einschnitt, sondern als Kontinuität des kommunistischen Systems gedeutet wird. Sie sei aufgrund der am Runden Tisch vereinbarten Kompromisse kein wahrhaft demokratisches, sondern ein postkommunistisches Staatswesen. Jene Vereinbarungen hätten dazu gedient, den Kommunisten auch für die Zukunft ihren Einfluss zu sichern, so dass diese die eigentlichen Nutznießer der III. Republik seien. Kaczyński sieht daher seine nationale Sendung darin, durch eine Politik des „guten Wandels“ das Ende der III. Republik herbeizuführen und an ihre Stelle die mit seinem Namen und dem seines Zwillingsbruders Lech bleibend, also historisch, verbundene IV. Republik zu errichten.

Die Tragödie von Smolensk als Gründungsmythos

Nur auf dem Hintergrund dieser Absicht ist es für den äußeren Beobachter verständlich, welche geschichtspolitische Bedeutung Kaczyński und seine PiS dem tragischen Absturz der Präsidentenmaschine am 10. April 2010 beimessen. Ihm soll gleichsam die Funktion eines Gründungsmythos der IV. Republik zukommen. Ein erster Schritt dazu war die Bestattung des Leichnams seines Bruders in der Krypta des Wawel, in der neben den polnischen Königen auch Józef Piłsudski, der Gründer der II. Republik, seine letzte Ruhe fand. Seit nunmehr sieben Jahren wird am 10. eines jeden Monats durch von PiS organisierte Manifestationen an jene Katastrophe erinnert, die kein tragischer Unfall gewesen sein darf, sondern ein von Moskau verübtes Attentat

<sup>5</sup> Jan Tomasz Gross, *Sądsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka*, Sejny 2000. Unter dem Titel „Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne“ erschien 2001 im Münchener C. H. Beck Verlag eine deutsche Übersetzung.

<sup>6</sup> Magda Piekarska, *Nowa polityka historyczna wg. PiS. Żądają odebrania Tokarczuk obywatelska Nowej Rudy*, *Gazeta Wyborca* vom 15.12.2015.

sein muss, in das auch Donald Tusk, damaliger Regierungschef, verstrickt gewesen sein soll. Und obwohl der längst vorliegende umfangreiche Untersuchungsbericht zu dem Ergebnis kommt, dass der Nebel über dem Flughafen von Smolensk sowie menschliches Versagen die Ursache waren, was ein Attentat definitiv ausschliesse, wird immer noch von Kaczyński und seinen Getreuen, aber auch von Teilen der Kirche, die baldige Aufdeckung der „Wahrheit“ über den Absturz beschworen. Denn schließlich taugt ein tragischer Unfall kaum als Gründungsmythos der IV. Republik. Dazu muss diese Katastrophe schon in den Rang eines nationalen Martyriums erhoben werden.

Angesichts dieses Befundes dürfte sich die Hoffnung der Bischöfe, eine „vernünftige Geschichtspolitik werde die zwischenmenschlichen Bindungen sowie trotz Unterschieden und Spaltungen das Bewusstsein gemeinsamer geistiger Werte stärken“, kaum erfüllen.

\*\*\*

Horst Hohmann

## Die Käfigmenschen von Kowloon

Heute ist Chan Yin sehr glücklich. Sie hat Post bekommen. Ihre Augen glänzen, und ihre zitternden Hände umklammern den unerwarteten Brief, als habe sie in Hongkongs Staatslotterie endlich das Große Los gezogen.

Ob´s bei ihr zum Frühstück auch Hamburger und Fried Chicken gebe, will ihre Enkelin in Singapur wissen. Chan Yin lacht aus vollem Hals und schüttelt den Kopf. „Ach, diese jungen Menschen“, sagt sie nachdenklich. „Die leben in einer anderen Welt!“

In ihrer Welt kann die 82-jährige von saftigen Hamburgern und knusprigen Fried Chicken nur träumen. Geradema drei Apfelsinen hat sie sich auf dem Markt vor einer Stunde kaufen können. Ein kleines Bündel Lauch noch, 500 Gramm Reis und

ein Kalzium-Präparat. Das war alles. Schweißperlen standen auf ihrer Stirn als sie übers dunkle Treppenhaus zu ihrer Wohnung im ersten Stock hinaufstieg. Zweimal musste sie anhalten und verschlafen.

Wenn die zierliche Frau gelegentlich klagt, dann nur der Beine wegen. „Die machen halt nicht mehr mit. 65 Jahre Berufsleben gehen in die Knochen.“

Ansonsten hat sich Chan Yin mit ihrer desolaten Welt in Asiens reichster Stadt abgefunden. Knapp 46 Quadratmeter misst das Apartment in der Fuk Tsuen Street Nr. 15, das sie seit nunmehr 35 Jahren mit 16 weiteren Senioren teilt. Ihr ganz persönliches Zuhause ist darin auf einen Drahtkäfig geschrumpft: nur 140x100x70 Zentimeter gehören ihr allein und sind immer dann mit einem dicken Hängeschloss gesichert, wenn die Witwe das Haus verlässt.

Viel sei bei ihr zwar nicht zu holen, meint sie schmunzelnd, aber ihr Haushaltsgeld, ihre persönlichen Papiere, das Kochgeschirr sowie die Erinnerungsfotos ihres im Japankrieg gefallenen Mannes und ihrer an Krebs verstorbenen Tochter möchte sie doch gut verwahren. Man sage ja immer: „Gelegenheit macht Diebe!“

Nach der Mieterhöhung im vorigen Jahr zahlt Chan Yin jetzt umgerechnet 130 Euro monatlich für ihre superenge Schlafstelle – Wasser-, Strom-, Telefon- und TV-Pauschale inbegriffen. Fast ein Drittel ihrer kargen Sozialrente ist damit weg.

Obwohl an diesem Donnerstagmorgen die Sonne über der zu Hongkong gehörenden Halbinsel Kowloon scheint, fällt nur spärliches Licht in das Senioren-Apartment. Die schmalen Gänge zwischen den in drei Reihen aufgetürmten Käfigen liegen im Halbdunkel. Und an der Stirnseite des dämmrigen Domizils, wo die zwei Quadratmeter große „Plauderecke“ der Wohngemeinschaft seit dem Eintreffen der Besucher hoffnungslos überfüllt ist, verlieren selbst das knallige Rot und Gelb der kleinen Buddhafigur ihren Glanz.

Andachtsvoll stellt Chans Busenfreundin, die 77-jährige Wong Mui, während unseres Gesprächs dort zwei Räucherstäbchen auf. Sie verweilt für einige Augenblicke vor dem mit Glücksbändern geschmückten Hausalter, ihre Hände gefaltet.

Als sie sich wieder zu uns setzt, steht ein zufriedenes Lächeln auf ihrem Gesicht. Um

Frieden in der Wohngemeinschaft habe sie die Geister des Himmels angefleht, verrät sie. Um Gelassenheit. Und vor allem um einen baldigen Umzug ins „Parterre“.

Denn seit langem wartet Wong Mui nun schon auf das Privileg, in einem der unteren Käfige wohnen zu dürfen. „Ich habe es satt, auf die alten Tage immer die Leiter rauf- und runtersteigen zu müssen“, klagt sie. Fügt aber gleich hoffnungsvoll hinzu: „Vielleicht klappt’s ja doch, dass ich Ende des Jahres den Käfig unserer Mitbewohnerin Chui bekomme.“

Ganz so schnell werde der Wunsch der alten Dame wohl nicht in Erfüllung gehen, schätzt Kalina Tsang. Die für den von der Caritas-Stelle des Erzbistums Hongkong geförderten Betreuerdienst SOCO tätige junge Sozialarbeiterin hat heute die notwendigen Antragsformulare mitgebracht, die Kong Chui wegen einer kleinen Sozialwohnung für sich und ihren arbeitslosen Sohn bei den Behörden einreichen will. „Das wird bestimmt eine Weile dauern“, warnt die 27-jährige vor allzu hohen Erwartungen. „Seit ihrer Übersiedlung aus Südchina“, gibt sie zu bedenken, „ist Frau Kong nämlich noch nicht die vorgeschriebenen sieben Jahre in Hongkong.“

Doch auch aus anderem Grund müssen sich die Käfigbewohner der Sieben-Millionen-Stadt künftig bei den Bezirkswohnungsämtern auf längere Wartezeiten einstellen. „Wir beobachten mit Bestürzung, wie in die Massenquartiere immer mehr Frauen und Männer mittleren Alters einziehen“, stellt Kalina fest. „Viele Fabriken wurden aus der unter chinesischer Staatshoheit stehenden Wirtschaftssonderzone Hongkong nach Südchina verlegt. Zunehmende Arbeitslosigkeit ist die Folge, und verbunden damit ein rasanter gesellschaftlicher Abstieg für Zigtausende von Menschen, deren trauriges Schicksal hinter den glitzernden Fassaden man bestenfalls erahnen kann. Das Heer der Sozialhilfeempfänger wächst unaufhörlich. Und nie war es für die Bevölkerung dieser Stadt so schwer wie heute, eine Miete von umgerechnet 600 bis 700 Euro oder die monatlichen Abzahlungsraten für die Eigentumswohnung aufzubringen.“

Während die einen verzweifelt und immer öfter ergebnislos nach billigem Wohnraum suchen, dürfen sich andere die Hände reiben und eine goldene Nase verdienen. Bis

aufs Fünffache, so Kalina, steigerten manche Hausbesitzer die Mieterträge für ein Apartment, wenn sie nach der zynischen Devise handelten, dass „Kleinvieh auch Mist macht“. Auf diese Weise kassiere zum Beispiel Sau Siu Chee, die Vermieterin der Wohnung hier in der Fuk Tsuen Street, umgerechnet monatlich knapp 2000 Euro – viermal soviel wie bei einer Einzelvermietung.

Nach mehreren katastrophalen Großbränden in Käfigdomizilen, die in der Nam Cheong Street und anderswo viele Tote und Schwerverletzte forderten, begann die Stadtverwaltung schärfere Sicherheitskontrollen in den verwahrlosten Altbauten Kowloons durchzuführen. Jetzt überprüfen Feuerwehrleute wenigstens einmal im Jahr, ob die Brandschutzvorschriften eingehalten werden.

„Aber das ist häufig nur Augenwischerei“, reklamiert die 73-jährige Leung Heung, die für Kalina Tsang zu einer unersätzligen Kampfgefährtin geworden ist. „Du gibst den Kontrolleuren ein kräftiges Schmiergeld, und sofort streichen sie dein reformbedürftiges Haus von der schwarzen Liste.“ Viel dringlicher, so die streitbare Seniorin, sei für die Käfigbewohner die vertraglich festgeschriebene Garantie, nicht von heute auf morgen auf der Straße zu landen. „Leider erleben wir das hier in Kowloon immer wieder – vor allem wenn Häuser und Grundstücke an skrupellose Immobilienpekulanten verhökert werden.“

Machmal packt die stets gepflegt und selbstbewusst auftretende Leung Heung „heiliger Zorn, weil noch viel zu viele Menschen meiner Generation Unrecht einfach schlucken oder sich durch die Drohungen der Reichen und Mächtigen einschüchtern lassen.“

In der vom SOCO-Team gegründeten „Liga zur Verteidigung der Rechte alter Menschen“, sagt sie, habe sie gelernt, gegen die Schreibtischtäter in den Stadtbehörden nie lockerzulassen. Sie hofft, dass die „Liga“ auch andere Senioren aus ihrer Resignation befreit. „Meine Nachbarin“, berichtet sie, „macht trotz ihres fortgeschrittenen Alters einen Alphabetisierungskurs und kann inzwischen recht gut lesen und schreiben.“ Für die gestrige Alten-Demo vor dem Sozialamt des Distrikts Kwun Tong habe sie ein Spruchband beschriftet, das unbeschränkte „Freifahrt für Senioren“ in allen öffentlichen Verkehrsmitteln forderte.

PS. 2007 lebte die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. 2050 werden es voraussichtlich 70 Prozent sein (6,6 Milliarden in den Städten und 2,8 Milliarden auf dem Land).

Derzeit gibt es weltweit 22 Städte mit jeweils mehr als 10 Millionen Einwohnern. An der Spitze der Rangliste stehen Tokyo mit 35,5 Millionen, Mexiko Stadt mit 22 Millionen und São Paulo mit 21 Millionen.

\*\*\*

Horst Hohmann

## **USA: Kesseltreiben gegen SNAP**

Wenn man Absolventen einer amerikanischen Highschool fragt, was es mit dem Vietnamkrieg auf sich hatte und warum in dem ostasiatischen Land 42 Jahre nach Ende dieses Krieges voraussichtlich auch 2017 wieder mehrere Tausend Babys verkrüppelt zur Welt kommen, werden die meisten Schüler nur mit den Schultern zucken oder aber vermuten, dass dort bestimmt die Russen mal wieder ihre schmutzigen Finger im Spiel hatten und verboten-erweise mit chemischen Waffen auf die armen Vietnamesen losgegangen seien.

Wer von den gleichen Schülern wissen will, was SNAP ist und wofür dieser Verein in den USA steht, wird erstaunt feststellen, dass der Welt größte Kinderschutzorganisation unter jugendlichen US-Bürgern einen ungewöhnlich hohen Bekanntheitsgrad hat und dass ihr die jungen Menschen auch für die Zukunft viel Erfolg im Kampf gegen die „fuck ´n rapers“ und vor allem beim Samariterdienst für die bedauerlichen Opfer wünschen.

SNAP ist die Abkürzung für „Survivors Network of those Abused by Priests“ – auf Deutsch: Überlebenden-Netzwerk derer, die von Priestern missbraucht wurden. Und weil es die Amtskirche in den USA nicht für nötig hielt, aus seelsorgerischen Motiven ein solches Netzwerk zu gründen, sondern stattdessen landesweit verleumde-

risch und einschüchternd gegen die Opfer und deren Familien vorging, beschlossen 1988 Barbara Blaine und andere Missbrauchsoffer kurzerhand, SNAP ins Leben zu rufen, wo sich Opfer untereinander „Hilfe zur Selbsthilfe“ anbieten und wo sie sicher sein können, dass man ihnen niemals die Tür ins Gesicht schlagen wird.

Wie arbeitet SNAP? SNAP ist ein Graswurzel-Verein, der mittlerweile knapp über 20.000 eingeschriebene Mitglieder hat, die in mehreren Tausend kleinen Basisgruppen Missbrauchsoffer mit offenen Armen aufnehmen, ihre Geschichte anhören, sie beraten, ihnen „Öl in die Wunden gießen“ und sie auf dem oft mühsamen Weg der Rückkehr ins normale Leben stützend begleiten. „Das ist 90 Prozent unserer Arbeit, und die wird auf freiwilliger Basis geleistet“, sagt David Clohessy, der vor Jahren Barbara Blaine auf dem Chefposten von SNAP gefolgt war und sich Ende 2016 in den Ruhestand verabschiedete. „Die anderen 10 Prozent“, fügt er hinzu, „die zu einem guten Teil von der SNAP-Zentrale in St. Louis/Missouri geleistet werden, bestehen aus Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit sowie aus einer Vielzahl investigativer Tätigkeiten, die ungemein stressig und zeitaufwändig sind.“

Drei unumstößliche Regeln müssen in den SNAP-Anlaufstellen an der Basis eingehalten werden. Erstens: Die Gesprächspartner der ratsuchenden Opfer sind ebenfalls Opfer klerikaler oder anderer Sexualstraftäter. Zweitens: Über den Inhalt der Gespräche sowie über etwaige schriftliche Beweismstücke ist absolutes Stillschweigen zu wahren. Drittens: Bei der Suche nach evtl. notwendigem Rechtsbeistand müssen den Opfern mindestens drei oder mehr Anwalts-Adressen für eine persönliche Kontaktaufnahme gegeben werden.

Da SNAP seit 29 Jahren nicht aufhört, „schmutzige Wäsche“ landesweit auf die Leine zu hängen und dort, wo in bischöflichen Ordinariaten Beweismaterial verschreddert oder über straffällig gewordene Pfarrer schützend die Hand gehalten wird, Alarm zu schlagen oder beispielsweise den Produzenten des prämierten Films „Spotlight“ (übers Schweigekartell des Bostoner Kardinals Bernard Law) wichtige Insider-Tips zu geben, steht der Verein – gelinde gesagt – bei den US-Bischöfen nicht gerade in einem besonders guten Ruf. Was die Bi-

schöfe, die allein in den letzten 10 Jahren nach Entschädigungsklagen rund 3 Milliarden US-Dollar an Missbrauchsoffer auszahlen mussten und jedes Jahr Anwaltskosten in Millionenhöhe zu berappen haben, von SNAP halten, brachte niemand besser auf einen kurzen Nenner als Bill Donohue, der militante Präsident der berühmtesten, erzkonservativen „Catholic League for Religious and Civil Rights“. Er sagte der „New York Times“ in einem Interview: „Die Bischöfe haben SNAP gefressen, weil SNAP eine Bedrohung für die katholische Kirche ist.“

David Clohessy wie auch Barbara Blaine, die im Februar 2017 ebenfalls aus den Leitungsgremien von SNAP ausschied, weisen den Vorwurf der Bischöfe, SNAP füge der Kirche „unsäglichen Schaden“ zu, entschieden zurück. Von SNAP, so sagen sie, könne man nun wirklich nicht behaupten, dass der Verein den Missbrauchsoffern und deren Familien, die ja schließlich genauso wie die Bischöfe zur Kirche gehörten, irgendwelchen Schaden zugefügt habe. Das Gegenteil sei wohl der Fall. Richtig beschädigt hätten die Bischöfe die Kirche durch ihr ruchloses Verhalten im Umgang mit den von Priestern begangenen Sexualverbrechen.

David Clohessy betont, dass das bischöfliche Kesseltreiben gegen SNAP schon seit Jahren stattfindet. Typisches Beispiel dafür sei 2012 die konzertierte Aktion des Bischofs von Kansas City und des Erzbischofs von St. Louis im Bundesstaat Missouri gewesen. „Per Gerichtsbeschluss wollten uns die Diözesen zur Herausgabe von Unterlagen aus unserem SNAP-Geheimarchiv zwingen“, sagt er, „weil diese angeblich für die Missbrauchsklagen von „John Doe gegen Father Michael Tierney/Kansas City“ und von „Jane Doe gegen Father Joseph D. Ross/St. Louis“ benötigt würden.“ David Clohessy: „Das wären höchst vertrauliche Informationen aus der Zeit zwischen 1990 und 2011 gewesen, die knapp über 100.000 Missbrauchsoffer und deren individuelles Schicksal wie auch die Zusammenarbeit mit Whistleblowern betrafen.“

Der Ex-Chef von SNAP macht keinen Hehl daraus, dass er die Aktion der beiden Missouri-Bischöfe („Definitiv mit der Bischofs-

konferenz abgesprachen!“) noch immer für den teuflischsten aller Vernichtungspläne der US-Bischöfe hält, SNAP ein für alle mal zu erledigen: „Hätten wir die Unterlagen rausgerückt, hätte uns niemand mehr vertraut. Wir hätten unsere Arbeit für die Missbrauchsoffer und deren Familien einstellen müssen.“

Allein die Tatsache, so Clohessy, dass er damals in einem 6-stündigen Gerichts-Hearing von keinem der Diözesenanwälten nach einem der beiden genannten Opfer gefragt worden sei (weil die ja im Grunde für die Bischöfe keine Rolle gespielt hätten) und man die ganze Zeit nur nach SNAP-Internas gefragt habe, offenbare die wahre Intention der bischöflichen Fallensteller.

Dass die Gegner von SNAP nicht daran denken, ihrem „Intimfeind“ eine Waffenruhe anzubieten, zeigt die Hiobsbotschaft, welche das SNAP-Team im Januar 2017 erreichte. Aus Chicago wurde gemeldet, dass Gretchen Hammond, Ex-Mitarbeiterin in der SNAP-Spendenabteilung und 2013 fristlos entlassen, jetzt gegen SNAP vor Gericht gegangen sei und schwerste, wenn auch völlig unhaltbare Vorwürfe erhebe sowie arbeitsrechtlich auf Schadensersatz klage. Dies alles vier Jahre nach ihrem Ausscheiden bei SNAP.

Dem Verein wird von Hammond u.a. vorgeworfen, dass es sich bei ihm um eine „kriminelle Vereinigung“ handle, die Hunderttausende von US-Dollar Schmiergelder aus Anwaltskanzleien bezogen habe, um selbige im Gegenzug mit Opfer-Klienten zu versorgen. Sodann behauptet die Ex-Mitarbeiterin, dass SNAP seine „Basisarbeit sträflich vernachlässigt“, und dass die SNAP-Bosse auf großem Fuß lebten und „Spendengelder verpulverten“. SNAP, so die Klägerin, sei nach allem, was sie dort gehört und gesehen habe, eine „kirchenfeindliche Organisation“.

Der noch ausstehende Prozess wird u.a. zeigen, ob Gretchen Hammond, so wie sie gegenüber Zeitungen eigens unterstrich, „solitär“ gegen SNAP angetreten ist, oder ob ihr vielleicht doch Bischofsanwälte „Brücken gebaut“ haben. Über den Ausgang des Prozesses wird „imprimatur“ auf jeden Fall in einer der nächsten Ausgaben berichten.

**Vatikan und Myanmar vereinbaren**

**diplomatische Beziehungen**

Der Vatikan und Myanmar (Burma) werden künftig diplomatische Beziehungen

miteinander pflegen und Botschafter austauschen. Diese spektakuläre Entscheidung wurde kurz nach einem Besuch von Aung San Suu Kyi bei Papst Franziskus Anfang Mai 2017 bekannt gegeben.

Die frühere Oppositionsführerin und Chefin der „Nationalliga für Demokratie“, deren Partei nach knapp über 50 Jahren Militärdiktatur im Spätherbst 2015 einen überwältigenden Wahlsieg davongetragen hatte, leitet seit dem Frühjahr 2016 die Regierungsgeschäfte des ostasiatischen Landes. Allein die Tatsache, dass San Suu's Söhne britische Pässe besitzen, war ausschlaggebend dafür, dass sie – laut Verfassung – nicht ins Amt des burmesischen Staatspräsidenten berufen werden konnte, das jetzt der Wirtschaftswissenschaftler Htut Kyaw inne hat. Aung San Suu Kyi ist de facto „Ministerpräsidentin“, Außenministerin sowie Leiterin des Präsidialamtes.

Viele der Anhänger von San Suu bringen inzwischen ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Regierungschefin noch immer nicht entschlossen genug gegen die von den Militärs fortgesetzte Verfolgung von islamischen und anderen Minderheiten im Lande Stellung bezogen hat. Obwohl die Militärs ins zweite Glied getreten seien, so die Meinung vieler politischer Beobachter, dürfe man die ihnen verbliebene Macht nicht unterschätzen. Vor allem seien die Generäle und ihre Familien nicht bereit, sich von irgendjemandem die über Jahrzehnte hinweg erworbenen „Privilegien“ beim Abbau von Bodenschätzen nehmen zu lassen. Darum

sei in dieser Anfangsphase der Regierungszeit von Aung San Suu Kyi „doppelte Vorsicht“ geboten.

Von den 51 Millionen Einwohnern Myanmars sind 88 Prozent bekennende Buddhisten. Nur 659.000 Burmesen sind Katholiken.

## **Bischof Oster kritisiert „Lightversion des Evangeliums“ beim BDKJ**

Der deutsche katholische Jugendbischof Stefan Oster fordert von den kirchlichen Jugendverbänden, die Gottes- und Glaubensfrage stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Die Verbände gäben sich teils mit einer "Lightversion des Evangeliums" zufrieden, sagte Oster Anfang Mai bei der Hauptversammlung des Bundes der Katholischen Jugend (BDKJ) im bergischen Odenthal-Altenberg. Oster lobte das sozialpolitische Engagement der Verbände etwa für Flüchtlinge und dankte ihnen für die demokratische Beteiligungskultur. Kritik übte er aber an dem BDKJ-Positionspapier "Theologie der Verbände", in dem Jesus "zu einer Karikatur" verkommen sei. Er sei nicht "so ein Netter", der die unterschiedlichen Wege, mit ihm zu leben, einfach bestätige. Vielmehr sei er die "größte Herausforderung" seit Menschengedenken.

Die Verbände haben nach den Worten Osters vergessen, Jesus als denjenigen zu verkündigen, der den Einzelnen zu einer dramatischen persönlichen Entscheidung herausfordere und rette. Aus der Entscheidung für Jesus folge alles

andere wie etwa gesellschaftliches Engagement. Als positives Beispiel nannte Oster die katholische Jugendorganisation Loretto Gemeinschaft in Österreich: Sie vertrete diese Botschaft beispielhaft.

In der kontroversen Diskussion wiesen Delegierte und der BDKJ-Bundespräsident, Pfarrer Dirk Bingener, entschieden den Vorwurf der "Lightversion des Evangeliums" zurück. Der BDKJ-Bundesvorsitzende Wolfgang Ehrenlechner forderte, den "Zaun der Reizthemen" wie Zölibat oder die Nichtzulassung von Frauen zu kirchlichen Ämtern niederzureißen, der für viele Menschen eine Barriere für den Glauben darstelle.

## **Bischof von Chur bleibt bis 2019 im Amt**

Papst Franziskus hat die Amtszeit des umstrittenen Churer Bischofs Vitus Huonder um zwei Jahre verlängert, wie die Schweizer Diözese online mitteilte. Erst nach Ablauf der Zwei-Jahres-Frist werde über die Neubesetzung des Bischofsitzes entschieden.

Der 75-jährige Huonder ist seit seinem Amtsantritt 2007 in Chur umstritten. Wie schon unter seinem Vor-Vorgänger Bischof Wolfgang Haas (1988/90-1997) polarisiert er in der Diözese, zu der ländlich geprägte Kantone der Zentralschweiz ebenso gehören wie die liberale und protestantisch geprägte Metropole Zürich. Mit verbalen Vorstößen zu Sexualität, Kirchenverfassung oder Lebensschutz outete sich der Churer Bischof auch landesweit immer wie-

der als Protagonist des konservativen Kirchenflügels. „Der Vertrauensbeweis seitens des Papstes hat mich gerührt und mit großer Dankbarkeit erfüllt“, schreibt Huonder in einem Brief an die Mitarbeiter seiner Diözese, aus dem das Nachrichtenportal „kath.ch“ zitiert. Der Papst setze mit seiner Entscheidung auf Kontinuität, meint Huonder. Dies ermögliche ihm, „noch nicht abgeschlossene Arbeiten weiterzuführen“. Er wolle sich gerne weiter mit all seinen Kräften einsetzen um den Hirtendienst fortzusetzen, „zum Heil der Seelen und zum Wohl der Kirche von Chur“.

In einem von der „Luzerner Zeitung“ veröffentlichten Interview erklärte der Bischof, dass er hoffe, der Entscheidung des Papstes werde „mit Respekt aufgenommen“.

Er wolle wie bisher „in voller Übereinstimmung mit der kirchlichen Lehre und Disziplin“ wirken. Dass diese Disziplin „in gewissen Kreisen Widerstand hervorgerufen“ habe, verglich er in dem Interview mit einer Infektion, an der die katholische Kirche auch in der Diözese Chur leide.

Infiziert sei sie mit „Abweichungen von der kirchlichen Lehre und Disziplin sowie von Missbräuchen in der Liturgie“. Hinsichtlich einer Genesung der Kirche ist Huonder dabei zuversichtlich: „Infektionen sind meist mit Fieber verbunden. Aber das Fieber hilft auch, dass der Organismus wieder gesundet.“

Viele Gläubige kämen „immer wieder dankbar“ auf ihn zu und sagten, dass sie seine Haltung in ihrem

Glauben bestärke, hob der Bischof hervor. Seine Kritiker wollten die Lage in Chur und rund um ihn nicht beruhigen, so sein Vorwurf. „Es geht ihnen um die Veränderung des überlieferten Glaubens der Kirche oder ihrer Disziplin, etwa hinsichtlich der Priesterweihe und des Zölibats“, meinte Huonder. Diese Ziele unterstütze er nicht, im Gegenteil müsse er als Bischof der Kirchenlehre treu bleiben: „Wer die Lehre ändern will, soll das in Rom deponieren, nicht bei mir.“

### **Johanna Rahner fordert Zugang der Frauen zum Weiheamt**

Nach Ansicht der Tübinger katholischen Theologin Johanna Rahner steht die Rolle der Frauen in der katholischen Kirche vor einem fundamentalen Wandel. „Kirche kann es sich auf Dauer weder theologisch noch soziologisch leisten, Frauen nicht zu weihen“, sagte die Dogmatikerin in einem Interview des Portals katholisch.de. Es gebe zudem "kein stimmiges ekklesiologisches oder historisches Argument, das Frauen vom Weiheamt ausschließen würde", so Rahner weiter. In der katholischen Kirche gibt es zwar geweihte Jungfrauen und auch die Weihe von Äbtissinnen. Vom priesterlichen Weiheamt sind Frauen bislang ausgeschlossen.

Dem stehe entgegen, dass Frauen immer mehr Aufgaben in der Seelsorge wahrnehmen, sagte Rahner. Denn wenn "alles pastorale Handeln notwendig auch sakramental" sei, müsse da-

raus auch der Zugang zum Weiheamt folgen. "Erst dadurch wird deutlich, dass Frauen im Auftrag und als Abbild der Kirche handeln." Als "ersten Schritt" schlug Rahner ein Modell vor, das dem Ständigen Diakonat für verheiratete Männer ähnelt. "Dann können die Teilkirchen auf der Welt, die mitgehen wollen und dort, wo es kulturell geht, beispielsweise im ersten Schritt das Amt der Diakonin einführen." Wichtig seien konkrete Schritte, "damit die Glaubwürdigkeit der Kirche nicht verloren geht", so die Dogmatikerin. "Und damit Frauen endlich zu ihrem Recht kommen."

### **Kardinal Marx: Versäumnisse der Kirche bei sexuellem Missbrauch**

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, übt Selbstkritik am Umgang der katholischen Kirche mit Missbrauchsvorwürfen. "Für die Kirche und auch für mich selbst war es ein schmerzhafter Lernprozess, vor allem und in allem von der Perspektive der Opfer her zu denken und zu handeln", sagte der Kardinal der Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit".

Die Kirche, er eingeschlossen, habe zu wenig wahrhaben wollen, was Priester jungen Menschen antun können, fügte Marx hinzu. Das Verhalten der katholischen Kirche sei den leidvollen Situationen der Opfer nicht immer angemessen gewesen. "Für mich persönlich möchte ich ausdrücklich festhalten, dass ich heute und leider erst im

Nachhinein erkenne, dass ich intensiver hätte nachfragen müssen", räumte der Münchner Erzbischof ein. Anlass der Äußerung ist der Fall eines heute 32-jährigen Mannes, der als Heranwachsender vom Priester seiner katholischen Gemeinde im Saarland mehrfach missbraucht wurde. Kardinal Marx war damals, im Jahr 2006, Trierer Bischof und damit auch zuständig für das Saarland. Zur Verurteilung des Priesters kam es nicht. Die Vorwürfe waren bereits verjährt, als das mutmaßliche Opfer den Geistlichen anzeigte. Nach Aussagen des Opfers nahm die Diözese damals keinen Kontakt zu ihm auf. Sieben weitere Male war der Priester angezeigt worden. Alle Verfahren wurden eingestellt.

### **Indien: Hindu-Fundamentalisten hetzen gegen Christen und Muslime**

Bei den Wahlen im März 2017 in Uttar Pradesh, dem mit knapp über 200 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat, hat die ultranationalistische Hindu-Partei BJP (Bharatiya Janata Party) 80 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt und sorgt nun – ähnlich wie in anderen Bundesstaaten – für „neue Machtverhältnisse“. So werden vor allem die Bürgerrechte christlicher und muslimischer Minderheiten radikal beschnitten und vielerorts ein Klima „extremer Gewalt gegen die Ungläubigen“ erzeugt.

### **Peter Saunders: „Amtskirche behandelt Sexopfer mit Verachtung“**

In einem Interview mit der Tageszeitung "Daily Mail" (1.4.2017) erklärte der Gründer der britischen Kinderschutzorganisation NAPAC (National Association for People Abused in Childhood), Peter Saunders, dass er seinen Glauben in die 2014 vom Papst persönlich ins Leben gerufene Schutzkommission verloren habe. Saunders und die Irin Marie Collins waren als einzige Opfer klerikaler Sexualtäter in die 17-köpfige Kommission berufen worden. Nach wiederholten kritischen Äußerungen „zum skandalösen Umgang der Kirche mit den Opfern von Sexualverbrechern“ wurde Peter Saunders im Februar 2016 nahegelegt, die Kommission „bis auf weiteres“ zu verlassen. Marie Collins gab im Frühjahr 2017 „aus Gewissensgründen“ (vgl. Imprimatur 1/2017 den Kommentar unseres Schweizer Mitarbeiters Urs Noti "Marie Collins ging. Und wann geht Müller?") ihren Abschied aus dem Gremium bekannt. Wörtlich sagte Saunders im Daily-Mail-Interview: „Der Papst, der es in drei Jahren nie für nötig fand, die Kommission einmal persönlich zu besuchen, ist von Kardinälen und Bischöfen umgeben, die an einer ernsthaften Aufarbeitung der Verbrechen nicht interessiert sind, weil sie entweder Sexualstraftäter gedeckt oder sich sogar selbst durch sexuelle Gewalt an Minderjährigen schuldig gemacht haben.“ Papst Franziskus,

so der Brite, habe definitiv zu wenig für die „Missbrauchsoffer“ getan. Vor allem müssten einige der Berufungen in sein 9-er Beratungsgremium sowie auch Bischofsnennungen als „ein verächtlicher Schlag ins Gesicht der Opfer“ gewertet werden.

Nach Meinung von Peter Saunders wäre es am sinnvollsten, die Kommission aufzulösen. Er jedenfalls werde dorthin nicht zurückkehren.

### **Ruanda: Mühsame Versöhnungsarbeit nach dem Völkermord von 1994**

Neben den zahlreichen kirchlichen Bemühungen um eine Versöhnung zwischen den Volksgruppen der Tutsi und Hutu in Ruanda hat nun auch die Regierung des zentralafrikanischen Landes durch eine Aufsehen erregende Friedensinitiative von sich reden gemacht. Per Dekret verpflichtete sie alle Bürger, egal welcher Glaubens- oder Volksgemeinschaft sie angehören, an jedem letzten Samstag im Monat zu einem vierstündigen gemeinnützigen Dienst. Während Geschäfte geschlossen sind und der Verkehr ruht, legen gemischte Teams bei der kommunalen Müllentsorgung, bei der Verlegung von Wasserleitungen oder bei der Instandsetzung von Straßen Hand an. Die Aktion nennt sich „Umunganda“, was, aus der Landessprache übersetzt, soviel bedeutet wie „Gemeinsam zum Wohl unseres Landes“. Nach dem Völkermord von 1994, als Hutu-Milizen innerhalb von 100 Tagen fast

1 Million Tutsi ermordeten, existieren überall in Ruanda noch immer tiefe Gräben der Feindschaft und des Misstrauens.

**Päpstliches Jahrbuch: Jüngste Statistiken**

Nach den jüngsten Statistiken des vor kurzem veröffentlichten Päpstlichen Jahrbuchs 2015 leben 56 Prozent aller 1,28 Milliarden Katholiken in 10 Ländern: Brasilien, Mexiko, Philippinen, Vereinigte Staaten, Italien, Frankreich, Kolumbien, Spanien, Demokratische Republik Kongo und Argentinien. Insgesamt nahm die Zahl der Katholiken zwischen 2010 und 2015 weltweit um 7,4 Prozent zu. Nur in Afrika lag die Zuwachsrate mit 19,4 Prozent deutlich über dem Durchschnitt des genannten Zeitraums. Von den 1,28 Milliarden Katholiken leben 49 Prozent in der Karibik sowie in Nord- und Südamerika, 21,7 Prozent in Europa, 17,3 Prozent in Afrika, 11 Prozent in Asien und knapp 1 Prozent in Ozeanien und im südpazifischen Raum.

**Kreml-Repression gegen Zeugen Jehovas**

Nach dem Verbot der Zeugen Jehovas in Russland haben Menschenrechtler die Sorge geäußert, dass weitere Repressionen gegen kleine und unabhängige Glaubensgemeinschaften folgen könnten. Dabei werden von Beobachtern die Mormonen, die Pfingstler sowie evangelikale Denominationen genannt. Sie alle stehen als Empfänger ausländischer Gelder laut Gesetz unter

Generalverdacht und werden als „extremistische Vereinigungen“ eingestuft, die die öffentliche Ordnung bedrohten und Familien zerstörten.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisierte das vom Obersten Gericht Russlands ausgesprochene Verbot und nannte das Urteil einen gravierenden Verstoß gegen Russlands Verpflichtung auf Achtung der Religions- und Versammlungsfreiheit. Die Zeugen Jehovas, zu deren Glaubensgemeinschaft sich in Russland über 100.000 Menschen bekennen, kündigten unterdessen an, dass sie die Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anfechten werden.

**Vatikan: Neue Zugeständnisse an Piusbrüder**

In einem gemeinsamen Schreiben vom 27. März 2017 haben die Glaubenskongregation und die Päpstliche Kommission „Ecclesia Dei“ mitgeteilt, dass auf ausdrücklichen Wunsch von Papst Franziskus künftig alle Priester der Piusbruderschaft die Vollmacht besitzen, „den Gläubigen gültig die Beichte abzunehmen“.

Trotz der derzeit objektiv andauernden kirchenrechtlichen Illegitimität der Piusbruderschaft, so das Schreiben, gelte es den Gläubigen in ihren Gewissensnöten entgegenzukommen. Darum habe der Papst allen Ortsbischöfen die Erlaubnis erteilt, Eheschließungen von Gläubigen zu gestatten, die sich zur Piusbruderschaft bekennen. Wörtlich heißt es

dazu: „Wann immer möglich, soll die Vollmacht zur Eheassistenz seitens des Ortsbischofs einem Diözesanpriester erteilt werden, um die Konsenserklärung der Partner bei der Feier des Sakraments entgegenzunehmen . . . Sollte kein Diözesanpriester zur Verfügung stehen, kann die erforderliche Vollmacht unmittelbar einem Priester der Bruderschaft, der auch die Messe feiert, erteilt werden. Dieser ist zu ermahnen, pflichtgemäß der Diözesankurie alsbald die Traudokumente zukommen zu lassen.“

**Irische Bischofskonferenz äußert sich zu Massengrab in Tuam**

Die Irische Bischofskonferenz hat sich bei ihrem Frühjahrstreffen in Maynooth erstmals zum Fund eines Massengrabs auf dem Gelände eines früheren katholischen Mutter-Kind-Heims im westirischen Tuam geäußert. Die Funde erinnerten an eine Zeit, in der unverheiratete Mütter verurteilt und stigmatisiert wurden, so die Bischöfe in ihrer Erklärung.

Es gehe nun darum, sich der Vergangenheit zu stellen und aufzuklären, was geschehen sei. Die katholische Kirche unterstütze die Arbeit der Untersuchungskommission. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die Grabstätten angemessen markiert würden, «damit der Verstorbenen und ihrer Familien mit Würde gedacht» werden könne. Bei Probeausgrabungen auf dem Gelände des vom Orden der Bon-Secour-Schwestern

betriebenen Heims wurden laut Kommissionsbericht «erhebliche Mengen» menschlicher Überreste gefunden. Den Angaben zufolge handelt es sich dabei um Föten sowie Kinder im Alter von bis zu drei Jahren. Der Todeszeitpunkt lasse sich auf den Zeitraum zwischen 1925 und 1961 eingrenzen, in dem das Mutter-Kind-Heim betrieben wurde; ein Teil der Überreste stamme mutmaßlich aus den 1950er-Jahren.

Das ehemalige St. Mary's-Mother-and-Baby-Home geriet 2014 in die Schlagzeilen. Die Lokalhistorikerin Catherine Corless hatte ermittelt, dass für den Zeitraum zwischen 1925 und 1961 in dem Heim 796 Totenscheine für Babys ausgestellt worden waren. Im gleichen Zeitraum gab es jedoch lediglich eine beurkundete Bestattung. Zwischen 1925 und 1961 lebten in den irischen Mutter-Kind-Heimen rund 35.000 Frauen, überwiegend unverheiratete Schwangere, die dort ihre Kinder zur Welt bringen sollten.

### **Weiteres US-Bistum wegen Missbrauch bankrott**

Die Diözese New Ulm im US-Bundesstaat Minnesota hat wegen insgesamt 101 Missbrauchsklagen und daraus entstehenden Entschädigungsansprüchen Insolvenz angemeldet. Eine finanzielle Reorganisation sei der «gerechteste Weg» um sicherzustellen, dass alle Betroffenen angemessen entschädigt würden und zugleich die Arbeit der Kirche fortgesetzt werden könne,

zitieren US-Medien den Bischof von New Ulm, John Marvin LeVoir.

Die Insolvenz bezeichnete er als «einen Schritt in die Zukunft». Das Bistum wolle sich mit der Insolvenz nicht seiner Verantwortung entziehen; vielmehr gehe es darum, das verfügbare Vermögen fair zu nutzen. Man wolle vermeiden, dass die finanziellen Mittel schon nach wenigen Fällen ausgeschöpft seien und die übrigen Kläger leer ausgingen, betonte der Bischof.

Ein Großteil der Fälle geht den Angaben zufolge auf den Zeitraum der 1950er bis 1970er Jahre zurück. In Minnesota gilt eine vorübergehende Regelung, die die Verjährung von Fällen sexuellen Missbrauchs aufhebt.

New Ulm, ein Bistum mit rund 60.000 Katholiken, ist den Angaben zufolge die dritte Diözese in Minnesota, die in Konkurs geht. Zuvor hatten bereits das Erzbistum Saint Paul und die Diözese Duluth vor dem Hintergrund des Missbrauchsskandals Zahlungsunfähigkeit angemeldet. USA-weit sind nach Medienangaben 14 katholische Bischöfe nach Missbrauchsklagen von Insolvenz betroffen. (kna)

### **Schweizer Hilfswerke geißeln «Land grabbing»**

In ihrer diesjährigen Fastenkampagne haben die Schweizer Hilfswerke „Brot für alle“ und „Fastenopfer“ das Augenmerk der eidgenössischen Katholiken und Protestanten auf die weltweit stattfindende „Landnahme“, das sogenannte

„Landgrapping“ gelenkt. Besonders in Indonesien, so die Hilfswerke in ihren gemeinsamen Statements, habe die „Veräußerung von bäuerlichem Privatland an internationale Unternehmen“ ein beängstigendes Ausmaß angenommen. Auf Kalimantan, der größten Insel des Landes, seien so bereits 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und des Regenwaldes in den Besitz von Großunternehmen übergegangen, damit diese gewissermaßen unter Ausschluss der Öffentlichkeit Palmölplantagen und andere Monokulturen anlegen und Bodenschätze abbauen könnten.

Die Hilfswerke heben in ihrer „Aktion Neuland“ hervor, dass von den Schweizer Banken nachweislich vor allem die Credit Suisse und die Basler Safra Gruppe an der Finanzierung des „Landgrappings“ auf Indonesien beteiligt seien.

Im Herbst wollen die Hilfswerke dann auch Unternehmen beim Namen nennen, welche Produkte aus dem „Landgrapping“ vermarkten. Gleichzeitig sollen die in Indonesien und anderswo investierenden Schweizer Banken und Konzerne daran erinnert werden, dass sie unter allen Umständen die Menschenrechte wahren und die Nachhaltigkeitsstandards einhalten müssen.

Einen Anfang machte die Credit Suisse mit ihren im letzten Jahr verabschiedeten „ethischen Richtlinien zur Nachhaltigkeit“, wonach u.a. auf Aktivitäten in sogenannten tropischen Primärregenwäldern verzichtet werden soll.

## Kanada: Regierung wegen „Gesundheitsmaßnahmen“ in der Kritik

Kanada wird in den nächsten drei Jahren 650 Millionen kanadische Dollar, umgerechnet 455 Millionen Euro, für „reproduktive Gesundheitsmaßnahmen“ einschließlich Abtreibungen, Verhütungsmittel, Sexualerziehung und Familienplanung in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen. Dies gab Premierminister Justin Trudeau gemeinsam mit Entwicklungsministerin Marie-Claude Bibeau am 8. März, dem „Internationalen Frauentag“, bekannt. Mit dieser Maßnahme werde das gegenwärtige Budget für „sexuelle und reproduktive Gesundheit“ verdoppelt, sagte Trudeau.

Im Januar hatte US-Präsident Donald Trump einen Erlass unterzeichnet, der die Finanzierung von Organisationen untersagt, die Abtreibungen außerhalb der USA unterstützen. Mehrere Länder haben angekündigt, den Ausfall der Mittel aus den USA ersetzen zu wollen. „Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ seien Sammelbegriffe für Abtreibung, extreme Sexualerziehungsprogramme und Massensterilisierung in Entwicklungsländern, sagt Matthew Wojciechowski, Sprecher der kanadischen Lebensschutzorganisation „Campaign Life Coalition“. Auch die katholischen Bischöfe Kanadas haben das Vorgehen der Regierung Trudeau scharf kritisiert. In einem persönlichen Brief an den Premierminister sprach der Erzbischof von Toronto, Thomas Kardinal Collins,

von einem „verwerflichen Beispiel westlichen Kulturimperialismus“.

## Bistum Graz-Seckau vollzieht ökologische Umkehr

Die Diözese Graz-Seckau hat sich zu nachhaltigen Prinzipien in ihrer Arbeitsweise verpflichtet. Bischof Wilhelm Krautwaschl unterzeichnete im Frühjahr die "Leitlinien zur Nachhaltigkeit". Mit erneuerbarer Energie, sparsamer Energienutzung und öko-fairer Beschaffung soll jene "ökologische Umkehr" vorangetrieben werden, die Papst Franziskus - besonders im Blick auf die Armen - eingefordert hat.

"Die eigene Praxis ist Teil unserer kirchlichen Verkündigung", heißt es im Leitbild. In den Pfarren und kirchlichen Einrichtungen wolle man die Arbeitsweise und Entscheidungen "in Solidarität mit den Menschen aller Regionen" ausrichten, auf Bedürfnisse späterer Generationen achten, mit dem eigenen Ressourcenverbrauch die Belastung der Ökosysteme verringern und dabei auch in der Gesellschaft zu einem "stärkeren ökologischen Bewusstsein" beitragen, so der Text, der seitens des "Arbeitskreises Nachhaltigkeit" als "Kompass für unseren kirchlichen Alltag" bezeichnet wird.

Konkret nennt das fünfseitige Dokument Kriterien u.a. für die Bereiche Einkauf, Bauweise, Mobilität bis hin zum Umgang mit Liegenschaften oder der Ausrichtung von Geldanlagen. Kirchliche Feste, Feiern und Veranstaltungen

sollten beispielsweise "green events" sein, mit regionalen, saisonalen und biologischen Lebensmitteln und Getränken. Eigene Ansprechpersonen für Umwelt sollen in den Pfarren zu Rate gezogen werden und den Alltag mitgestalten, zudem sollen bestehende Feiern wie etwa der Weltgebetstag für die Schöpfung, das Erntedankfest oder auch Kräutersegnungen und die kirchliche "Schöpfungszeit" im September besondere Aufmerksamkeit erhalten.

Für die Beschaffung verpflichtet sich die Diözese Graz-Seckau auf die Einhaltung öko-sozialer Standards, für welche die Prinzipien "möglichst regionaler Einkauf, faire Produktion und keine Kinderarbeit" gelten. In kirchlichen Kantinen soll der Anteil von Bio-Nahrung und vegetarischen Gerichten steigen, während man das Müllaufkommen verringern will. Ähnlich innovativ die Vorhaben bei der Mobilität: Verkehrswege - vor allem Flugreisen - sind künftig "auf das Notwendige zu beschränken". Es soll Anreize für die Nutzung des Fahrrads sowie von öffentlichen Verkehrsmitteln, Fahrgemeinschaften und Mitfahrgelegenheiten geben, und schrittweise wird auch der Fuhrpark auf verbrauchsarme Autos umgestellt.

Auf den Dächern von Pfarrhöfen, Kindergärten oder kirchlichen Verwaltungsgebäuden werden künftig vermehrt Photovoltaik-Anlagen errichtet. Für all diese Bauten wird die Diözese auch Energiestandards entwickeln und entsprechende Kennzahlen veröffentlichen. "Zudem verpflichtet sich die Diözese

zum Umstieg auf zertifizierten Öko-Strom", heißt es in dem vom Bischof unterschriebenen Dokument wört-

lich. Zumindest jede zehnte steirische Pfarre soll sich an der Energiewende beteiligen und bis 2020 ihren Ener-

gieverbrauch um ein Fünftel reduziert haben.

\*\*\*

## Fundsachen

### Gerücht

In München kursiert seit geraumer Zeit das Gerücht, dass Kardinal Reinhard Marx gewissermaßen auf den Koffern sitzt und wohl noch vor Jahresende aus dem 1735/37 erbauten Rococo-Palais Holnstein, der zuletzt für 8,7 Millionen Euro restaurierten, offiziellen Residenz des Erzbischofs von München und Freising, in ein schmuckes, kleines Reihenhäuslein im Hasenberg umziehen werde. Im Hasenberg, einem der traditionsreichen sozialen Brennpunkten im Norden der bayerischen Landeshauptstadt, wo der Kabarettist und Sänger Willi Astor, der legendäre Fußballer Daniel Bierofka und der Volkschauspieler Walter Sedlmayr das Licht der Welt erblickten, möchte sich Marx einen lange gehegten Wunsch erfüllen – endlich wieder „bodenständig“ zu werden. Sein großes Vorbild: Papst Franziskus und sein bescheidenes Zuhause im vatikanischen Gästehaus Santa Marta. Reinhard Marx soll während eines Grillabends Freunden gegenüber geäußert haben, dass es ihm eine Ehre sei, als erster deutscher Bischof in die Fußstapfen des Argentiniers zu treten.

### Alles Gold der Welt

Nach Angaben des World Gold Council passt das bis auf den heutigen Tag weltweit geförderte Gold in einen Würfel mit einer Kantenlänge von knapp 21 Metern. Der Interessenverband der Goldschürfer beziffert die im Laufe der Menschheitsgeschichte angehäuften Fördermenge mit 178000 Tonnen. Während zwischen 1495 und 1600 nur rund 720 Tonnen gefördert wurden, lag das Produktionsergebnis zwischen 1900 und 2015 bei 152000 Tonnen. Derzeit beläuft sich die Jahresförderung auf 2700 Tonnen. 1 Kilo Gold kostet rund

36.000 Euro. Ein typischer 1-Kilo-Goldbarren misst 6,5x3,5x2,5 cm.

### Rätsel 1

Hömpelken, Pömpelken op de Bank,  
Hömpelken, Pömpelken onner de Bank ...  
Do is keen Dokter in Brabant,  
De Hömpelken, Pömpelken kureeren kann.

### 70.000 Euro Miete

Für Bürgermeister Dieter Kolb und den Gemeinderat der Großkommune Eichenzell, 8 Kilometer südlich von Fulda, bedurfte es 2015 keiner langen Debatten. Genauso wie andere Gemeinden im Osthessischen, so hieß es, werde man selbstverständlich ein größeres Kontingent von syrischen Flüchtlingen aufnehmen. Von knapp 400 war die Rede. Kostenlos stellte ein Privatmann zwischen den Ortsteilen Welkers und Rönshausen ein großflächiges Grundstück für die Containerunterkünfte zur Verfügung. Selbige waren innerhalb weniger Wochen bezugsfertig – finanziert vom Bund und vom Land Hessen. 70000 Euro Miete pro Monat waren mit der Container-Firma vereinbart worden. Nur – die Flüchtlinge blieben aus. Nach 20 Monaten vergeblichen Wartens wurden die Unterkünfte jetzt wieder abgebaut. Gesamtkosten des kuriosen Verlustgeschäftes: 1,4 Millionen Euro.

### Rätsel 2

Es geht eine Brücke über den Bach,  
sie ist gewirkt in einer Nacht,  
kein König hätt´ das je erdacht!  
Kommen zwei die Brücke brechen,  
kein Wort sie sprechen;  
den einen sah man, hört ihn nicht,  
den andern hört man, sah ihn nicht.

## Glasperlenspiele

Die in den USA und in Kanada angesiedelte „Rural Advanced Foundation International“ (RAFI) gehört seit geraumer Zeit zu den wichtigsten „Whistle-Blowers“ im Bereich der Bio-Piraterie. So hat die Organisation u.a. hochgerechnet, dass jedes Jahr genetische Ressourcen der südlichen Erdhalbkugel für rund 15 Millionen US-Dollar den Besitzer wechseln. Mit den aus der sogenannten Dritten Welt billig erworbenen und sodann patentrechtlich geschützten Pflanzen erzielt die Pharma-Industrie nach Angaben von RAFI dann aber pro Jahr einen Gewinn von rund 30 Milliarden US-Dollar. Ähnlich wie zur Kolonialzeit werde heute - einmal mehr - „pures Gold mit wertlosen Glasperlen bezahlt“.

## Die Knotenlöserin

In einem Interview mit der ZEIT (8.3.2017) stellte Papst Franziskus richtig, dass er zwar nie die Wallfahrtskirche St. Peter am Perlach in Augsburg besucht und dort zum Gnadenbild „Maria Knotenlöserin“ gebetet habe, doch auf Umwegen Fan der 1700 vom Maler Johann Georg Melchior Schmidtner geschaffenen Darstellung der Gottesmutter geworden sei: eine deutsche Ordensfrau habe ihm während seiner Zeit in Buenos Aires eine Postkarte mit dem Bild der „Knotenlöserin“ geschenkt. Seitdem, so Franziskus, habe er Freunden, denen angesichts ungelöster Probleme das Atmen schwer fiel, immer mal wieder einen kleinen „Abstecher zu der Augsburgerin“ empfohlen.

## Poesie des Reisens

„Die Poesie des Reisens liegt im organischen Angliedern von Neuerworbenem, im Zunehmen unseres Verständnisses für die Einheit im Vielfältigen, im Wiederfinden von alten Wahrheiten und Gesetzen unter ganz neuen Verhältnissen“.

Aus: Hermann Hesse, Die Kunst des Müßiggangs.

## Malaria

Malaria ist neben Aids und Tuberkulose eine der drei größten Geiseln der Bewohner von mehr als 100 Ländern der südlichen Erdhalbkugel. Jedes Jahr erkranken daran mindestens 250 Millionen Men-

schen, 90 Prozent allein in Afrika. Nach jüngeren Schätzungen sterben an der von der Anophelesmücke übertragenen Wechselfieberkrankheit jährlich rund 900.000 Menschen. Im Kampf gegen die Malaria haben sich die WHO, UNICEF, UNDP und die Weltbank zur sogenannten „Roll Back Malaria Partnership“ zusammengeschlossen. Die Initiatoren verteilen in endemisch befallenen Regionen so zum Beispiel Moskitonetze und Medikamente. Gleichzeitig werden durch DDT-Besprühung in Sumpfgeländen Generalangriffe auf die Anophelesmücke geflogen.

## Wo der Pfeffer wächst

Gar nicht auszudenken, hätte es das „Land, wo der Pfeffer wächst“, nie gegeben – jene Regionen unserer Erde, aus denen seit vielen Jahrhunderten die köstlichsten Essenzen und Gewürze kommen: Zimt aus Sri Lanka, das sich für die geschmackliche Abrundung von Süßspeisen empfiehlt. Ingwer aus Westafrika und aus Jamaika, der immer häufiger als Zutat für herzhaft und süße Gerichte gebraucht wird. Chili aus Südamerika, das in einer Vielzahl von Speisen längst nicht mehr fehlen darf. Nelken aus Sansibar, die während der kälteren Jahreszeit in Europa gleich tonnenweise in wärmenden Glühwein wandern. Voreilig stellte ein Schreiber vor kurzem fest, dass der noch immer einträgliche Gewürzhandel heute Gott sei Dank seine kriegerischen Begleitumstände verloren habe. Doch würden die Hersteller so bekannter Erfrischungsgetränke wie „Coca Cola“ und „Guaraná“ nicht kehrwendend mit „härtesten Gegenmaßnahmen“ drohen (also Krieg erklären), wenn bolivianische Bauern anfangen, ihre Coca-Sträucher zu vernichten, oder brasilianische Farmer damit drohen, ihre Guaraná-Plantagen den Flammen preiszugeben?! Würde nicht auch die gesamte Reinigungs-Industrie „dumm aus der Wäsche gucken“, verfügte die philippinische Regierung einen unbefristeten Ausfuhrstopp für einheimische Kokosnüsse, die als „nachwachsender Rohstoff“ inzwischen in fast allen Produkten des „Weißen Riesen“ petrochemische Substanzen ersetzen?!

## Online

Knapp die Hälfte der 7,5 Milliarden Erdbewohner sind inzwischen online, zwei Drittel davon in den armen Regionen der Welt. Möglich machen diesen Zugang zum Netz die Digitalkonzerne durch sogenannte „fliegende Funktürme“. Facebook zum Beispiel lässt Drohnen aufsteigen und der Konkurrent Google geht per Heliumballon auf Kundenfang.

## Sklaven

Im alten Rom wurden die Schuldklaverei und die Versklavung von Kriegsgefangenen praktiziert. Im 1. Jahrhundert nach Christus kostete ein Sklave, den man auf eigens dafür eingerichteten Märkten kaufen konnte, rund 2000 Sesterzen. Das war der doppelte Jahressold eines Soldaten - nach heutiger Währung 48.000 Euro. Mitte des 19. Jahrhunderts, so der amerikanische Journalist Benjamin Skinner, habe man auf den internationalen Märkten den Erwerb eines Sklaven noch immer als eine „gewinnträchtige Investition“ betrachtet und umgerechnet bis zu 28.000 Euro für einen „gesunden Sklaven“ auf den Tisch geblättert. Und beim modernen Menschenhandel? Skinner: „Da sind Sklaven vielerorts zur Wegwerfware geworden. Heutzutage setzt du dich z. B. in New York in den Flieger und kannst dir nach spätestens 4 Stunden in Haiti ein kleines Mädchen für 50 US-Dollar kaufen!“ Der Amerikaner schätzt, dass es weltweit derzeit mindestens 12 Millionen Sklaven gibt. Andere renommierte Experten sprechen derweil von 27 Millionen, 10 Millionen allein in Indien.

## Spekulationswahn

„Mit ihrem Spekulationswahn haben die Räuber des globalisierten Finanzkapitals den westlichen Industriestaaten 2008/2009 Kosten von insgesamt 8.900 Milliarden US-Dollar verursacht. Vor allem haben die westlichen Staaten Tausende von Milliarden US-Dollar ausgeschüttet, um ihren kriminellen Banken wieder auf die Beine zu helfen . . . Die 8.900 Milliarden US-Dollar . . . entsprechen 75 Jahren staatlicher Entwicklungshilfe.“

Aus: Jean Ziegler, *Wir lassen sie verhungern* btb-Verlag, S. 75 (bezieht sich auf eine „Rechnung“ aus dem Newsletter vom 1.2.2009 der Schweizer NGO

*„Erklärung von Bern“ (welche über 20.000 z.T. sehr renommierte Mitglieder hat)*

## Der „Blaue Planet“

Unsere Erde gilt als der „blaue Planet“, weil sie zu 70 Prozent mit Wasser bedeckt ist und weil die Erdatmosphäre – aus dem Weltall betrachtet – eine bläuliche Farbe hat. Nur 1,7 Prozent der gesamten Wassermenge der Erde sind als Trinkwasser nutzbar.

## Olympischer Rekord

Das Maracanã-Stadion in Rio de Janeiro war nach seiner Einweihung anlässlich der Fußball-WM 1950 der Welt größte Arena. Es fasste 200.000 Zuschauer. Im Verlauf der für die Fußball-WM 2014 sowie für die Olympischen Spiele 2016 notwendig gewordene Renovierung des Stadions wurden die Zuschauerplätze aus Sicherheitsgründen auf knapp 80.000 reduziert. Die Umbauarbeiten dauerten zwei Jahre und zwei Monate – länger als die ursprüngliche Bauzeit. Der Kostenvorschlag für den Umbau betrug umgerechnet 235 Millionen Euro, tatsächlich musste dann aber die öffentliche Hand 400 Millionen Euro aufbringen. Allein das Dach kostete 90 Millionen Euro – fünfmal soviel wie das (ebenfalls überhöht abgerechnete) Dach des WM-Stadions „Green Point“ von Kapstadt/Südafrika.

In einer noch nicht ganz abgeschlossenen Untersuchung gehen Staatsanwaltschaft und Finanzprüfer bereits jetzt davon aus, dass bei den Baumaßnahmen für die WM 2014 und die Olympischen Spiele 2016 mindestens 1,2 Milliarden Euro unterschlagen wurden – ein einsamer olympischer Rekord.

## MIVA macht mobil

Vor 90 Jahren gründete der als „fliegender Pater“ bekannt gewordene deutsche Oblatenmissionar Paul Schulte die „Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft“ (MIVA), welche inzwischen aus 13 nationalen Niederlassungen in Nordamerika und Europa Kirchen in den südlichen Ländern der Erde für die Seelsorge sowie fürs Gesundheits- und Erziehungswesen mit Fortbewegungsmitteln aller Art versorgen – vom Flugzeug angefangen, über

Autos und LKWs, Motor- und Fahrrädern, Schubkarren und Lasteseln. Schulte hatte in den 1920-er Jahren in Namibia miterleben müssen, dass ein Freund starb, weil ein Transportmittel fehlte, um ihn in das nächstgelegene Krankenhaus zu bringen.

\*\*\*

Irmgard Rech

## Ein Dichter kümmert sich um die Erbsünde

Friedrich Christian Delius, Warum Luther die Reformation versemmt hat. Eine Streitschrift. Rowohlt Taschenbuch 2017

Weil die Theologen beider Konfessionen nicht den Mut haben, sich um die Tragfähigkeit der Erbsündenlehre zu kümmern als dem Fundament, auf dem die Erlösungslehren beider Kirchen gebaut sind, hat F. C. Delius als Nichttheologe, aber mit dem Büchner-Preis gekrönter deutscher Romanautor die Erbsünde „als größtes christliches Tabu“ im Luther-Jubiläumsjahr zum Thema dieser kleinen Streitschrift gemacht. So kann der Leser, statt sich auf trockene fachtheologische Distinktionen einlassen zu müssen, auf die Vergnüglichkeit dichterischer Einfälle gefasst machen.

Das Lesevergnügen beginnt schon mit dem lutherisch-volkstümlichen Sprachton im Titel. Wer etwas „versemmt“ hat, dem ist sein Vorhaben nicht geglückt, weil er etwas versäumt hat. Demnach wäre Luther seine Reformation missglückt. Diesen so direkt noch nie geäußerten Vorwurf muss sich Luther selber anhören, da er vom Dichter von seinem Denkmalsockel herunter zu einem Bier geladen ist, einem reinen Bier, gebraut nach dem Reinheitsgebot von 1516. Worüber gestritten wird, ist fern aller Reinheit, nämlich über den „Sündenklumpen Mensch“ (19), wie er von Augustinus bestimmt wurde als „massa damnata“. Wie bedrückend dieses Menschen- und Gottesbild auch ist, das zu verheeren-

den Folgen in der abendländischen Morallehre geführt hat, so soll ein lockeres Gespräch darüber möglich werden, bei dem von Anfang an Lachen erwünscht ist: „Lachen Sie mal wieder, Herr Luther!“

Das diskutierbereite Ich, in das sich der Autor verwandelt, gibt sich schon bald als „protestantisch gebildeter Ketzler“ (10) zu erkennen, der in Luther den geeigneten Mitdiskutanten sieht, weil er ihn als „Streithammel“ kennt, der den Widerspruch liebt. Es streiten sich also zwei Ketzler miteinander, ein moderner Ketzler mit dem Jubiläumsketzler, dem der Vorwurf gemacht wird, nicht genug Ketzler gewesen zu sein. Und weil es ein Streitgespräch auf dem aufgeklärten Niveau des Jahres 2017 werden soll, muss Luther dazu nicht nur aus seiner Denkmalbronze, sondern auch aus seinem Jahrhundert aussteigen, um zu erfahren, dass er in seiner Sünden- und Rechtfertigungslehre auf ein „geniales Schlitzohr“ (15) hereingefallen sei, und es daher einer 96. These an der Schlosskirche zu Wittenberg bedürfe: „Weil Luther von seinem Augustinus nicht loskam, hat er die Reformation vergeigt.“ (13) In „lutherischer Deutlichkeit“ gesprochen heißt das: Luther hat vergessen, sich als Augustinermönch selber zu reformieren. Auch ohne die Mönchskutte habe er sich weiter „gern in Sündengefühlen und Sündenbegriffen gesuht“ und ist „ein unkritischer Nachbeter des alten Augustinus“ geblieben „bis hin zur irrwitzigsten seiner Theorien, der Erfindung der Erbsünde.“ Und dann der Gipfel der Beschuldigung: „Sie haben diese Theorie noch verschärft.“ (12) Daher sieht das Delius-Ich die Protestanten am stärksten in der Pflicht, das Dogma von der Ursünde von unserem heutigen Wissensstand aus neu zu überprüfen, um zu erkennen, wie morsch es geworden sei. Auf die Mitarbeit der Katholiken sei dabei nicht zu setzen: „... deren Feigheit vor kernigen Fragen der Kirchengeschichte sind wir ja leider gewohnt.“ (14)

Über die Entstehung der Erbsündenlehre und über die Schriften des Neuen Testaments und die Werke des Bischofs von Hippo haben wir heute historisch-kritisches Wissen, das Luther nicht hatte. Delius hat sich darüber kundig gemacht und gibt seine Gewährsleute in einem kleinen Literaturverzeichnis am Ende an, darunter

die Religionswissenschaftlerin Elaine Pagel und der Augustinus-Forscher Kurt Flasch. Gestützt auf diese Quellen teilt er Luther mit, „der ehrenwerte Kirchenvater“ habe „nicht nur genial geschummelt, sondern seine Theorie mit Betrug und Bestechung durchgepaukt,“ und so habe die Geschichte des christlichen Abendlandes von 418 an einen ziemlich anderen Verlauf genommen. (15) Der zum „reinen“ Bier geladene Luther lacht, zuckt und will das nun doch „etwas genauer wissen.“ Und so bekommt Luther, „spannender als jede Mordgeschichte“ (17) die gesamte Geschichte der Falschübersetzungen, Fehldeutungen, aber auch von Intrige und Erpressung zu hören, die Historiker und Textanalytiker aufgedeckt haben. Am Anfang steht eine Falschübersetzung zweier kleiner griechischen Wörter „eph' ho = weil, also“ in Röm 5, 12, die Augustinus, weil er nur wenig Griechisch konnte, wie die Vulgata mit „in quo = i n ihm“ (Adam) übersetzt hat. Und hier bekommt Luther ein Lob, weil er selber richtig übersetzt hat, im Weiteren aber die daraus sich ergebende Fehldeutung von Augustinus ungeprüft übernommen hat: In Adam habe die gesamte Menschheit gesündigt.

Der protestantische Ketzler wird jetzt immer zynischer und ironischer. Diese Ironie gipfelt zur Wut über einen Augustinus, der die Geschlechtslust verteufelt, weil er durch sie die Weitergabe der Ursünde Adams an alle nachfolgenden Generationen geschehen lässt. Er scheut sich nicht in aller Derbheit davon zu sprechen, „mit welcher Wollust der ehemalige Hurenbock als alter Kirchenvater der Sexualität, jeder sexuellen Regung . . . den Makel der Libido“ aufdrückt. (20) Und wieder muss sich Luther die vorwurfsvolle Frage gefallen lassen, warum er die Menschen nicht von der Sündenangst befreit und auch von den Evangelischen verlangt habe, an die Erbsünde zu glauben“. Die spöttische Antwort gibt sich der heutige Ketzler selber: „Der ‚Sündenklumpen‘ muss also nicht nur dem alten Bischof von Hippo in Nordafrika, sondern auch Ihnen, dem jungen Mönch aus Wittenberg in Sachsen, gefallen haben.“ (23)

Doch dann soll der Denkerkopf unterhalten werden mit der Geschichte von den achtzig numidischen Hengsten, mit denen Augustinus den Kaiser bestochen hat, da-

mit er den Papst zur Annahme seiner Lehre von der Verderbtheit der Menschen und zur Verurteilung seiner Kritiker Pelagius und Julian dränge. Schließlich lasse sich damit sowohl eine universelle Heilskirche wie jedes strenge Staatsregiment begründen. (25) Man spürt, wie groß die Empörung von F. C. Delius hier geworden ist aus den Satzparallelismen: „Dreihundertzwanzig schnelle Pferdebeine, um Liebenden das Liebesglück zu zertrampeln. Achtzig herrliche Mähnen, um allen Reitern und Nichtreitern jeden freien Willen und jegliche Fähigkeit zur freien Entscheidung abzusprechen.“ (31) Eine Darstellung skandalöser Machenschaften beim Zustandekommen des Nachfolgekonzils (Ephesus 431) über die jungfräuliche Gottesgebärrin bekommt Luther auch noch zu hören. Natürlich muss Luther am Ende auch dazu gebracht werden, seine eigene Schummelei bei der Übersetzung zuzugeben, sein eingeschmuggeltes „allein“ in den Paulustext von Röm 3,28. „Allein durch den Glauben“. Das zentrale Bekenntnis des Protestantismus beruhe damit doch wohl auf einer tendenziösen Falschübersetzung, einer recht wackligen Grundlage. Luther bekommt von einem modernen Ketzler dann doch noch ein Kompliment: Sein „segensreicher Widerspruchsgeist“ sei gefragt, er möge ihn an seine Nachfolger austeilen, „dass beim Punkt Erbsünde endlich eine Reformation fällig wäre.“ (42)

Delius hat sich gerade deswegen Luther zu diesem fiktiven Gespräch geladen, weil er sich frei gemacht hat von vielen dogmatischen Festlegungen seiner Zeit. Vor ihm fühlt er sich frei, seinen Unglauben ehrlich zu bekennen, an dem die Sünden- und Rechtfertigungslehre Luthers ihren Anteil hat. In einem Schlusskapitel „Dem Teufel ich gefangen lag“ – nein danke“ bekennt er, schon als Konfirmand diesen Choral als falsch empfunden zu haben. Sündendiktate und Sündenscham hätten seine Entwicklung behindert, bis er endlich die heitere Gelassenheit eines Agnostikers erreicht habe. (51) Durch Augustinus und Luther sei ihm der christliche Gottesglaube als menschengemacht erschienen, und dem flüchtenden Luther ruft er ein Lichtenbergzitat nach: „Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde, das heißt vermuthlich, der Mensch schuf Gott nach dem seini-gen.“

Dass F. C. Delius mit dieser frechen, slapstickartigen Inszenierung einer Lutherbegegnung bei einem frischgezapften Bier eine zu Ende gebrachte Bewältigung seiner protestantisch geprägten Lebensgeschichte vorlegt, erfährt der Leser aus dem Nachwort. Hier ordnet er die Streitschrift in die Abfolge seiner Romanwerke ein und in die lange Auseinandersetzung mit seiner Herkunft als Sohn eines protestantischen Pfarrers, eines „wortmächtigen und gotteswortmächtigen Vaters“ (55) Empfehlenswert ist es, dieses biographische Nachwort zuerst zu lesen. Dann lässt sich das Herzblut und der Lebensernst besser erspüren, den die heiter-bissigen Worteinfälle in sich tragen.

Der Dichter ist nicht undankbar gegenüber seiner christlichen Herkunft und Erziehung, der er nicht zuletzt auch seine Sprachkraft verdankt, „ein großes Nein ordentlich zu begründen“. (60) Schmunzeln kann man als Katholik über ein spezielles „protestantisches Vergnügen“, das er bis heute nicht hat ablegen können, spöttische Hiebe an uns Katholiken auszu-teilen, die er für noch denkfauler als Protestanten hält. Der Autor, dankbar dafür, nach heftigen Auseinandersetzungen die Formulierung „Paradies des Unglaubens“ gefunden zu haben (61), will Debatten über Dogmengläubigkeit, Heilsversprechungen und Gewalt und das wirklich Böse in unserer Gesellschaft auslösen. Beschämung sollte das kleine Werk bei den Glaubenshütern beider Kirchen auslösen, die sich aufgefordert fühlen müssten, Aufklärung nicht nur von andern Religionen, vor allem dem Islam zu erwarten, sondern Aufklärung im eigenen Haus zu betreiben. D.h. die fraglich gewordenen Dogmen mit unserem heutigen Wissen neu zu überdenken und die Aufarbeitung nicht nur denen zu überlassen, die allen Glauben aufgegeben haben.

Katholischerseits ist zu sagen, dass im Konzil von Trient (1545-63) der Weltpessimismus Luthers, der in der Erbsünde die völlige Verderbnis des natürlichen Menschen sieht, wesentlich abgemildert wurde. Die Lehre des Augustinus, dass durch die libido des Zeugungsaktes die Sünde Adams übertragen wird, wurde nicht übernommen. Der Religionswissenschaftler Karl Prümm SJ, ein Lehrer von Karl Rahner, kennzeichnet in seinem Buch „Die Bot-

schaft des Römerbriefes“ die Adam-Christus Entsprechung des Paulus in Röm 5, 12-21 als „rhetorisches Meisterstück“ des Apostels, mit dem er uns seinen tiefen Blick in die Reichtümer der Erlösungsgnade“ erschließen will (81/82). Eine religionsphilosophisch erhellende Aufarbeitung der Erbsündenlehre in ihrer existentiellen Bedeutung findet sich bei Karl Rahner in seinem „Grundkurs des Glaubens“. Dort erfährt man, was eine Banane, die ich im Supermarkt kaufe, mit der Erbsünde zu tun hat.

\*\*\*

Karl-Heinz Ohlig

## Ärgerliche Plattitüden

Zu: Klaus von Stosch, Herausforderung Islam. Christliche Annäherungen, Verlag Ferdinand Schöningh: Paderborn 2016, 208 S.

---

Klaus von Stosch ist katholischer Theologe an der Universität Paderborn, Fakultät für Kulturwissenschaften, und dort Begründer und Leiter eines „Zentrums“ mit dem schön klingenden Namen „für Komparative Theologie und Kulturwissenschaft“, das vor allem der Pflege des Dialogs mit muslimischen Theologen dient.

In seinem Buch will er aufzeigen, dass der Islam nicht dem christlichen Konzept widerspricht (vgl. z.B. Kap. I,5 „Der Koran – ein Wort Gottes auch für Christen?“, S. 33-36, oder Kap. II,4 „Muhammad – ein Prophet auch für Christen?“, S.53-60), das Christentum sich ihm annähern soll und in vielem von ihm lernen kann.

Seine Gedanken entfaltet er in sieben größeren Kapiteln: „I. Der Koran als Ereignis der Gegenwart Gottes, II. Muhammad als Gesandter Gottes, III. Zeugnis für den einen Gott, IV. Islam im Vollzug – Beten, Fasten, Pilgern, Teilen, V. Der Mensch als Statthalter Gottes, VI. Modernisierung und Gewalt, VII. Islam und Christentum – zum

bleibenden Sinn ihrer wechselseitigen Verwiesenheit“.

Auf der inhaltlichen Seite, zu Koran und Mohammed, begegnet uns eine Wiederholung der traditionellen Legenden, ohne Anflug eines Fragezeichens. Zwar hat Kap. I,1 die Überschrift „Zur Entstehung des Korans in historisch-kritischer Perspektive“ (S. 11-18), wobei aber letztere leider nicht zum Tragen kommt: Der Koran wurde sukzessive von Mohammed verkündigt und war „im Jahr des Todes des Propheten 632 inhaltlich abgeschlossen“ (S. 11.12). Woher er das alles weiß, wird nicht gesagt.

In Kapitel II erwähnt er zur Biographie Mohammeds immerhin, dass die spät abgefassten Biographien historisch problematisch sind: „Aber keine dieser Darstellungen ist in einer historischen Perspektive vertrauenswürdig, weil die Biographien über den Propheten einfach mit zu viel Abstand zu seinem Leben entstanden sind...“ (S. 38). Mehr Vertrauen schenkt er den „Sammelwerken von Hadithen“, die von ihren Sammlern auf ihre Zuverlässigkeit untersucht worden seien (ebd.). Er will sich vor allem auf den Koran stützen, in dem „wir allerdings nicht viel über Muhammads Leben“ erfahren (ebd.).

Nach diesen Ausführungen erwartet der Leser bezüglich Mohammeds Leben einige Zurückhaltung. Aber Stosch entfaltet nun „Eckpunkte seiner Biographie“, die ihm glaubwürdig erscheinen. Diese allerdings sind mehr als Eckpunkte und bieten viele Details, die aus den vorher problematisierten Biographien stammen. Er schildert das Leben Mohammeds von der Geburt über seine Tätigkeit in Mekka und Medina bis zu seinem Tod – was er aus dem Koran nicht wissen kann. Also doch, und auch in den weiteren Ausführungen werden immer wieder Einzelheiten dieser Biographie herangezogen.

Nun ist dies ein verbreitetes Verfahren bei vielen Islamwissenschaftlern, und Stosch bezieht sich, wie sein Literaturverzeichnis ausweist, auf keinen einzigen kritischen Forscher. Auch bei ihnen ist es üblich, einige historische Vorbehalte zu äußern oder sogar zu betonen, als Quelle für ein Leben Mohammeds käme nur der Koran in Frage. Dann aber bieten sie, obwohl der Koran nichts hergibt, ein detailliertes Leben Mohammeds – ein wissenschaftlich absurdes Verfahren.

Nun kann man sagen, dass es sich bei diesen „Wissenschaftlern“ um Philologen handelt, nicht aber um historisch ausgebildete Forscher. Aber umso mehr erstaunt dieses Vorgehen bei einem christlichen Theologen, der eine historisch-kritische Ausbildung durchlaufen hat. Warum ist es ihm nicht aufgefallen, dass alles, was wir von Mohammed „wissen“, historisch in der Luft hängt? Warum hat er nicht bemerkt, dass dieses Verfahren vergleichbar wäre dem Versuch, eine Jesusbiographie zu schreiben, die sich ausschließlich auf Tertullian (gest. nach 220) oder Origenes (gest. um 253/254) stützen müsste, weil es vor ihnen keinerlei Nachrichten zu Jesus gäbe. Das wäre in der Theologie lächerlich. Aber genauso verfährt Stosch, denn seine „Eckpunkte“, die in Wirklichkeit ein detailliertes Leben Mohammeds bieten, können nicht mit irgendwelchen zeitgenössischen oder wenigstens dem 7. Jahrhundert entstammenden Aussagen begründet werden – da gab es nichts. Aber das ganze Buch beruht auf legendarischen Annahmen, die keinerlei Basis in der Realität haben. Würde man sie in Frage stellen, fiel alles in sich zusammen.

Nun will Stosch vor allem Möglichkeiten ausloten, wie sich das Christentum dem Islam annähern könnte. Weil er in den Ausführungen zum Koran die muslimischen Auffassungen stehen lässt, macht er es sich mit den Annäherungen schwer: Wenn der Koran als „unerschaffene Wahrheit“ verstanden werde, „wird man ihm als Christ und moderner Mensch entschieden widerprechen müssen“ (S. 33). Sein Ausweg für Annäherungen ist der Rückgriff auf zwei äußerst problematische Thesen. Zum einen greift er auf die Meinung von Navid Kermani („Gott ist schön ...“, München 1999) zur unnachahmlichen Schönheit des Koran bzw. der Koranrezitation zurück (die auch von Angelika Neuwirth vertreten und in ihrer Rezension des Stosch-Buchs in der „Zeit“ vom 05.01.17 gefeiert wird).

Diese naive und unzutreffende These wird noch ergänzt durch eine zweite irrtümliche Theorie von Thomas Bauer („Die Kultur der Ambiguität ...“, Berlin 2011) zur Ambiguität des Koran, gestützt auf die unterschiedlichen Lesarten des Koran: „Damit eröffnet der Koran eine für die Moderne durchaus nachdenkenswerte Welt-

sicht, in der nicht die Eindeutigkeit Voraussetzung von Wahrheitsansprüchen ist ... Vielleicht ist die hierin zum Ausdruck kommende Wertschätzung poetischer und metaphorischer Rede ein Punkt, den wir ... wieder neu lernen sollten“ (S. 36).

Noch mehr Probleme hat Stosch mit der Gestalt Mohammeds, die ja – die traditionelle Biographie vorausgesetzt – in manchen Punkten schon Kritik seitens des Christentums hervorgerufen hat. Hier ist er sichtlich bemüht, ihn in die Reihe der (jüdischen und christlichen) Propheten einzureihen (z.B. S. 59). Er geht auf die Kritik an Mohammed ein und fasst sie in drei Punkten zusammen: „sein Umgang mit Frauen, seine Haltung zur Gewaltfrage und sein Verhalten gegenüber den Juden“ (S. 46). Dies alles relativiert Stosch: Bis zur Hidschra lebte Mohammed monogam, und später hat er seine „13 Frauen“ und „mindestens zwei Konkubinate mit Sklavinnen“ nicht aus Lüsternheit gehabt: „Seine Heiraten dürften eher politisch motiviert gewesen und auch um der Versorgung der Frauen willen erfolgt sein ...“ (S. 46). Und zu Aischa argumentiert er erstmals historisch-kritisch, weil es anders nicht geht: „Historisch-kritisch gesehen ist es allerdings äußerst fraglich, ob Aischa wirklich so jung war ...“ (S. 47). Auch seine Gewaltanwendung ist verständlich: Die bestritten werden. Die Thesen von Kermani und Bauer haben unbefragt Geltung und werden als Überbau für mögliche Annäherungen benutzt. Auch der Leser, der sich durchaus für einen Dialog mit dem Islam einsetzt, wird aus diesem Buch nichts lernen können. Er hat den Eindruck: So kann es nicht gehen.

\*\*\*

## Die Glosse

Rauschheim am Fest von  
Sankt Joseph dem Arbeiter

Lieber Sepp, alter Sozi,  
hast Du es in der Zeitung gelesen, wie sich unsere Fürstin Gloria Beten (Bittgebet, Dankgebet, Stoßgebet usw.) ins Zeug

Beutezüge waren ein Akt der „Selbstverteidigung“, weil man ihm in Mekka sein Vermögen konfisziert hatte (S. 49). Auch seine Morde an einem jüdischen Stamm in Medina zieht er in Zweifel. Und zudem: „Auch die biblischen Propheten zeichnen sich ja keineswegs durch Sündlosigkeit aus ... Kann man Muhammad also christlicherseits als Prophet würdigen?“ (S. 53). Und so fort.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, soll kurz das Resümee erwähnt werden. In Kap. VII, 4 (S. 169-176) „Was wir Christen von Muslimen lernen können“ führt er sieben Punkte auf, die hierfür in Frage kommen: (1) Die „Neuentdeckung der Schönheit Gottes“, (2) der „Schrecken Gottes“, (3) die „Einheit Gottes“, (4) „Offenbarung in ihrer Deutungsoffenheit und Ambiguität“, (5) die Offenbarung nicht nur als Anrede Gottes, sondern als Diskurs über diese Anrede, (6) die menschliche Gebrochenheit und Schwäche auch bei Mohammed selbst, der trotzdem zum Boten Gottes wurde, und schließlich (7) die Wiederentdeckung von Politik und Recht als Thema der Religion.

Alles wird mit einem Wortschwall bedacht, mit Überzeichnungen, mit Bezügen auf legendarische Sachverhalte, die affirmiert, aber bei Bedarf – wo es schwierig wird – mit historisch-kritischen Argumenten

legt. Sie fordert in der Süddeutschen von uns kirchlichen Laien einen vom Gebet bestimmten Tagesablauf wie bei Nonnen. Eine schräge Sache! Das passt so schlecht zu Bayerns Punker-Fürstin wie seinerzeit die turbulente Liebesgeschichte von dem gestrengen Moralapostel, Erzbischof Michael von Faulhaber mit der Franziska Bösmiller zum Zölibat gepasst hat. Mich als frommen Katholiken hat der doppelgesichtige Faulhaber überrascht wie seinerzeit die gegenzölibatistische Liebschaft vom heiligen Johannes Paul II. mit der polnischen Philosophin Anne-Teresa. Nur die war verheiratet, dem Faulhaber seine Bösmiller war wenigstens ledig.

Die Süddeutsche ist ja durch ihre Aufdeckungen von Steuerbetrügereien berühmt geworden. Aber, dass die unsere heilige katholische Kirche wie ein Steuerparadies behandelt und die kirchlichen Lehren hinterfotzig als Moral hauptsächlich für die Schafe in der Herde hinstellt, die wo aber

---

nicht für die Oberhirten gelten tut. Z.B.: Der Dorfpastor quält sich mit dem Zölibat, ein Erzbischof und ein Papst setzen sich drüber hinweg.

Sepp, das muss man zugeben, die Gloria ist nicht nur feurig-schön, die hat auch Grips im Kopf. Ich hab sie im Fernsehen beim Friedmann gesehen. Sepp, ich kann Dir sagen, wie die das Aidsproblem in Afrika durchschaut hat und sofort auch schon die Lösung bei der Hand hatte, das hat mich erst amüsiert, dann umgehauen. Die Gloria hat bei dem Talk viermal in die Kamera gejauchzt: „Der Afrikaner schnaggelt zu viel!“

Sepp, ist das nicht genial! Falls sich die Afrikaner auf unsere Fürstin einlassen und nicht mehr so wild drauflos schnaggeln, könnten sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Beim Verzicht aufs Schnaggeln wäre 1. das Aidselend erledigt, und 2. - das dürfte der erzkatholischen Gloria noch wichtiger sein - würde in Afrika nicht mehr so hemmungslos gegen das Sechste Gebot gesündigt, das, wo lautet: „Du sollst nicht Unkeuschheit treiben“.

Sepp, Du siehst, was wir an der Fürstin haben. Und obendrauf noch die Sache mit

dem Beten. Damit unterfüttert sie ihre politischen Ratschläge. Noch ein durchschlagendes Beispiel: Gloria packt das Flüchtlingsproblem anders an als Du, aber genauso wie der Seehofer. Sie sagt in der Zeitung klar und deftig: „Diese Völkerwanderung, die hier auf uns zuströmt, ist schon eine Art Krieg!“ Da weißt Du, welches Verhalten sie gegen die Flüchtlinge erwartet. Im Krieg darf man nicht zimperlich sein! Es grüßt Dich alten Sozi Dein Freund

Joseph

P.S.: Das Credo von unserer Lady Gaga, wie die Gloria im Internet genannt wird, lautet: „Jedes Gebet nützt. Jedes!“ Und wie zur Bestätigung hat sie die Segnungen des Gebetes am eigenen Leib erfahren. Sie, die Verkündigerin der Macht des Gebetes in allen Lebenslagen, wurde immerhin Milliardärin.

\*\*\*